



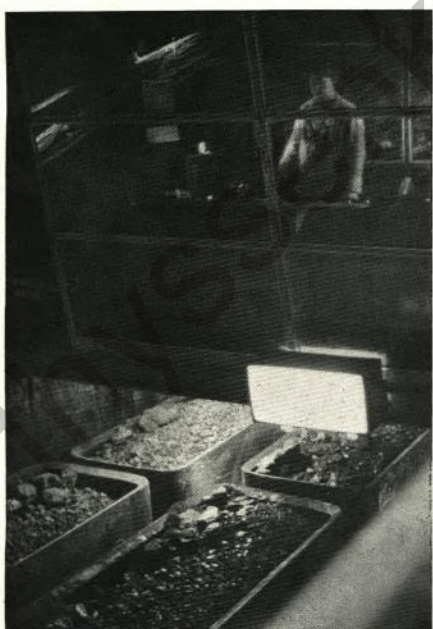
WERK und WIR
HOESCH AKTIENGESELLSCHAFT

9

1965



Titelseite: Ein Blick in die neue Werkhalle der Dörken AG, in der Schrauben, Muttern und Niete gefertigt werden. Unser Bild zeigt Automaten, die Gewinde auf Schrauben oder Bolzen „aufrollen“. Karl Behrens (links) und Otto Weyland richten die Maschinen ein und kontrollieren sie



Rückseite: Von dieser Glaskanzel auf der 8. Sohle unserer Schachtanlage Fritz-Heinrich leitet ein einziger Mann die Förderwagen auf die Förderkörbe

Zur Stillegung der Schachtanlage Kaiserstuhl

Da die Entwicklung auf dem Energiemarkt den Kohlenbergbau zwingt, die Förderung dem Absatz anzupassen, muß die Schachtanlage Kaiserstuhl stillgelegt werden, wenn sich die Absatzlage nicht grundlegend ändert. Welche Gründe zu diesem Schritt führen und wie im Falle der Stillegung den betroffenen Belegschaftsmitgliedern geholfen werden soll, ist in einem eingehenden Bericht auf den folgenden Seiten dargestellt. Dieser Bericht erläutert und ergänzt die nachstehende Erklärung, die Aufsichtsrat und Vorstand nach der entscheidenden Aufsichtsratssitzung am 5. August 1965 der Presse übergaben:

Nach eingehenden und langwierigen Beratungen, die sich über ein volles Jahr erstreckten, und nach sorgfältiger Abwägung aller Interessen, insbesondere auch der der betroffenen Belegschaftsmitglieder, haben nunmehr Aufsichtsrat und Vorstand der Hoesch AG, nachdem die Kohlenhalden der Gesellschaft mehr als 1 Million Tonnen betragen, die Stillegung der Schachtanlage Kaiserstuhl entsprechend den Bestimmungen des Rationalisierungsgesetzes beschlossen; gleichzeitig wurde, wie unten angegeben, ein Sozial- und Treueplan für die betroffenen Belegschaftsmitglieder festgelegt.

Da das Rationalisierungsgesetz für die Durchführung der Stillegung eine Frist von drei Jahren vorsieht, die erst am 31. August 1968 ausläuft, besteht, wenn sich die Absatzlage grundlegend verbessern sollte, durchaus die Möglichkeit, daß die entscheidenden Gremien nach Konsultierung des Rationalisierungsverbandes die Stillegung nicht zu Ende führen. Die Entscheidung, ob die Stillegung nicht zu Ende geführt werden soll, hängt also ausschließlich von der künftigen Absatzlage ab; sie setzt eine wirkungsvolle langfristige Energiepolitik voraus, die es verhütet, daß leistungsfähige Zechen aus Mangel an Absatz vor schlechteren Zechen stillgelegt werden.

Der in Form einer Betriebsvereinbarung vorgesehene Sozial- und Treueplan sieht vor, daß jedes Belegschaftsmitglied der Zeche Kaiserstuhl, das am 31. März 1966 noch in den Diensten der Hoesch AG steht, eine Treueprämie und am Tage der Stillegung unter den gleichen Bedingungen ein weiteres Treuegeld erhält. Belegschaftsmitglieder, die auf einer der anderen Hoesch-Zechen weiterarbeiten, erhalten neben den von der Montanunion zu erstattenden Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen bis zu 1500,— DM (je nach Familienstand) von der Gesellschaft ein zusätzliches Verlegungsgeld in etwa der gleichen Höhe. Jedenfalls wird jedem der von der Stillegung betroffenen Belegschaftsmitglieder, wenn es sich nicht wegen seines Alters vorzeitig pensionieren läßt, im Rahmen des Hoesch-Konzerns ein neuer Arbeitsplatz angeboten werden.

Inhalt

- 303 Um das Schicksal von Kaiserstuhl
- 307 Bei der Dörken AG: Weiter voran mit doppelter Kraft
- 311 Platal unter dem Nord-Ostsee-Kanal
- 313 Josef Fischer im Vorstand der Hoesch AG
- 314 Menschen wie du und ich: Der Werkzeugmacher
- 316 Ein Führerschein, den nicht jeder hat
- 318 50 Jahre bei uns
- 319 Wirtschaft – ein Entscheidungsbereich:
Grundlagen und Funktionsweise der Marktwirtschaft ■
- 324 Demokratie – politische Form der Menschlichkeit
- 326 Aus dem Jahresbericht des
Steinkohlenbergbauvereins 1964
- 328 Gerhard Labisch zum 60. Geburtstag
- 329 Wir lasen für Sie
- 329 Vor zehn Jahren berichtete WERK UND WIR
- 330 Passiert – notiert – fotografiert
- 331 Wer darf sich „Ingenieur“ nennen? ■
- 332 Wie stehen Sie zur Arbeitssicherheit? ■
- 333 Jubilare
- 334 Fotowettbewerb

Unsere Werke und Gesellschaften



Hoesch AG Bergbau
Essen-Altenessen



Hoesch AG Westfalenhütte
Dortmund



Hoesch AG
Walzwerke Hohenlimburg



Hoesch AG Rohrwerke
Dortmund, Hilstrup, Hagen



Hoesch AG Bandstahlwerk
Hamm



Schmiedag Aktiengesellschaft
Hagen i. Westf.



Maschinenfabrik Deutschland AG
Dortmund



Trierer Walzwerk Aktiengesellschaft
Wuppertal-Langerfeld, Trier



Döhner AG Letmathe



Dörken Aktiengesellschaft
Gevelsberg



Schwinn Aktiengesellschaft
Homburg/Saar



Schwinn Sàrl Hénin-Liétard



Dittmann & Neuhaus AG
Herbede-Ruhr



Rheinischer Vulkan,
Chamotte- und Dinaswerke mbH
Oberdollendorf a. Rhein



Dortmunder Drahtseilwerke GmbH
Dortmund



Hoesch Hammerwerk
Ruegenberg GmbH Olpe I.W.



Dortmunder Plastik GmbH
Dortmund



Hoesch Bergbautechnik GmbH
Dortmund



Hoesch Werk Federstahl Kassel



Hoesch Eisenhandel mbH
Dortmund

Claasen, Muth & Co. GmbH
Bremen



Hoesch Reederel und Kohlenhandel
GmbH Essen



Schiffswerft Gustavsborg GmbH



Hoesch Düngerhandel GmbH
Dortmund



Hoesch Export GmbH Dortmund

Hoesch Export GmbH
Oficina de Madrid



Hoesch Argentina S.A.
Industrial y Comercial Buenos Aires



Hoesch Limited London



Hoesch Italiana S.p.A. Mailand



American Hoesch Inc. New York



Hoesch France Sàrl Paris

Industriewerte AG Dortmund

Gesamtbelegschaft 50 000

**WERK
und
WIR**

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft: Dr. jur. Harald Koch. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötling. Graphische Gestaltung: Karl Georg Schmidt, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: dumont presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe BERGBAU, Seiten 97 bis 108: Willi Laser. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötling. Graphische Gestaltung: Karl Georg Schmidt, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon: 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: dumont presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe WESTFALENHÜTTE, Seiten 237 bis 268: Walter Hölkeskamp. Redaktionsleitung: Johannes Holschen. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 123/0822 294. Druck: Westfalendruck, Dortmund.

Nachdruck von Beiträgen dieses Heftes honorarfrei gegen Quellenangabe und zwei Belegexemplare gestattet, ausgenommen die im Inhaltsverzeichnis mit □ gezeichneten Berichte und die Beiträge auf dem Werkdruckblatt. WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Bildnachweis: Titelseite: Brigitte Korte, Dortmund. Rückseite: H. J. Multhaup, Dortmund. Farblinnenseiten: Brigitte Korte und Erich Kreuzner, beide Dortmund. Schwarz-Weiß-Aufnahmen: Fotoabteilung Hoesch AG; Fotostelle Westfalenhütte; Bundesbildstelle, Bonn; Lücking, Berlin; Wolfgang Prange, Dortmund; Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf; Schöning & Co., Lübeck, und Werk- und Privat-aufnahmen. Zeichnungen: Hans Geisen, Dortmund, und Ulrik Schramm, Feldafing.

Um das Schicksal von Kaiserstuhl

Am 5. August 1965 stimmte der Aufsichtsrat der Hoesch AG dem Antrag des Vorstandes zu, die Zeche Kaiserstuhl stillzulegen.

Die folgenschwere Entscheidung macht die nachstehende eingehendere Stellungnahme notwendig:

Selten in der Geschichte der Hoesch Werke und sicherlich noch nicht, seitdem wir unter dem Gesetz der Mitbestimmung arbeiten – 1951 –, standen die entscheidenden Organe des Unternehmens vor einer so schwerwiegenden – menschlich und wirtschaftlich so schwerwiegenden – Entscheidung wie in diesen Wochen und Monaten, in denen es um das Schicksal der Schachanlage Kaiserstuhl ging. Schließlich handelte es sich um nicht weniger als darum, den Stilllegungsbeschluß zu fassen

- für eine Schachanlage, die mit einer Leistung von etwa 3,2 Tonnen je Mann und Schicht gegenüber einem Durchschnitt der übrigen fast 90 Zechen von etwa 2,8 Tonnen je Mann und Schicht zu den besten Zechen an der Ruhr gehört;
- für eine Schachanlage, die ihre Förderung seit der Teilstillegung im Jahre 1959 von etwa 1,5 Tonnen auf die genannten 3,2 Tonnen steigerte;
- für eine Schachanlage, deren – im übrigen ausschließlich deutsche – Belegschaft im wesentlichen aus lauter alten Hoesch-Leuten besteht, die nach der Teilstillegung im Jahre 1959/1960 und der damaligen Rückführung der Belegschaft von rund 5300 Belegschaftsmitgliedern auf rund 3300 annehmen durften, daß ihnen das Schicksal der endgültigen Stilllegung bei entsprechender und in diesen Jahren dank des Einsatzes aller zweifellos erreichten Leistungssteigerung erspart bliebe.

Eine folgenschwere Entscheidung

Vor schwerwiegenden menschlichen und wirtschaftlichen Entscheidungen standen also die zuständigen Organe des Unternehmens. Vom Vorstand als der gesetzlichen Vertretung des Unternehmens und vom Direktorium des Hoesch-Bergbaus abgesehen, die Unternehmensvertreter im Sinne des Aktiengesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes sind, waren die nach dem Mitbestimmungsgesetz in gleicher Weise aus Anteilseignervertretern und aus Arbeitnehmervertretern zusammengesetzten Organe, nämlich der Aufsichtsrat der Hoesch AG und der Beirat der Hoesch AG Bergbau (dieser nach dem Lüdenschneider Abkommen vom Jahre 1958) an der Entscheidung beteiligt. Im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes ist auch immer wieder mit dem Betriebsrat von Kaiserstuhl verhandelt worden, der nichts unterlassen hat, um die Stilllegung von der Belegschaft abzuwenden. Auch jeder Außenstehende

wird leicht einsehen, wie schwer sich diese Gremien die Beratungen und nicht zuletzt dann die Entscheidung gemacht haben, die einen ganzen Unternehmensteil und mit ihm mehr als 2000 Belegschaftsmitglieder trifft.

Gründliche Untersuchungen und viele Beratungen zogen sich über länger als ein Jahr hin, bevor die für das ganze Unternehmen, insbesondere aber für unsere Kaiserstuhl-Bergleute, so folgenschwere Entscheidung gefaßt werden konnte. Es ist selbstverständlich, daß in allen diesen mit verständiger Sachlichkeit, mit großem Ernst, aber auch mit heißem Herzen geführten Verhandlungen alle Interessen – insbesondere auch die der betroffenen Belegschaftsmitglieder – sorgfältig gegeneinander abgewogen wurden. Dabei ging es nicht, wie eine große Tageszeitung in völliger Verkennung des Sachverhaltes schrieb, um die Frage „Geld oder Bergleute“, sondern es ging um die Frage: Kann der Hoesch-Konzern als Ganzes bei der hinlänglich bekannten Absatzlage in der Kohlenwirtschaft es länger verantworten – wenn er an seine anderen großen, in die Zukunft weisenden Aufgaben und Vorhaben, wenn er an die Notwendigkeit, diese Vorhaben zu finanzieren, wenn er mithin sowohl an die Arbeitsplätze seiner 50000 Belegschaftsmitglieder als auch an das wohlverstandene Interesse seiner Anteilseigner denkt –, kann also Hoesch es länger verantworten, immer mehr und mehr Kohle über den eigenen Bedarf und über den möglichen Absatz hinaus zu fördern und auf die Halden zu werfen, auf denen – allein bei Hoesch! – nun schon mehr als 1 Million Tonnen lagern und damit mehr als 60 Millionen DM Kapital binden?

Die Alternative: „Geld oder Bergleute“ ist viel zu primitiv, als daß man sich mit ihr auseinandersetzen müßte. Es ging und es geht darum – dem Zeitungsschreiber sei es gesagt –, ein großes Unternehmen um der in ihm arbeitenden Menschen, um des in ihm arbeitenden Kapitals, also um der Eigentümer, und um der Volkswirtschaft willen gesund zu erhalten für eine Zukunft, die gewiß noch genug Aufgaben und Probleme bereit hält.

Eine neue Energie- und Kohlepolitik?

Das wichtigste Gegenargument der betroffenen Belegschaft, vertreten durch ihren Betriebsrat und vor allem auch durch ihren Betriebsratsvorsitzenden Heinz Hölscher, wurde immer und immer wieder diskutiert und hat schließlich auch seinen Niederschlag in dem Stilllegungsbeschluß gefunden, weil dieser Beschluß die gesetzlich durchaus zulässige Möglichkeit, die Stilllegungsmaßnahmen einzustellen, enthält. Dieses Gegenargument lautete: Wird nicht doch eine Energiepolitik und im engeren Sinne eine Kohlepolitik der verantwortlichen staat-

lichen Stellen eine Wende im Kohleabsatz bringen? Gibt es denn wirklich keine Möglichkeiten zu erreichen, daß im deutschen oder vielleicht sogar im Montanunionsraum zuerst die schlechteren Zechen geschlossen werden? Schließlich beträgt die Leistung im Durchschnitt je Mann und Schicht an der Ruhr 2,8 Tonnen, in Frankreich 2,1 Tonnen, in Belgien sogar nur 1,8 Tonnen und auf Kaiserstuhl 3,2 Tonnen! Und wie gesagt: An der Ruhr halten viele Zechen – allerdings im Verbunde – ihre Förderung aufrecht, obwohl ihre Leistung nur 2,2 oder 2,3 oder 2,4 Tonnen beträgt! Dabei wissen wir natürlich, daß die Leistung nicht das einzige Merkmal sein kann, das den Wert einer Anlage ausmacht, sondern daß auch die Höhe der Kohlevorräte und andere wichtige Gegebenheiten die Entscheidung stark beeinflussen müssen.

In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen insbesondere des Vorstandes zu nennen, der Bundesregierung und Landesregierung – aber auch viele Abgeordnete – wiederholt auf diese widersinnige Situation hinwies und nichts unversucht ließ, günstigere Voraussetzungen für die Lösung des Bergbauproblems zu erreichen; es ist bekannt, daß der Vorsitzende unseres Vorstandes, Dr. Ochel, wiederholt mit fundierten Vorschlägen in die Energie-debatten eingegriffen hat, obwohl traditionelle Gegebenheiten und politische Rücksichtnahmen offenbar immer noch stärker sind als wirtschaftliche Vernunft.

Auch der Betriebsrat der Schachanlage Kaiserstuhl machte, unter Führung seines Vorsitzenden Heinz Hölscher, Land, Bund und selbst die Hohe Behörde der Montanunion wiederholt darauf aufmerksam, daß eine Energie- und Kohlepolitik nicht richtig sein könne, die eine leistungsfähige Schachanlage wie Kaiserstuhl zur Stilllegung zwänge, während schlechtere Zechen weiter fördern. Alle diese Bemühungen blieben erfolglos.

Bei alledem soll allerdings dies auch nicht verkannt werden: in einer Zeit, in der der Kohle das Erdöl, dem Erdöl das Erdgas, dem Erdgas die Atomenergie auf den Fersen sind, in der also nicht etwa nur konjunkturpolitische, sondern strukturpolitische Fragen von eminenter Bedeutung zu lösen sind, verlangt eine deutsche oder gar eine europäische Kohlepolitik grundlegende und bestimmt auch einschneidende Maßnahmen. Eine große, wohl noch fehlende Konzeption hätte allerdings – das dürfen auch wir nicht übersehen – alle Verbraucher, die billige und bequeme Energie wollen, also auch die übrige Wirtschaft und vor allem die Exportwirtschaft zu berücksichtigen; sie kann aber jedenfalls nicht durch eine Politik der kleinen Hilfen und der Pflasterchen, wie wir sie bis jetzt erlebt haben, ersetzt werden. Solange eine solche Konzeption, eine solche Energiepolitik nicht er-

arbeitet ist und zum Zuge kommt, muß jedes Unternehmen für sich handeln!

Die Anmeldungen beim Rationalisierungsverband

Und das hat Hoesch nunmehr getan! Und daß dabei neben die wirtschaftlich-technische Entscheidung von so weittragender Bedeutung die menschlich-soziale Entscheidung traf, die da versucht, die mit jeder Stilllegung – mit jedem Arbeitsplatzwechsel also – verbundenen sozialen Härten auszugleichen, versteht sich aus der Tradition des Unternehmens und aus der in nunmehr fast 20 Jahren Mitbestimmung erprobten Zusammenarbeit.

Nachdem am 31. Oktober 1964 nach eingehender Beratung im Beirat des Bergbaus der Vorstand der Hoesch AG und das Direktorium des Bergbaus die Schachthanlage Kaiserstuhl beim Rationalisierungsverband vorsorglich zur Stilllegung angemeldet hatten (vergleiche Heft 11/1964) und nachdem sich am 30. Juli 1965 der Beirat der Hoesch AG Bergbau für die Stilllegung der Schachthanlage ausgesprochen hatte – weil die erhoffte Absatzbelebung ausgeblieben war und die Marktlage sich von Monat zu Monat verschlechterte –, stimmte nunmehr unser Aufsichtsrat dem Antrag des Vorstandes in seiner Sitzung vom 5. August 1965 nach vieltündiger Beratung zu, daß die Schachthanlage Kaiserstuhl, entsprechend den Bestimmungen des Rationalisierungsgesetzes vom 29. Juli 1963, stillzulegen sei. Allerdings sieht der Beschluß, damit den Hoffnungen der Belegschaft, des Betriebsrates und seines Vorsitzenden Hölscher und deren Erwartungen auf eine künftige Energiepolitik folgend, vor, daß die Stilllegungsmaßnahmen eingestellt werden, wenn sich die Absatzlage grundlegend verbessern sollte.

Immer weniger Nachfrage nach Kohle

Wie stark sich tatsächlich die allgemeine Absatzlage auf dem Kohlemarkt seit Oktober 1964, also seit der vorsorglichen Anmeldung zur Stilllegung, verschlechtert hat, läßt dieser kurze Überblick erkennen:

In der Bundesrepublik wurden in den Monaten Januar bis Mai 1964 47,7 Millionen Tonnen Kohle und Koks abgesetzt; in den gleichen Monaten des Jahres 1965 waren es nur noch 42,7 Millionen Tonnen. Die von der Bundesrepublik zu Gunsten des Steinkohlenbergbaus eingeleiteten Hilfsmaßnahmen sind bisher also fast wirkungslos geblieben. An diesem Absatzrückgang im Inland sind alle Verbrauchergruppen beteiligt. Keine Verbrauchergruppe hat den Absatz gehalten oder gar gesteigert. Nicht einmal die von der Kohle so umworbenen Elektrizitätswerke machen eine Ausnahme; denn auch bei ihnen beträgt der Rückgang des Kohleverbrauches rund 10 v.H., obwohl allgemein ein Mehrverbrauch an Kohle in diesen Werken erwartet worden war. Und in der Gruppe der sogenannten „übrigen Industrien“ wurden zu Beginn der Krise noch etwa 10300 Abnehmer gezählt; heute sind es nur mehr 4200. Unaufhaltsam also drängen andere Energieträger auf den Markt.

Doch nicht nur im Inland geht der Absatz rapide zurück, auch der Export – und zwar in die übrigen Montanunion-Länder wie in dritte Länder – ist stark rückläufig.

Die Kohlenhalden im Hoesch-Bereich

Der Absatz des Hoesch-Bergbaus hat sich in ähnlicher Weise entwickelt: konnte Hoesch von Oktober 1963 bis Juni 1964 im Monatsdurchschnitt noch 515000 Tonnen Kohle und Koks absetzen, so fiel der Absatz in den ersten neun

Monaten des Geschäftsjahres 1964/1965 auf monatlich durchschnittlich 462000 Tonnen. Dieser Absatzschwund ist ausschließlich auf den Rückgang der „Marktmenge“ zurückzuführen, also der Menge, die wir über die Verkaufsgesellschaft „Geitling“, eine der beiden Ruhrkohleverkaufsgesellschaften, auf dem Markt absetzten. Der Teil unserer Förderung, der als Selbstverbrauch im Hoesch-Kreis Aufnahme findet – die sogenannte Vorabmenge –, blieb dagegen bisher nahezu unverändert, wie die nachfolgende Statistik ausweist:

	Förderung in 1000 Tonnen	abgesetzte Vorabmenge in 1000 Tonnen	abgesetzte Marktmenge in 1000 Tonnen	Gesamtabsatz und Verbrauch in 1000 Tonnen
Oktober 1963 – Juni 1964	4777	2047	2588	4635
Oktober 1964 – Juni 1965	4754	2071	2086	4157
Veränderung	– 23	+ 24	– 502	– 478

Aber wir müssen damit rechnen, daß auch der Eigenbedarf unserer Werke in absehbarer Zeit zurückgeht. Vorsichtige Schätzungen haben ergeben, daß unter diesen Umständen 1 Million Tonnen aufgehaldet werden müßte, wenn wir unsere Förderung nicht entsprechend einschränken.

Die Belastung durch die Aufhaltung

In den ersten zehn Monaten dieses Geschäftsjahres, also seit September 1964, haben wir 570000 Tonnen Kohle und 63000 Tonnen Koks, zusammen also 633000 Tonnen aufhalten müssen. Fördertäglich wurden also mehr als 3000 Tonnen Kohle mehr gefördert als abgesetzt. Alle unsere Schachthanlagen sind an dieser Aufhaltung beteiligt, selbst Kaiserstuhl – trotz des erheblichen Vorteils, den der enge Verbund mit der Hütte gewährt – mit 110000 Tonnen Kohle und 20000 Tonnen Koks.

Nach alledem betrugen die Gesamtbestände des Hoesch-Bergbaus – Koks in Kohle umgerechnet – Ende Juli 1965 1037000 Tonnen. Das entspricht der Förderung von zwei Monaten. Eine Million Tonnen auf Halde gestürzte Kohle binden aber auf unbestimmte Zeit ein Kapital von etwa 60 Millionen DM. Ein solches Kapital aber kostet allein einen jährlichen Zinsaufwand von etwa 4,5 Millionen DM. Wenn wir einmal die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungsmaßnahmen außer acht lassen, deren Auswirkung im einzelnen noch nicht zu übersehen ist, betrügen, wenn die heutige Förderung aufrechterhalten bliebe, bis Mitte 1966 unsere Halden etwa 1,8 Millionen Tonnen; zu ihrer Finanzierung wären rund 110 Millionen DM nötig und damit ein Zinsaufwand von jährlich mehr als 8 Millionen DM.

Bereits Haldenbestände in der jetzigen Größenordnung sind aber nicht nur für den Hoesch-Bergbau auf die Dauer untragbar, weil sie die Ertragslage durch Aufhaldekosten, durch Lagerkosten, durch Zinsen, durch Wertabschläge, durch Wertberichtigungen und so weiter verschlechtern; sie binden auch Mittel des gesamten Unternehmens, beeinträchtigen damit dessen Liquidität und erschweren Investitionen, die für den Konzern notwendig und vielleicht sogar lebenswichtig sind. Denken wir nur an die geplanten Neuanlagen der Hütte mit dem Bau des Blasstahlwerkes als neuem Kernstück der Hütte und an die Planungen der Weiterverarbeitung, die für die Zukunft des Gesamtunternehmens entscheidend wichtig sind.

Was ist zu tun?

Die Förderung muß also dem Absatz angepaßt werden.

Eine andere Möglichkeit bietet sich nicht mehr an, zumal sich eine Besserung des Kohleabsatzes in keiner Weise abzeichnet. Gerade für Hoesch aber ist eine Entscheidung besonders schmerzlich, weil unser Bergbau auf Grund seiner überdurchschnittlichen Leistung wirtschaftlich arbeitet und – läge nicht ein großer Teil seiner Erzeugnisse unverkauft – auch wesentlich zum Gesamtergebnis beitragen könnte. Damit sie wirkungsvoll sei, hat die Zurückführung der Förderung entsprechend der sonst zu erwartenden jährlichen Aufhaltung etwa

800000 Tonnen im Jahr zu betragen. Für eine so einschneidende Maßnahme, die noch dazu langfristig wirksam sein muß, gibt es nur zwei Möglichkeiten: die Förderung auf allen fünf Schachthanlagen zu drosseln oder eine Schachthanlage stillzulegen. Diese Frage war ein wesentlicher Teil der Beratungen und Entscheidungen.

Die eine Möglichkeit: Drosselung der Förderung auf allen Schachthanlagen

Wollte man die Förderung dem Absatz durch Zurückführung aller Schachthanlagen anpassen, so müßten Feierschichten eingelegt werden, und zwar, um zu dem notwendigen Ergebnis zu kommen, jährlich etwa 33 Feierschichten auf jeder Schachthanlage. Das aber würde bedeuten, daß etwa 14000 unserer Bergleute ganz erhebliche Lohn- und Gehaltsseinbußen hätten – je Schicht etwa 40 DM; die dann bestimmt zu erwartenden Abwanderungen würden den Bestand der Gesamtbelegschaft des Bergbaus sicherlich ernsthaft gefährden. Darüber hinaus verschlechterten 33 Feierschichten das Jahresergebnis der Gesellschaft um etwa 18 Millionen DM; diese Verschlechterung bleibt auch dann bestehen, wenn etwa von dritter Seite (Bund, Land?) die Feierschichten teilweise oder sogar ganz bezahlt würden.

Vor allem aber kommt hinzu, daß die Zurücknahme der Förderung auf allen Schachthanlagen die Wirtschaftlichkeit jeder unserer Zechen stark beeinträchtigen und, auf längere Sicht betrachtet, gar in Frage stellen müßte. Um 800000 Tonnen im Jahr oder etwa drei Tonnen je Tag weniger zu fördern, müßte die Bergbaubelegschaft auf allen fünf Anlagen insgesamt um mindestens 1000 aktive Untertagearbeiter – also um etwa 200 auf jeder Schachthanlage – vermindert werden. Die dadurch ausgelöste Unruhe bei allen Belegschaften und deren Sorge um den Arbeitsplatz würden unzweifelhaft dazu führen, daß weitere Bergleute abwanderten, so daß unter Umständen nicht einmal die absetzbare Förderung gehalten werden könnte. Es konnte sehr genau ermittelt werden, daß eine derartige Drosselung, bei der alle Anlagen nur unzureichend ausgenutzt werden, das Ergebnis etwa in der gleichen Höhe belastet wie das Einlegen von Feierschichten.

Selbstverständlich kostet auch – das sei gesagt, um einem oft gehörten Einwand zu begegnen – die Stilllegung einer Schachthanlage erhebliche Mittel; diese zweifellos hohen Aufwendungen fallen aber nur einmal an, und im Gegensatz zur Drosselung einer Zeche werden auch die hohen Kosten der vielen an der Kohlegewinnung nicht unmittelbar beteiligten Betriebsabteilungen ganz eingespart. Darüber hinaus haben bis in letzte

Einzelheiten gehende Berechnungen bewiesen, daß Feierschichten oder Förderdrosselung auf allen Schachtanlagen – über einen angemessenen langen Zeitraum betrachtet – mehr als doppelt so viel kosten würden wie die Stilllegung einer Schachtanlage.

Wägt man also die verschiedenen Möglichkeiten gegeneinander ab, wie es in langen eingehenden Beratungen alle entscheidenden Gremien immer wieder getan haben, so bleibt als einzig vertretbarer Weg, die gegenwärtige Förderung den veränderten Marktverhältnissen anzupassen, nur die zweite Möglichkeit, die völlige Stilllegung einer Zeche.

Die andere Möglichkeit: die Stilllegung einer Zeche

Warum gerade Kaiserstuhl?

Ausschlaggebend für die Entscheidung, von den fünf Hoesch-Zechen den Grubenbetrieb der Zeche Kaiserstuhl stillzulegen, waren unter anderen folgende Gründe:

1. Gegenüber den anderen Hoesch-Zechen hat Kaiserstuhl mit Abstand die geringsten Kohlenvorräte und damit auch die kürzeste Lebensdauer.
2. Auf Grund der Zusammensetzung dieser Vorräte nach Kohlenarten und deren Qualität sind die langfristigen Absatzaussichten der Zeche ungünstiger als die der anderen Schachtanlagen.
3. Bedeutungsvoll ist auch die örtliche Lage der Zeche. Kaiserstuhl baut unter einem Teil der Stadt Dortmund, der mit ausgedehnten Eisenbahnanlagen belegt und stark bebaut ist. Auch

die gegen Bergschäden zum Teil äußerst empfindlichen Betriebsanlagen der Westfalenhütte befinden sich im Einwirkungsbereich der Schachtanlage. Seit Jahren hat Kaiserstuhl daher besonders hohe Kosten für die Maßnahmen der Bergschädensicherung wie für die Beseitigung der laufenden Bergschäden im Senkungsbereich zu tragen.

4. Während – bei langfristiger Planung gesehen – in Altenessen mit den Schachtanlagen Emil-Emscher und Fritz-Heinrich eine besonders leistungsfähige Großanlage geschaffen werden könnte, besteht eine solche Möglichkeit bei Kaiserstuhl selbstverständlich nicht.

Der entscheidende Beschluß

Entsprechend dem Gesetz bestimmt der Beschluß des Aufsichtsrates und des Vorstandes: „Mit den für die Anerkennung einer fristgerechten Stilllegung erforderlichen Maßnahmen wird vor dem 31. August 1965 begonnen.“ Das bedeutet, daß die Ausrichtungsarbeiten zu diesem Termin eingestellt wurden. Dem Gesetz entspricht es weiter, wenn der Beschluß sagt: „Die Stilllegung ist spätestens bis zum 31. August 1968 zu beenden...“ Wie schon gesagt, berücksichtigt der Beschluß aber auch, daß in den nächsten Monaten eine wesentliche Änderung der Absatzlage eintreten könnte. Gerade die Belegschaft erhofft dies von einer ganz neuen Energiepolitik und hat durch ihren Betriebsrat immer wieder hierauf hingewiesen. Der Beschluß sagt demgemäß: „... ändert sich die Absatzlage so wesentlich, daß die Förde-

rung der Hoesch-Zechen abgesetzt werden kann, so wird der Vorstand im Einvernehmen mit dem Beirat und mit dem Aufsichtsrat die Stilllegung nicht zu Ende führen...“ Allerdings heißt es in dem Beschluß – und damit eröffnet er die Möglichkeit zu einer beschleunigten Schließung, wenn die Absatzlage sich nicht bessert und die Halden mehr und mehr wachsen – ebenfalls: „Ist schon vor dem 31. März 1967 abzusehen, daß sich die Lage nicht grundlegend bessert, so wird der Vorstand schon früher die Stilllegung schneller betreiben, weil die Durchführung im einzelnen durch absatzbedingte sowie technische und wirtschaftliche Überlegungen bestimmt wird, die sich an dem Gesamtinteresse der Hoesch AG auszurichten haben...“

Folgendes ist also festzuhalten:

Da das Rationalisierungsgesetz für die Durchführung der Stilllegung eine Frist von drei Jahren vorsieht, die erst am 31. August 1968 ausläuft, besteht also – wenn sich die Absatzlage grundlegend verbessern sollte – durchaus die Möglichkeit, daß die entscheidenden Gremien nach Abstimmung mit dem Rationalisierungsverband beschließen, die Stilllegung nicht zu Ende zu führen. Die Entscheidung darüber hängt also ausschließlich von der künftigen Absatzlage ab.

Die Zahl der betroffenen Mitarbeiter

Die vorgesehene Stilllegung wird sich ausschließlich auf den Grubenbetrieb unter und über Tage der Schachtanlage Kaiserstuhl erstrecken. Kokerei und Kraftwirtschaft mit den dazu gehörigen Hilfsbetrieben bleiben von der Stilllegung unberührt.

Von der Stilllegung betroffen sind insgesamt 1961 Arbeiter und 219 Angestellte, zusammen 2180 Beschäftigte; von diesen Belegschaftsmitgliedern sind 442 bereits 55 Jahre alt oder älter.

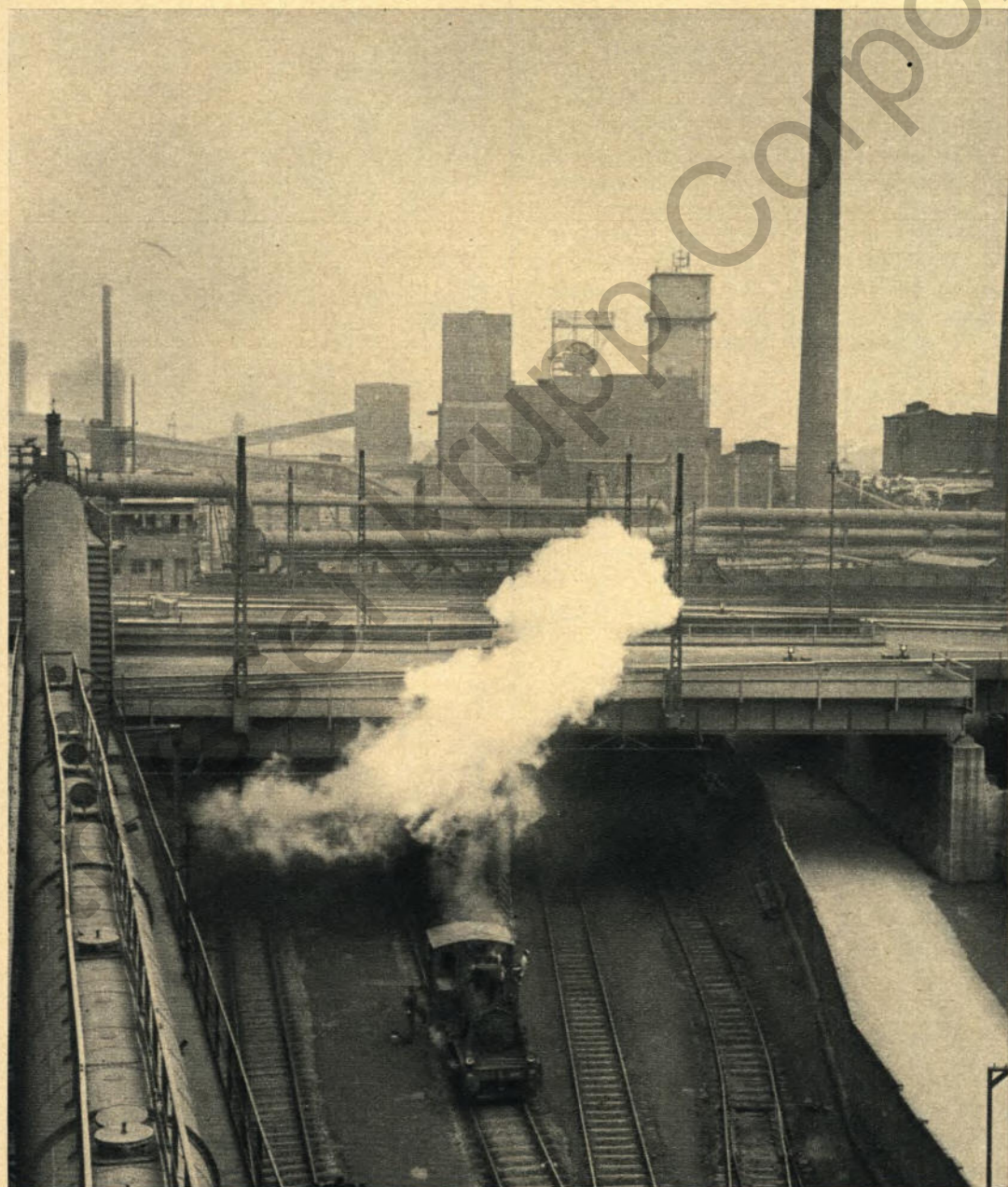
Der vorgesehene Sozialplan für die Kaiserstuhl-Belegschaft

Gleichrangig neben die technisch-wirtschaftliche Entscheidung tritt die soziale. Wie schon bei der Teilstillegung von Kaiserstuhl vor sechs Jahren – wie aber auch bei den verschiedensten Zechenstillegungen an der Ruhr in den vergangenen Jahren – soll ein Sozialplan, der nach Beratung mit dem Betriebsrat in Form einer Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden soll, helfen, die Härten auszugleichen, die in jedem Falle der Verlust des alten Arbeitsplatzes mit sich bringt. Dabei ist sich jeder bewußt, daß die Aufgabe eines angestammten Arbeitsplatzes immer eine Härte bedeutet und eine Härte bleibt.

Die wichtigste Bestimmung dieses Sozialplanes ist unter diesen Umständen wohl die erste:

1. Hoesch bietet allen von der Stilllegung der Zeche Kaiserstuhl betroffenen Belegschaftsmitgliedern einen Arbeitsplatz auf einer anderen Schachtanlage oder in einem anderen Betrieb der Hoesch AG Bergbau, der Hoesch AG oder ihrer Tochtergesellschaft an. Ältere, insbesondere rentenberechtigte Belegschaftsmitglieder, auf welche die in den Jahren 1961 und 1962 abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen anwendbar sind, können entsprechend dieser Regelung zu ihrer Rente einen Zuschuß erhalten.

Bei diesem Angebot an die Belegschaftsmitglieder, im Hoesch-Bereich zu verbleiben, wird



◀ Seit neunzig Jahren wird auf unserer Schachtanlage Kaiserstuhl gefördert; nun soll sie stillgelegt werden, da die schlechte Absatzlage eine Fördereinschränkung zwingend notwendig macht

sich der Sozialplan auf die Erfahrungen stützen, die vor etwa sechs Jahren bei der Stilllegung von Kaiserstuhl gemacht worden sind. Zu diesem Zweck wurde auch nachgeprüft, was aus den ehemaligen Belegschaftsmitgliedern von Kaiserstuhl geworden ist, die damals zu anderen Konzernwerken gegangen sind. Von 407 Beschäftigten der Anlage Kaiserstuhl, die seinerzeit die Westfalenhütte übernahm – darunter 64 Inhaber von Bergmannsversorgungsscheinen –, arbeiten gegenwärtig noch 313 auf der Westfalenhütte; 94 sind somit abgegangen, wovon schätzungsweise 30 v.H. aus Altersgründen ausgeschieden sein dürften. Damit steht fest, daß die Fluktuation der alten Kaiserstühler auf der Westfalenhütte wesentlich niedriger ist als die Durchschnittsfluktuation. Bei den Walzwerken Hohenlimburg liegen die Verhältnisse ähnlich. Dort sind von 149 Kaiserstuhl-Beschäftigten nach sechs Jahren trotz der Unbequemlichkeit der täglichen Hin- und Rückfahrt immer noch 95 beschäftigt. Diese Zahlen beweisen, daß sich die früheren Kaiserstühler an den neuen Arbeitsplätzen gut eingewöhnt haben und zufrieden sind und daß man durchaus berechtigt ist, dies auch für die zukünftigen Verlegungen zu erwarten.

Um nun aber den Belegschaftsmitgliedern einen Anreiz zu geben, auf der Zeche und dann auch im Hoesch-Bereich zu verbleiben, und gleichzeitig die Betriebstreue zu honorieren, soll der Plan weiter vorsehen:

2. Jedes betroffene Belegschaftsmitglied, das am 31. März 1966 noch in den Diensten der Hoesch AG steht, erhält eine Treueprämie in Höhe von etwa 700 DM und am Tage der Stilllegung – sofern das Dienstverhältnis mit Hoesch dann noch besteht – eine weitere Prämie in Höhe von etwa 500 DM.

Und weiter:

3. Diejenigen Belegschaftsmitglieder, die der Verlegung auf eine andere Hoesch-Zeche folgen, erhalten von Hoesch als Vorschuß auf die zugesagten Montanunions-Beihilfen:

a) kostenlose Fahrgelegenheit zum neuen Arbeitsplatz oder einen geldlichen Fahrtkostenausgleich,

b) eine Trennungsentschädigung, soweit die Führung eines doppelten Haushaltes notwendig wird,

c) Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen von zusammen 750 bis 1500 DM, gestaffelt nach dem Familienstand,

d) unabhängig davon, ob im Einzelfalle ein Umzug nötig wird oder nicht, zusätzlich zu den Treueprämien ein Verlegungsgeld in Höhe von 1500 DM, sofern sie im Lohnverhältnis stehen. Diese 1500 DM werden vom Tage der Verlegung an mit 4 v.H. verzinst und 18 Monate nach der Verlegung an diejenigen ausgezahlt, die dann noch auf dem von ihnen eingenommenen Arbeitsplatz im Hoesch-Bereich arbeiten.

4. Für diejenigen, die sich wegen ihres Alters vorzeitig pensionieren lassen, für die Lehrlinge und für diejenigen, die vor dem 31. März 1966 wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit ausscheiden, werden besondere Vereinbarungen getroffen.

Aufsichtsrat und Vorstand glauben mit diesem Plan, den man so gut einen Sozialplan wie einen Sozial- und Treueplan nennen kann, einen angemessenen Beitrag zur persönlichen Entlastung der betroffenen Belegschaftsmitglieder geleistet zu haben; er dient damit aber auch gleichzeitig dem Wohl der ganzen Gesellschaft.

Und die Mitbestimmung?

Mancher – und vor allem manches Belegschaftsmitglied – wird fragen: ist es nicht enttäuschend, daß eine solche Entscheidung, die 2000 Beleg-

schaftsmitglieder trifft, im Rahmen der Mitbestimmung nicht vermieden werden konnte? Wenn die Mitbestimmung so etwas zuläßt, hat sie dann überhaupt einen Sinn? Nur dem Oberflächlichen, dem, der den Sinn der Mitbestimmung nicht kennt, erscheinen diese Fragen berechtigt.

Jede Mitbestimmung erwiese sich schnell als unvernünftig und sinnlos, die sich den wirtschaftlich-technischen Notwendigkeiten widersetzen wollte. Keine Mitbestimmung kann im engen Rahmen eines Unternehmens Wirtschaftspolitik oder Sozialpolitik ersetzen, die Sache des Bundes oder der Länder sind. Alles das hieße, die Mitbestimmung überfordern (was ihre Gegner gern tun).

Mitbestimmung ist auch nicht nur eine rein soziale Angelegenheit, die es mit Löhnen (Sache der Tarifpartner!), Renten, Nothilfen, Werkküchen, Kindergärten zu tun hätte; alles das kann in jedem Unternehmen auch ohne Mitbestimmung jeder einigermaßen sozial eingestellte Angestellte – Direktor, Prokurist und so weiter – bearbeiten und fördern. Natürlich soll in der Mitbestimmung versucht werden, auf soziale Fragen, entsprechend ihrem Gewicht, die rechten Antworten zu geben, wie es zum Beispiel im Falle Kaiserstuhl unseres Erachtens geschah und geschehen wird.

Mitbestimmung ist vielmehr die Antwort auf eine gesellschaftspolitische, auf eine demokratische Forderung: mitbestimmend, mitgestaltend, mitverantwortend an den Entscheidungen mitwirken, die das Schicksal des Betriebes und damit das eigene bestimmen; mit anderen Worten:

Bürger sein am Arbeitsplatz, wie es im Staate selbstverständlich ist, und nicht nur Untertan. Das aber heißt selbstverständlich auch: Mitverantwortung!

Auch in diesem Sinne müssen die Beschlüsse verstanden werden, die nunmehr gefaßt wurden, als es um das Schicksal von Kaiserstuhl ging. Sie waren getragen – ohne daß das Interesse der betroffenen Bergleute jemals vergessen wurde – von dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Gesamtunternehmen und damit gegenüber denen, die das Unternehmen tragen: den mehr als 50000 Anteilseignern und den 50000 Belegschaftsmitgliedern.

Die weitere Entwicklung

Abschließend muß noch einmal hervorgehoben werden, daß in den vergangenen Jahren die für die Führung der Schachtanlage Kaiserstuhl Verantwortlichen alles Notwendige für die Rationalisierung Kaiserstuhls getan haben, und daß die Belegschaft ihrerseits alles tat, um die Förderung zu steigern; lediglich die Lage auf dem Kohlemarkt erzwingt dennoch die Stilllegung. Dieser Bericht soll allen unseren Belegschaftsmitgliedern, vornehmlich natürlich denen von Kaiserstuhl, zeigen, wie schwer die Entscheidung war und wie schwer sie allen Beteiligten geworden ist.

Hoesch hat in seinem Verantwortungsbereich gehandelt. Wenn in den Verantwortungsbereichen auf höherer Ebene Entscheidungen fallen werden, die die Absatzlage wesentlich verbessern: nur dann wird das Schicksal der Stilllegung von Kaiserstuhl abgewandt werden können. Aufsichtsrat und Vorstand stellten dies in ihrer Erklärung für die Presse so fest: „Die Entscheidung, ob die Stilllegung nicht zu Ende geführt werden soll, hängt also ausschließlich von der künftigen Absatzlage ab; sie setzt eine wirkungsvolle, langfristige Energiepolitik voraus, die es verhütet, daß leistungsfähige Zechen aus Mangel an Absatz vor schlechteren Zechen stillgelegt werden.“

H. K.

**Nach der Vereinigung
der Becke-Prinz GmbH
mit der Dörken AG:**



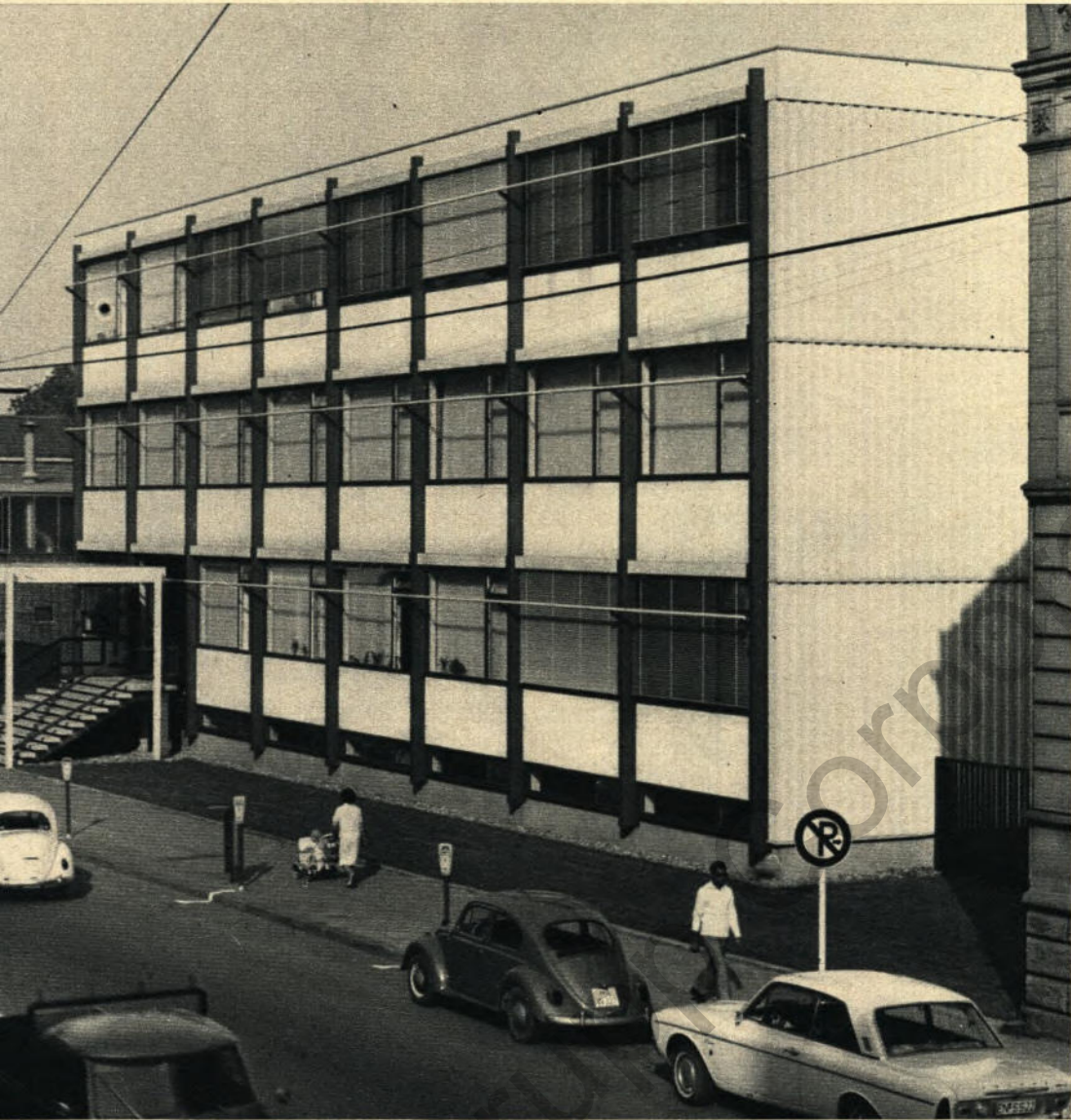
Die vergangenen zwei Jahre werden die Mitarbeiter der Dörken AG gewiß nicht so leicht vergessen: Obwohl es kaum einen Fleck auf dem Werks Gelände gab, an dem nicht gebaut wurde, und kaum einen Winkel in den Werkshallen, in dem nicht Maschinen abgerissen oder neu montiert wurden, lief die Produktion ununterbrochen weiter.

Zusammenfassen, was bisher verstreut war

Der Grund für diese umfassende Neugestaltung war die Vereinigung zweier Gesellschaften, deren Fertigungsprogramme sich ergänzten: der in Dortmund und Hemer beheimateten Becke-Prinz GmbH mit der Dörken AG in Gevelsberg.

An einem Platz zusammenzufassen, was bisher an drei Orten verstreut lag, war eine Rationalisierungsmaßnahme, die erhebliche Ersparnisse an Fertigungs-, Verwaltungs- und Vertriebskosten erwarten ließ. Und wirklich blieb der Erfolg nicht aus: Schon heute zeigt sich, daß der Arbeitsaufwand bei gleicher Leistung gegenüber früher um 20 v. H. gesunken ist.

Weiter voran mit doppelter Kraft



◀ Ein neues Verwaltungsgebäude aus Hoesch-Erzeugnissen

*Freundlich-licht ist der Eindruck des neuen
Verwaltungsgebäudes der Dörken AG
an der Hagener Straße in Gevelsberg.*

*Links daneben liegt die neue Werkshalle,
deren Stirnfront mit Platal verkleidet ist*

Neue Werkshalle für Schrauben, Muttern und Niete

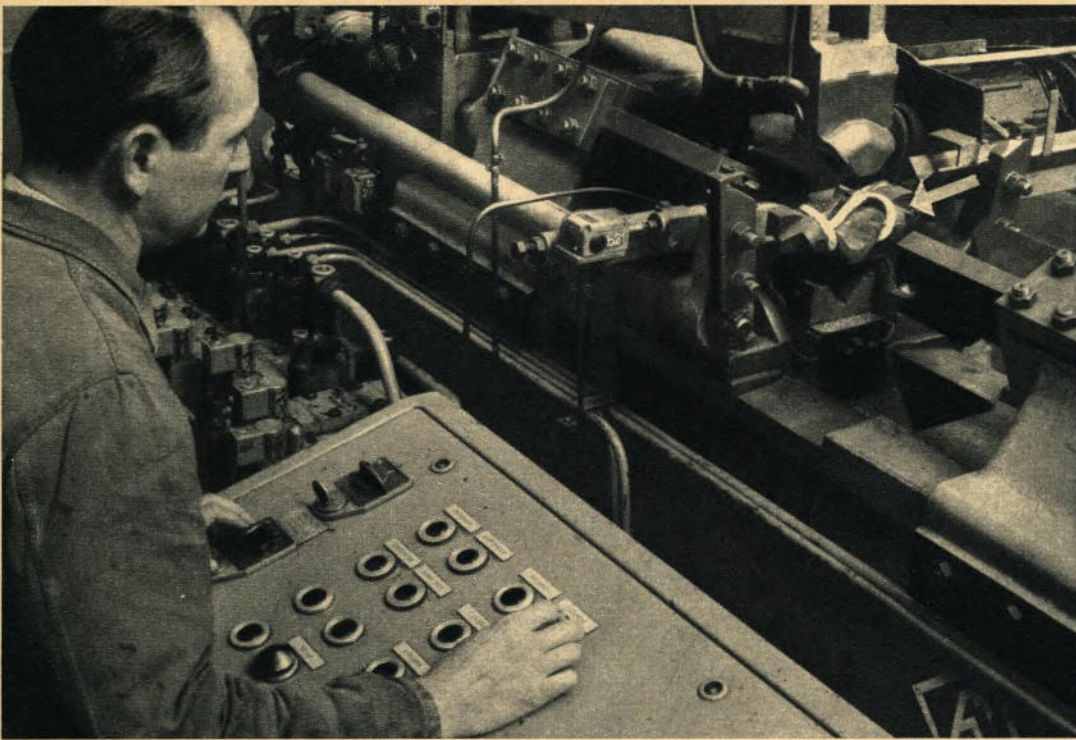
Unter den Neubauten steht die neue Werkshalle, die die Schrauben-, Muttern- und Nietefertigung des Werkes Hemer aufgenommen hat, an erster Stelle. Sie liegt mit der platalverkleideten Stirnfront an der Stelle des abgerissenen alten Verwaltungsgebäudes, umfaßt 4000 Quadratmeter und ist mit Tektal gedeckt. Durch gläserne Dachreiter fällt viel Licht auf die in langen Reihen nebeneinander aufgestellten Kalt- und Warmpressen. Ununterbrochen spucken die grüngestrichenen Maschinen, deren bewegliche Teile gelb und rot gehalten sind, Schrauben, Muttern und Niete aus. Mit gleicher Stetigkeit schlucken sie als Vormaterial die auf runden Haspeltischen servierten Drahringe. Einfach- und Doppeldrücker und Querförderpressen nennt der Fachmann diese Maschinen, auf denen Niete und Schrauben – mit den dazu gehörenden Muttern – von 1,8 bis 24 Millimeter Durchmesser entstehen.

Allerdings zieht die Dörken AG im Augenblick nicht den erhofften Nutzen aus dieser Rationalisierung, da sich ihr wichtigster Kunde, die Bundesbahn, mit Aufträgen stark zurückhält.

Aber gerade diese Schwierigkeiten zeigen, wie notwendig es war, jede Möglichkeit der Rationalisierung zu nutzen. Sie mindern auch nicht die Genugtuung über die schon jetzt sichtbare Arbeitskräfteersparnis, die nur deshalb so schnell möglich war, weil die Zusammenlegung der beiden Werke nach einem genau ausgeklügelten Plan ablief, nach dem innerhalb von gut zwei Jahren eine neue große Werkshalle, ein Magazin, ein Wasserwerk sowie ein nagelneues Verwaltungsgebäude errichtet und viele Betriebsabteilungen erweitert und vergrößert wurden.

► Blick in die 4000-Quadratmeter-Werkshalle, die die Schrauben-, Muttern- und Nietefertigung des Werkes Hemer aufgenommen hat. Werner Luszik kontrolliert die von den Gewindeautomaten geschnittenen Mutterngewinde





◀ Helmut Eissmann steuert diese Maschine, auf der Spannbügel für die Bundesbahn gebogen werden. Der Pfeil deutet auf den rotglühenden Spannbügel



▲ Ein Viertel der neuen Werkshalle nimmt das Fertigwarenlager ein, wo die Schrauben, Muttern und Niete in Schachteln verpackt auf bis zu sechs Meter hohen Regalen unseres Werkes Federstahl, Kassel, gestapelt werden

Die Schrauben und Muttern werden unterhalb der Pressen automatisch in Kästen einer zentral gesteuerten Transportanlage gefüllt, die sie den weiterverarbeitenden Maschinen zuführt. Je nach elektrisch eingesteuertem Befehl entleeren die an einer Laufschiene hoch über den Köpfen der Mitarbeiter in endloser Reihe hinziehenden Kästen ihren Inhalt beispielsweise an einer Abgratpresse, an der rund vorgepreßte Schraubenköpfe ein Sechskantprofil erhalten, oder an einer der vielen Maschinen, die Gewinde walzen oder schneiden. Sind die Niete, Schrauben und Muttern fertig, wandern sie zu Packtischen, wo sie automatisch gezählt, in Schachteln verpackt und auf Paletten in den bis zu sechs Meter hohen Regalen des anschließenden Fertigwarenlagers gestapelt werden. Während das fast 1000 Quadratmeter große Fertigwarenlager durch eine Wand von den Produktionsabteilungen getrennt ist, liegt das Vormateriallager – es umfaßt Drahtringe aller

Abmessungen – vorläufig noch neben den Gewindeschneidmaschinen, bis es im kommenden Jahr einer Glüh- und Vergütungsanlage zum Normalisieren der Niete und zum Vergüten hochfester Schrauben Platz machen und in einer eigenen Halle untergebracht wird, die im nächsten Frühjahr fertig wird.

Fertigung des Oberbaumaterials zusammengefaßt und modernisiert

War für den Umzug des Werkes Hemer mit seiner Schrauben-, Muttern- und Nietefertigung der Bau einer eigenen Halle notwendig, so konnte für die Fertigung des Dortmunder Werkes der Becke-Prinz GmbH – sie umfaßte Oberbau-Kleisen, wie Klemmplatten, Federnägel und Schwellenschrauben – durch den Abbruch älterer Maschinen in den schon bestehenden Werkshallen Raum geschafft werden. Zugleich ergriffen die Techniker die Gelegenheit und modernisierten die Fertigungsmethoden von Federnägeln und Schwellenschrauben. So entstanden klare Fertigungslinien, die vom geschnittenen Stab über die Induktionserwärmung und die Biegemaschinen zur zentralen Vergütungsanlage laufen. Bei der Herstellung des

Doppelschaft-Federnägels werden die Rationalisierungsmaßnahmen beispielsweise dazu führen, daß nur noch halb so viele Arbeitskräfte wie früher notwendig sind.

Die beiden Fertigungsgruppen Dortmund und Hemer der Becke-Prinz GmbH in Gevelsberg unterzubringen und einzuordnen, umfaßte aber nur einen Teil der mit der Zusammenlegung verbundenen Aufgaben. Schwieriger noch war es, die Zahl der Belegschaftsmitglieder den gewachsenen Anforderungen gemäß zu erhöhen. Denn nur wenige Mitarbeiter aus den Werken Hemer und Dortmund waren bereit, ihre Arbeit bei der Dörken AG wiederaufzunehmen und vorübergehend die tägliche Busfahrt von Dortmund oder Hemer auf sich zu nehmen, bis neue Wohnungen in Gevelsberg für sie bereitstehen.

Energieverbrauch nahm erheblich zu

Weiterhin galt es, viele technische Probleme zu lösen, die sich zwangsläufig durch die vereinigte Produktion ergaben. Zu ihnen zählte an erster Stelle die Erweiterung der elektrischen Energieversorgung, bei der die Hochspannungsstation mit zusätzlichen Transformatoren ausgerüstet wurde, vor allem mit Mittelfrequenzumformern, da der Anteil dieses Strombereichs besonders stark anstieg. Das war nicht nur auf den höheren Energiebedarf durch die neu hinzugekommenen Maschinen, sondern insbesondere auf die gleichzeitige Umstellung auf induktive (elektrische) Erwärmungsanlagen zurückzuführen. Nur durch diese zusätzliche Umstellung ist zu verstehen, daß sich der Energieverbrauch nach der Zusammenlegung der beiden Werke nicht einfach verdoppelt, sondern vervielfacht hat.

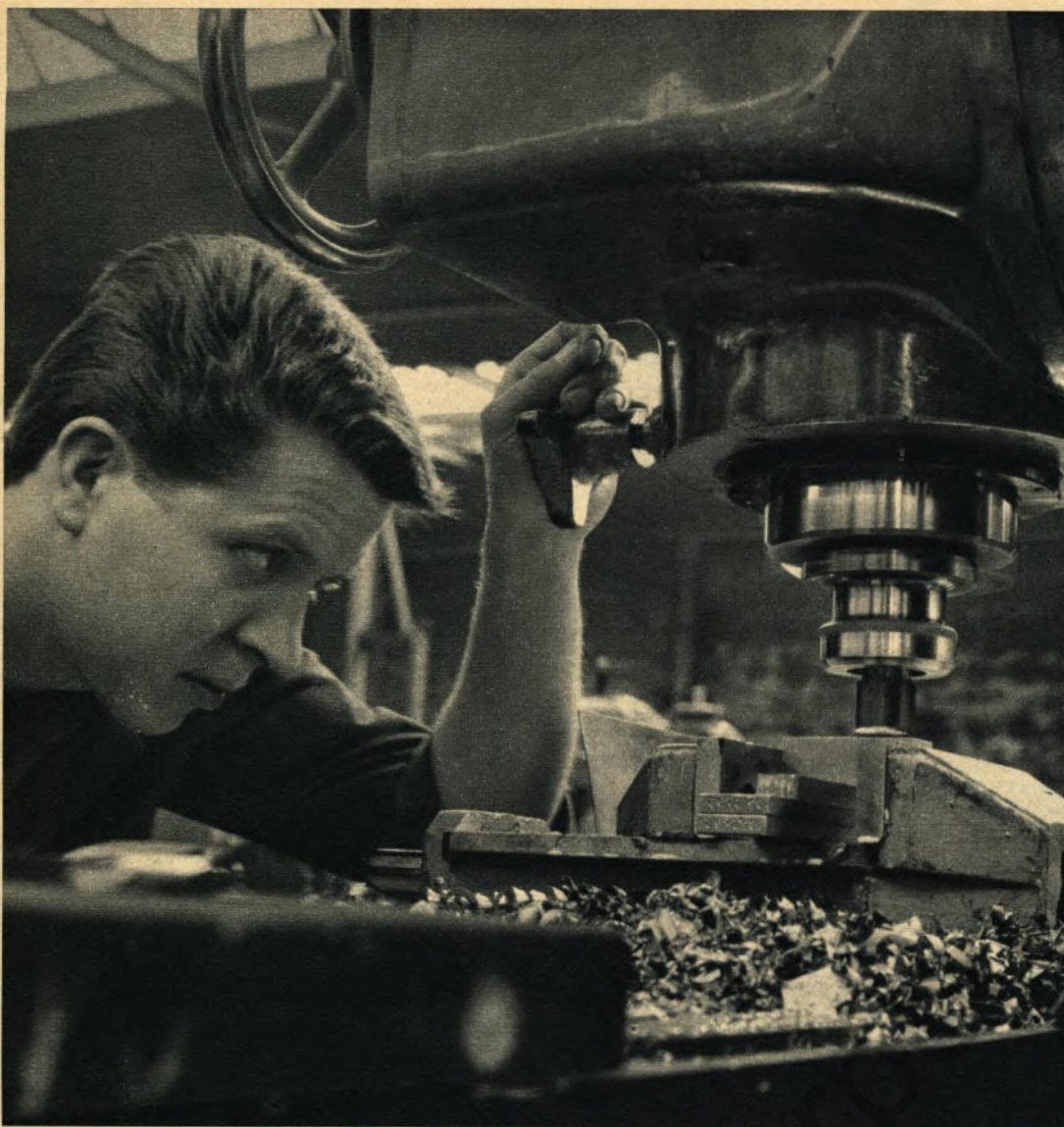
Eigenes Wasserwerk erbaut

Der überaus stark gestiegene Energieverbrauch war aber nur eine Folge der neuen Erwärmungsanlagen: genauso stark wirkte sich ihr hoher Bedarf an Kühlwasser aus. Da die Stadt den wachsenden Bedarf des Werkes nicht befriedigen konnte und der Wasserpreis sehr hoch liegt, mußte ein eigenes Wasserwerk auf dem Werksgelände gebaut werden. Es ist auf 250 Kubikmeter Wasser je Stunde ausgelegt – das ist sehr viel, wenn man bedenkt, daß die ganze Stadt Gevelsberg mit ihren 32000 Einwohnern stündlich nicht mehr als 400 Kubikmeter verbraucht. Das Wasserwerk besteht aus einem Gebäude, in dem die Pumpen, die Filteranlage für das Rücklaufwasser und die Schaltwarte untergebracht sind, von der der Kreislauf des Wassers überwacht wird. Ein Vorratsbecken mit 120 Kubikmeter schließt sich an das Gebäude an; darüber erhebt sich ein Kühlturm für das rückfließende Warmwasser.

Ein weiterer Neubau entstand für das zuvor im abgebrochenen alten Verwaltungsgebäude untergebrachte Magazin. Im Magazin werden Werkzeuge, Schleifscheiben, Schmieröl und hundert andere wichtige Dinge bereitgehalten. Nun ist es in ein neues Gebäude eingezogen, dessen erster Stock ein Versammlungsraum für die Belegschaft einnimmt und an dessen Rückseite das Labor für die mechanischen und metallographischen Untersuchungen liegt.

► Zu den vielen neuen Maschinen, die im Zug der Zusammenlegung von Becke-Prinz mit der Dörken AG angeschafft wurden, gehört auch diese Mittelfrequenz-Härtmaschine, an der Harry Krüger arbeitet





Werkzeugmacherei mit neuen Aufgaben

Ein anderes wichtiges Problem, das die Zusammenlegung der beiden Werke zur Folge hatte, konnte ohne einen zusätzlichen Neubau gelöst werden: die Werkzeugmacherei, in der nun auch für die aus Dortmund und Hemer umgezogenen Maschinen abgenutzte Werkzeuge erneuert und neue gebaut werden, vervielfachte ihre Leistung, blieb aber in der alten Werkshalle. Um diesen Leistungsanstieg zu ermöglichen, war es notwendig, eine Reihe neuer spangebender und spanloser Werkzeugmaschinen – insbesondere auch für die Hartmetallbearbeitung – anzuschaffen. Zugleich wurde die Härterei erneuert und erweitert, so daß sie heute in der Lage ist, sämtliche Werkzeuge zu härten.

Ein neues Verwaltungsgebäude aus Hoesch-Erzeugnissen

Neben dem Neubau der 4000-Quadratmeter-Werkshalle, des Wasserwerks und des Magazins sowie der Vergrößerung der Umspannstation und der Werkzeugmacherei ist noch eine letzte wichtige Investition zu nennen: der Bau des Verwaltungsgebäudes, der nicht mehr herausgeschoben werden konnte, nachdem die neue Werkshalle den Abbruch der längst unzureichenden alten Verwaltung erzwungen hatte.

Professor Fritz Jaenecke, der auch die Wilhelm-Hansmann-Siedlung in Dortmund-Wambel entworfen hat (siehe Heft 7/1961), ist der Architekt dieses modernen Stahlskelettbbaus, der fast ausschließlich aus Hoesch-Erzeugnissen – dem Stahlgerippe, dem Hoesch-Tektaldach, den Hoesch-Bandstahldecken, den Platal-Wandelementen und Platal-Verkleidungen – besteht. Den lichten, freundlich-einladenden Eindruck des Gebäudes bestimmen seine hohen Fensterfronten, die sich über die ganze Länge des dreigeschossigen Hauses ziehen, und die weißen Platalbänder, die als Verkleidung zwischen den Geschossen die waagerechte Linienführung noch unterstreichen. Eine breite Treppe führt in das Erdgeschoß, in dem – wie in den beiden oberen Geschossen – die Büros zu beiden Seiten eines Mittelkorridors liegen. Alle Innenwände können ohne Schwierigkeiten versetzt werden, so daß sich die Einteilung der insgesamt 1200 Quadratmeter großen Bürofläche dem jeweiligen Bedarf anpassen läßt. In den vergangenen Wochen haben unsere Mitarbeiter in Gevelsberg das neue Verwaltungsgebäude bezogen. Mit ihm und dem im Frühjahr fertigen Drahtringlager ist der Um- und Aufbau der Gesellschaft abgeschlossen. Alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen sind erfüllt, damit die Dörken AG – die 1963 ihren hundertsten Geburtstag beging – mit Zuversicht und frischer Kraft den Weg in das zweite Jahrhundert ihres Bestehens antreten kann.

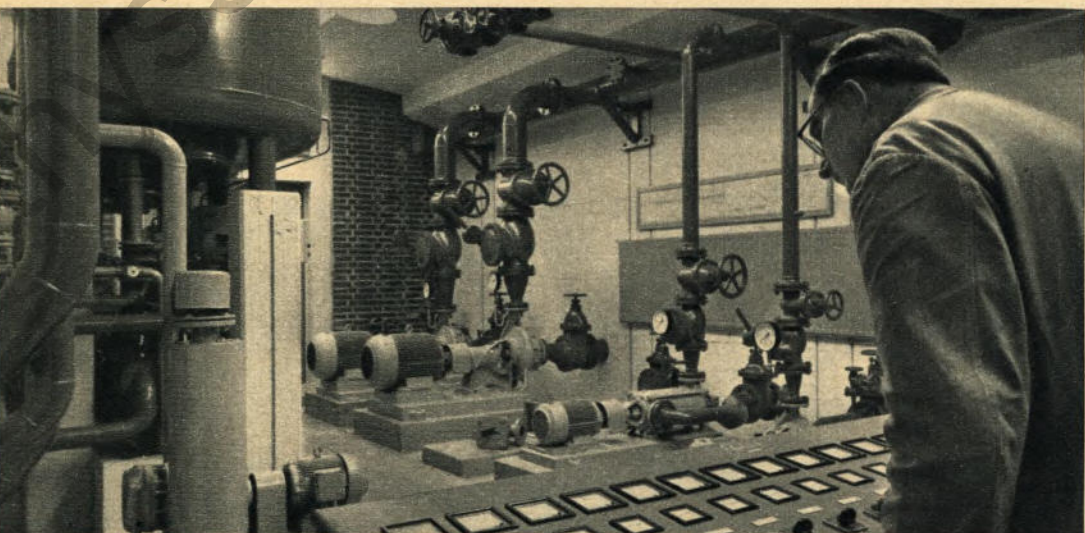
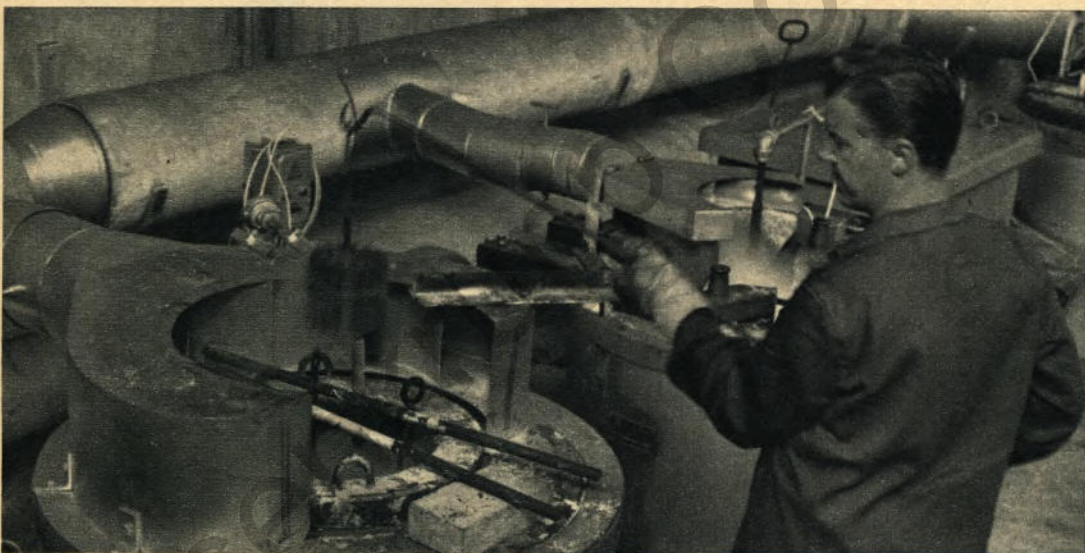


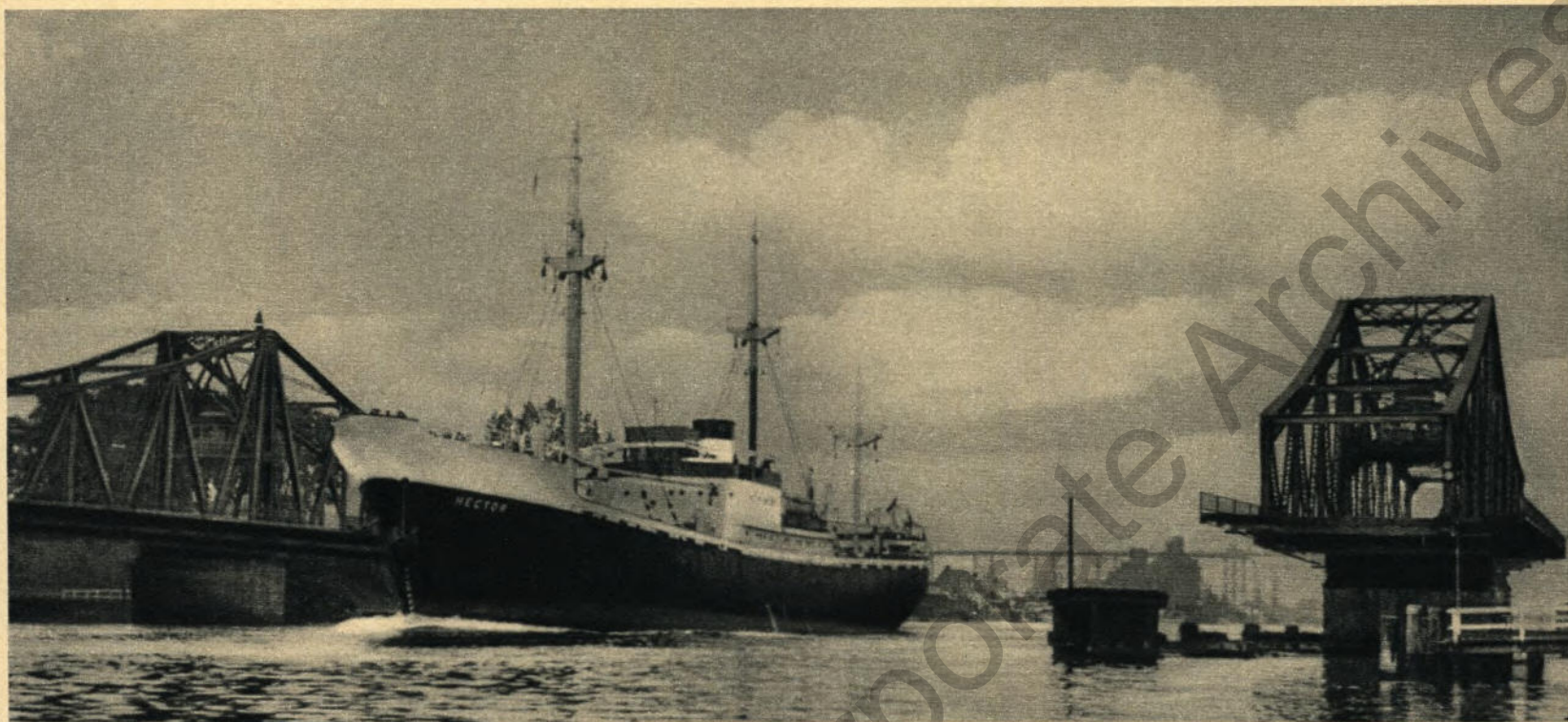
Bild oben: Auch die Werkzeugmacherei vervielfachte in den vergangenen zwei Jahren ihre Leistung. Hier arbeitet Dieter Molke an einer neuen Fräsmaschine

Bild Mitte: Zur Werkzeugmacherei gehört die erweiterte Härterei, die heute sämtliche Werkzeuge härten kann. Helmut Wackernagel erhitzt einzelne Werkstücke im flüssigen Salz der Salzbadöfen

◀ *Die zahlreichen neuen Maschinen – insbesondere die elektrisch arbeitenden Erwärmungsanlagen – ließen den Kühlwasserbedarf des Werkes so stark steigen, daß ein eigenes Wasserwerk gebaut werden mußte. Willy Schlottmann beaufsichtigt die Schaltwarte*

PLATAL unter dem Nord-Ostsee-Kanal

KUNSTSTOFF
AUF STAHL
= PLATAL



Mitten in Schleswig-Holstein verstopften jahrelang kilometerlange Autoschlangen eine Stadt, die das Glück und zugleich Unglück hat, im Schnittpunkt zweier Weltverkehrsstraßen zu liegen: in Rendsburg kreuzen sich nämlich der Nord-Ostsee-Kanal – die meistbefahrene Schifffahrtsstraße der Welt – und die Europastraße 3, die von Stockholm nach Lissabon führt. Der genaue Schnittpunkt dieser stark befahrenen Verkehrswege war eine Straßendrehbrücke, die vor fünfzig Jahren als Wunder der Technik galt, in unserer Zeit aber vom Verkehr überwältigt wurde: 1960 mußten sich ihre mächtigen Brückenflügel jeden Tag durchschnittlich 47mal für 190 Schiffe öffnen. Daß sich dabei die Autos auf der E 3 bis weit über die Grenzen der Stadt stauten, verärgerte die Rendsburger nicht weniger als die wartenden Autofahrer.

8000 Menschen wollen täglich über den Kanal

Doch schon 1961 schwenkte die Drehbrücke zum letztenmal: ein 1300 Meter langer Straßentunnel unterquerte am Rande der Stadt den Nord-Ostsee-Kanal. Auf vier Fahrbahnen nahm er mühelos den Nord-Süd-Verkehr auf. Das große Verkehrsproblem der Stadt Rendsburg und der Europastraße 3 war gelöst – bis auf eine nicht unwichtige Frage: Wo sollten die Rendsburger selbst den Kanal überqueren? Etwa 8000 Fußgänger und Radfahrer wechselten täglich von einer Seite zur anderen. Auch für sie mußte ein neuer Überweg geschaffen werden, denn die umständliche Fähre war und blieb ein ungenügender Behelf. So entstand nur

► Über den Rolltreppen, die zum Fußgängertunnel unter dem Nord-Ostsee-Kanal führen, wird die Plataldecke montiert, die die Unebenheiten der Betonwand verdeckt





Etwa 8000 Menschen benutzen täglich den Rendsburger Fußgängertunnel. 56 Meter lange Rolltreppen führen 30 Meter in die Tiefe, die Tunnelröhre selbst ist 130 Meter lang



◀ Platal wurde als Verkleidung der Decke und des oberen Teils der Seitenwände gewählt, weil es korrosionsbeständig und stoßsicher ist, gut zu bearbeiten war und sich leicht säubern läßt

wenige Meter neben der inzwischen abgerissenen Drehbrücke ein zweiter Tunnel, der ausschließlich Fußgängern und Radfahrern vorbehalten ist.

Die längsten Rolltreppen Westeuropas

Vor wenigen Wochen hat der Bundesverkehrsminister diesen Tunnel den Rendsburgern übergeben. 13 Millionen Mark haben die Baukosten betragen. Eine runde Summe, für die aber auch ein Bauwerk entstand, das seinesgleichen sucht: auf einer 56 Meter langen Rolltreppe geht es 30 Meter in die Tiefe, dann folgen 130 Meter Fußweg durch die Tunnelröhre, und schließlich läßt man sich in knapp zwei Minuten von einer gleichfalls 56 Meter langen Rolltreppe wieder ans Tageslicht heben. Wer einen Kinderwagen schiebt oder die Fahrt mit der schwindelnd langen Rolltreppe scheut, kann einen Aufzug benutzen. Wem unterwegs schlecht wird, ist die Möglichkeit gegeben, mit einem Knopfdruck die Treppe stillzusetzen. Und was auch immer auf den Rampen oder im Tunnel geschieht – Fernsehkameras zeigen es dem Tunnelwärter, der an einem Steuerpult im Eingangshaus sitzt und über Lautsprecher jedermann ansprechen kann. Diese großzügige Ausstattung und die Tatsache, daß mit den Rolltreppen ein Superlativ verbunden ist – sie sind die längsten Westeuropas –, haben den Rendsburger Fußgängertunnel schon jetzt zu einer Sehenswürdigkeit gemacht, die – wie der Nord-Ostsee-Kanal selbst – viele Fremde nach Rendsburg zieht.

Die Decken sind aus Platal

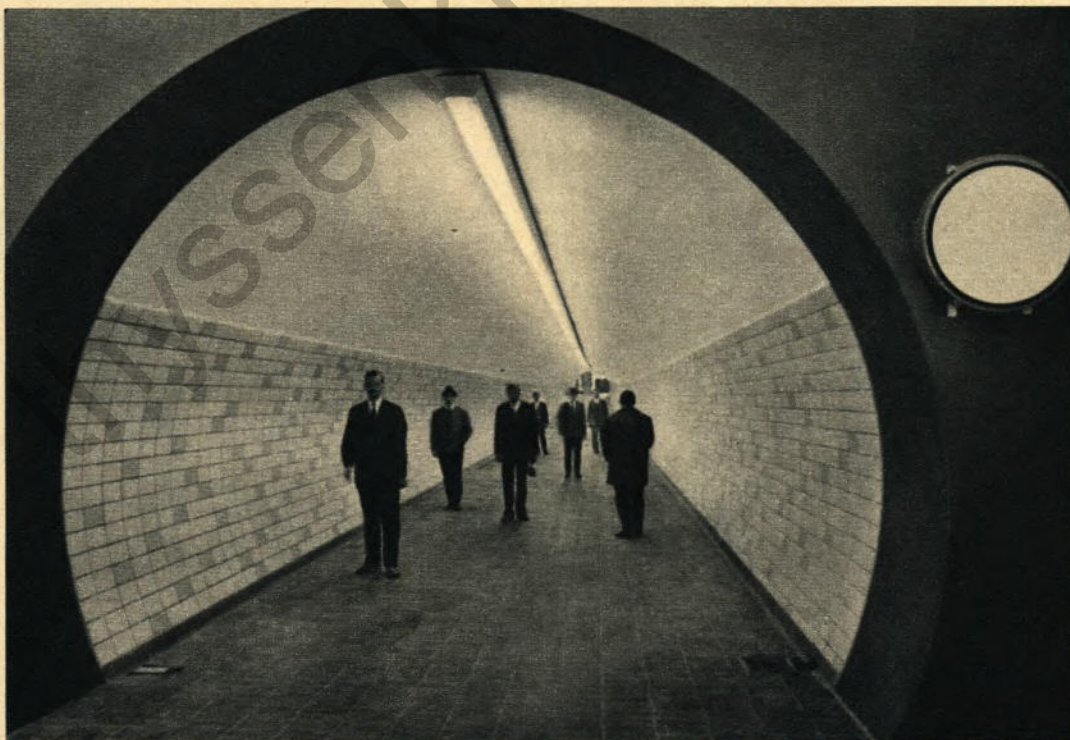
Für alle aber, die unter dem Hoesch-Zeichen arbeiten, ist eine „Einfahrt“ in diesen Tunnel besonders interessant, da beim Bau der Fahr- rampen – das ist der Teil des Tunnels, in dem

die Rolltreppen laufen – ein Hoesch-Erzeugnis verwendet wurde, das seine Vielseitigkeit unter den unterschiedlichsten Bedingungen bewiesen hat: mit Platal, dem kunststoffbeschichteten Werkstoff unserer Trierer Walzwerk AG, sind hier die Decken und der obere Teil der Seitenwände verkleidet.

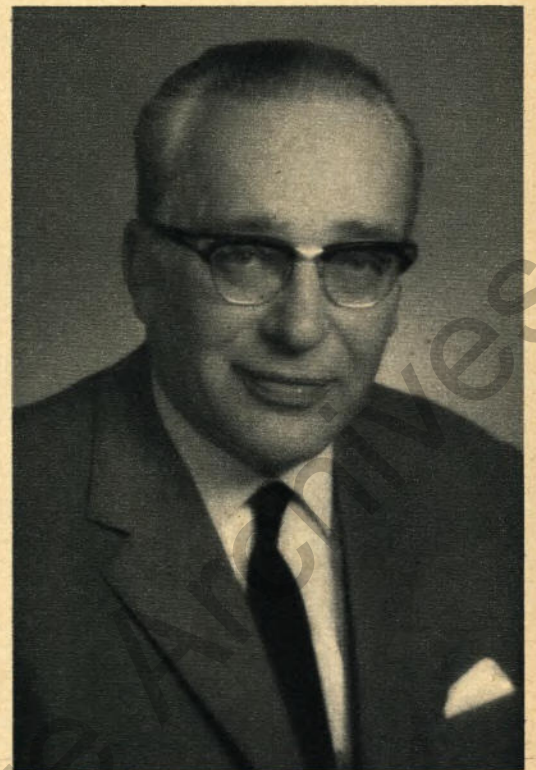
Ist man nach unten oder oben auf der Rolltreppe unterwegs, schimmert über einem die Plataldecke in hellem Grau. Ihren seidigen Glanz bewirkt ein Lichtband, das sich in der Mitte der Decke durch den Tunnel hindurchzieht, und dessen Leuchten ebenfalls von Platal umschlossen sind. Die Verkleidung aus Platal verdeckt die durch die Bauweise bedingten Unebenheiten der Betonwand und bewirkt zugleich durch ihre leichte Neigung, daß durchsickerndes Wasser in eine unsichtbar hinter den Plataltafeln angebrachte Tropfrinne abfließt. Auch im Rendsburger Tunnel ist Platal wegen seiner vielen guten Eigenschaften gewählt worden: weil es korrosionsbeständig und stoßsicher ist und weil es sich gut bearbeiten und leicht säubern läßt. Jede der beidseitig beschichteten Plataltafeln wurde einzeln zugeschnitten, abgekanet und Blech an Blech überlappend aneinandergefügt.

So erwies sich auch hier, wie richtig seinerzeit der technische Gedanke war, den Stahl durch Kunststoff korrosionsfest zu machen und dem Verarbeiter die Sorgen der Stückveredelung abzunehmen. Der Rendsburger Fußgängertunnel bietet ein neues Beispiel dafür, daß die bereits erkannten und in die Tat umgesetzten Verwendungsmöglichkeiten für Platal nur einen kleinen Ausschnitt der möglichen Einsatzzwecke darstellen.

▼ Das Lichtband in der Tunnelröhre ist ebenfalls von Platal umschlossen



Josef Fischer im Vorstand der Hoesch AG



Vom 1. Oktober 1965 an wird Josef Fischer dem Vorstand unserer Gesellschaft angehören. Er übernimmt das Aufgabengebiet Dr. Erich-Wilhelm Schultes, der, wie wir in Heft 5/1965 berichteten, am 31. Mai seinen 65. Geburtstag beging und nach der nächsten Hauptversammlung aus dem Vorstand ausscheiden wird. Viele unserer Mitarbeiter werden Josef Fischer kennen, da er bereits fünf Jahre im Hoesch-Kreis tätig war – von 1952 bis 1957 gehörte er als kaufmännisches Mitglied dem Vorstand der damaligen Altenessener Bergwerks-AG an.

Josef Fischer wurde am 12. Juli 1912 in Oberhausen geboren. Nach dem Abitur und der kaufmännischen Lehre bei der Demag in Duisburg arbeitete er einige Jahre in der Finanzabteilung seiner Lehrfirma. Danach trat er in die Dienste der Vereinigten Stahlwerke AG in Düsseldorf. 1939 erhielt er bei einer der Konzerngesellschaften – der Wiener Waagner Biro AG – Handlungsvollmacht und 1940 Prokura.

Nach dem Krieg wurde Josef Fischer in die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung berufen, bei der er nach einigen Jahren Leiter der Finanzabteilung wurde. Gleichzeitig war er im Generalsekretariat als Referent für die Bereiche Betriebswirtschaft, Bewertung, Finanzierung und Organisation mit Finanzierungsfragen zur Neuordnung des Bergbaus betraut.

Als 1952 bei der Neuordnung des Hoesch-Bereichs drei Nachfolgesellschaften der alten Hoesch AG gegründet wurden, trat Josef Fischer als kaufmännisches Vorstandsmitglied in die Altenessener Bergwerks-AG ein. Hier konnte er seine reichen Erfahrungen und umfassenden Kenntnisse erfolgreich beim Auf- und Ausbau der 1956 wieder in den Hoesch-Kreis zurückkehrenden Gesellschaft einsetzen. Nachdem Josef Fischer 1957 im freundschaftlichen Einvernehmen als kaufmännisches Vorstandsmitglied zur Harpener Bergbau AG, Dortmund, übergetreten war, berief ihn unser Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 5. August 1965 zum ordentlichen Mitglied unseres Vorstandes, in dem er künftig für das Finanzwesen verantwortlich zeichnen wird. Für die Arbeit in seinem neuen Wirkungskreis wünschen wir ihm viel Erfolg und einen guten Beginn.





Einer,
der
für
viele
steht

Menschen
wie
du
und
ich

Der Werkzeugmacher

In dieser Aufsatzreihe stellen wir unseren Lesern aus der Vielzahl der in unseren Werken und Verwaltungen ausgeübten Berufe und Tätigkeiten Menschen vor, die stellvertretend für ihre Arbeitskollegen stehen. Nachdem wir 1964 zwölf verschiedene Berufe vorgestellt haben – den Hochöfner, den Hauer, die Laborantin, den Ausbilder, den Seilermeister, die Stenotypistin, den Betriebsdirektor, den Elektrohauser, den Schmied, den Forschungsassistenten, den Kaufmann und den Walzer –, setzten wir unsere Reihe 1965 mit dem Schachtschmied, dem Matrosen, dem Maschinenschlosser, dem Former, dem Konstruktionstechniker, dem Lokführer, dem Fertigungsingenieur und dem Ofenmaurer fort.

Karl-Heinz Linne weiß, was er will. Er wußte es auch schon als Vierzehnjähriger vor neun Jahren. Damals mußte er sich für einen Beruf entscheiden, und die Wahl fiel ihm nicht schwer: Werkzeugmacher wollte er werden, denn es schien kaum einen vielseitigeren und selbständigeren Beruf zu geben. Das wußte er von seinem Vater, der seinerzeit nicht müde wurde, alle wißbegierigen Fragen des Sohnes zu beantworten und der selbst im nächsten Jahr als Betriebstechniker das 25jährige Dienstjubiläum im Werk Grüntal der Schmiedag feiern wird. So war es schon frühzeitig eine ausgemachte Sache, daß Karl-Heinz zu Ostern 1956 in die Lehrwerkstatt der Schmiedag einzog. Da er mit Eifer bei der Sache war, verstand er schnell, mit den Werkzeugen umzugehen, einen geraden Strich zu feilen und genaue Passungen anzufertigen. Nach einem Jahr war die Grundausbildung abgeschlossen, und der Fünfzehnjährige wechselte an die Seite eines erfahrenen Gesellen in die Werkzeugmacherei des Werkes Grüntal. Nun wurde er Schritt auf Schritt in der Praxis des Betriebes mit allen Maschinen und Arbeiten vertraut, die ein Werkzeugmacher beherrschen muß: Er lernte anreißen, feilen, sägen, schleifen, bohren, richten, nieten, schmieden, drehen, hobeln, fräsen – kurzum alle Fertigkeiten der Metallbearbeitung, die notwendig sind, um die technische Zeichnung eines Werkzeuges in die Wirklichkeit umzusetzen.

Dreieinhalb Jahre lernt der Werkzeugmacher

Nach insgesamt dreieinhalb Lehrjahren legte Karl-Heinz die Gesellenprüfung ab und nahm im Werk Lange der Schmiedag, das nicht weit von der elterlichen Wohnung entfernt lag, die Arbeit auf. Er wußte, daß zum Werk Lange ein Preßwerk gehört, in dem an mechanischen und hydraulischen Pressen vielerlei Teile für den Bergbau, für die Kraftfahrzeugindustrie und für den Hoch- und Tiefbau gefertigt werden. Für jedes dieser in hohen Stückzahlen hergestell-

ten Teile ist ein Werkzeug notwendig, das in die Presse eingespannt wird und mit dessen Hilfe beispielsweise aus einem Stück Blech ein Stoßfänger für Lastkraftwagen gebogen oder ein Polygonschuh für den Streckenausbau gestanzt wird. Diese Werkzeuge herzustellen, wurde nun zu seiner täglichen Aufgabe.

In der ersten Zeit erhielt Karl-Heinz einfache Aufträge, die leicht und schnell zu bewältigen waren. Heute arbeitet er manchmal einen ganzen Monat an einem einzigen Werkzeug. Diese unterschiedlichen Zeitspannen deuten schon an, daß – ebensowenig wie die Fertigungsteile – auch kein Werkzeug dem anderen gleicht.

Beginnt der junge Werkzeugmacher die Arbeit an einem neuen Werkzeug, besorgt er zunächst, nachdem er sich mit der Zeichnung vertraut gemacht hat, beim Materiallager die in der Stückliste angegebenen Einzelteile. Sind sie auf Maß gesägt, gehobelt und geschliffen, geht er daran, die Stempel- und Matrizenformen anzureißen, auszubohren oder auszusägen, zu fräsen oder zu feilen und ineinanderzupassen. Dann härtet er die aus besonders gutem Werkzeugstahl bestehende Stempel- und Matrizenplatte, indem er sie auf nahezu 900 Grad erhitzt, abschreckt und nochmals erwärmt. Nun wird wieder geschliffen, eingepaßt und nachgeprüft, bevor er die Einzelteile miteinander verschrauben und verstiften kann.

Hat er gut gearbeitet, stimmen die Maße der mit dem fertigen Werkzeug probeweise gefertigten Teile. Sie werfen keinen Grat und können – ohne weitere Bearbeitung – verwendet werden. Auch die Lebensdauer des Werkzeugs selbst hängt davon ab, wie genau und sauber es gefertigt wurde. So kann jeder Werkzeugmacher im Produktionsbetrieb die Güte seiner Werkzeuge überprüfen und mit Hilfe dieser Kontrolle und der von Jahr zu Jahr wachsenden Übung die Qualität seiner Arbeit stetig verbessern.

Er spielt Handball oder mit der Tochter

Aber Karl-Heinz Linne denkt nicht nur an die Arbeit: er ist jung, gerade vierundzwanzig Jahre alt, verheiratet und Vater einer fast einjährigen Tochter. Mit ihr spielt er heute fast ebenso gern wie seit seiner Schulzeit mit dem Ball bei „Eintracht Hagen“, dem Verein, der schon fünfmal nach dem Krieg im Handball Westfalenmeister wurde. Dienstags und donnerstags wird trainiert, sonntags gespielt. Daneben fotografiert Karl-Heinz gern, liest viel und interessiert sich seit neuestem auch für das Steckenpferd des Schwiegervaters, die Vogelzucht. Schließlich – aber nicht zuletzt – macht es ihm Freude, sich für seine Arbeitskollegen einzusetzen: seit der diesjährigen Wahl gehört er auch dem Betriebsrat des Werkes Lange an.



Ob beim Anreißen während der Arbeit oder beim Handball-Training in der Freizeit – Karl-Heinz Linne ist immer ganz bei der Sache

Ein Führerschein, den nicht jeder hat

Auch auf den Straßen und Wegen des Werksge­län­des darf man nicht träu­men. Wer be­spiels­weise im Warm­walzwerk der Hohenlimburger Walzwerke mit einem In­nen­trans­port­fahr­zeug zwi­schen Walzstraßen und ge­sta­peltem Ma­te­ri­al hin- und herfährt, muß seine Augen über­all haben. Men­schen laufen ihm in den Weg, Kranarme heben und senken sich, ein Fahrzeug kommt ihm ent­ge­gen, ein anderes ist hinter ihm...

Immerhin laufen in diesem Hohenlimburger Betrieb allein fünf­und­zwan­zig Trans­port­fahr­zeuge – auch Hoch­sta­pler, die Ma­te­ri­al stapeln oder glühende Ringe zum Auskühlen nach drau­ßen bringen, Elek­trokarren, die Walzen trans­portieren oder leere Sauerstoff- und Gasflaschen gegen gefüllte austauschen, wie­der andere, die Proben von Brammen und Knü­peln zur Qualitäts­stelle bringen oder mit Ma­schinentei­len und sperrigen Lasten be­laden sind. Über­all, wo kein Kran hin­reicht, wo der Trans­portweg zu lang ist und über Werksge­län­de führt, werden diese Trans­port­fahr­zeuge eingesetzt.

Da kann man nicht einfach losfahren

Von dem Trans­porteur auf dem Diesel- oder Elek­trokarren hängt in vielen Augen­blicken die Betriebssicherheit ab. Nur allzu leicht kann er durch Unachtsamkeit sich und andere in Gefahr bringen und Wagen und Betriebsanlagen be­schädigen.

Nicht jeder eignet sich deshalb, ein Trans­port­fahrzeug zu fahren. Schnelles Reaktionsver­mögen und technisches Geschick gehören ebenso wie Einfühlungsvermögen und Fahr­praxis dazu, um sich im Werksverkehr auf vier oder drei Rädern sicher fortzubewegen. Der Führerschein für einen Pkw erfüllt keineswegs die Voraussetzungen, die nötig sind, um auf den Diesel- oder Elek­trokarren umzusteigen. Matthias Gansen fährt im Warm­walzwerk seit einigen Jahren einen Hub­sta­bler, der über 30000 DM kostet. „Wenn Sie mich fragen“, meint er, „... da kann man sich nicht einfach draufsetzen und losfahren.“

Der Werksführerschein berechtigt zum Fahren

Seit 1957 legt jeder, der bei den Hohenlimburger Walzwerken ein Trans­port­fahrzeug fährt, zu-



1

nächst eine Fahrprüfung ab. Er wird dazu fünf Tage ausgebildet und erhält, wenn er sie be­standen hat, einen Führerschein. Erst dann darf er in seinem Betrieb, der ihn zur Fahrschule im Fahrbetrieb des Werkes angemeldet hat, als Trans­porteur arbeiten.

1965 haben 29 Mitarbeiter aus Hohenlimburg den Werksführerschein erhalten. Die meisten wurden anschließend in ihren Betrieben als Trans­port­eure eingesetzt. Unter ihnen trans­portiert Günther Schulz mit einem Sechs-Tonnen-Gabel­sta­pler Ringe vom Lager zur Spaltanlage.

Im Kalt­walzwerk Kabel fährt Hans-Georg Böhne, der bisher als Ofenarbeiter tätig war, Material auf dem Elek­trokarren, wozu auch das Be- und Entladen von Lkw's gehört. Karl-Heinz Poppenborg wurde im Federnwerk ein Hub­sta­pler anvertraut, der bei größeren Reparaturen schwere Maschinenteile bewegt, und Helmut Mücke, der in der Veredelung als 2. Mann an der Lackieranlage arbeitet, ist als Reservemann ausgebildet worden...

356 Mitarbeiter der Hohenlimburger Walzwerke haben in den vergan­genen acht Jahren den



2



1 Allein im Hohenlimburger Warmwalzwerk laufen 25 Fahrzeuge, Wilfried Franz (links) und Matthias Gansen steuern zwei Gabelstapler, die Bandstahlringe vom Haspel zum Lagerraum bringen

2 Auch im Werk gibt es Verkehrszeichen, die jeder Transportfahrer kennen muß. Hier erklärt Ausbilder Heinz Schwier die Vorfahrtsregeln. Auf unserem Bild von links nach rechts (sitzend): Heinz Rührdich, August Tratzki, Heinrich Müller, Helmut Mücke, Hans Teppe, (stehend): Josef Wilke, Günther Schulz, Hans-Georg Böhnke und Karl-Heinz Poppenborg

3 Wem ein Dieselkarren anvertraut ist, der muß das Fahrzeug auch warten und pflegen. Deshalb heißt es, zuvor die Arbeitsweise des Motors kennenlernen, die hier Ausbilder Josef Horn den Fahrschülern Hans Teppe, Hans-Georg Böhnke, Heinrich Müller, Heinz Rührdich und Josef Wilke erklärt

4 Slalomfahren sieht leichter aus als es ist. Hans Teppe kann es aber mit dem Dieselkarren schon ganz gut (links). Heinrich Müller (rechts) übt mit dem Stapler auf einem begrenzten Fahrweg rückwärtsfahren

5 Sie haben es geschafft! Mit Stolz zeigt Helmut Mücke (rechts) seinen Führerschein Günther Schulz

Werksführerschein erhalten. Ihnen wurde nach der Prüfung bescheinigt, daß sie mit ruhigem Gewissen ein Fahrzeug des Innentransports auf dem Werksgelände steuern können. Daß der „Schein“ nicht trog, zeigt die Erfahrung: Seitdem die Fahrschule besteht, haben die Unfälle im Bereich des Innentransports stetig abgenommen, und die Lebensdauer der Fahrzeuge ist gestiegen. In Zukunft werden deshalb auch die Transporteure aller anderen zu den Hohenlimburger Walzwerken gehörenden Betriebe Fahrunterricht erhalten.



3



4

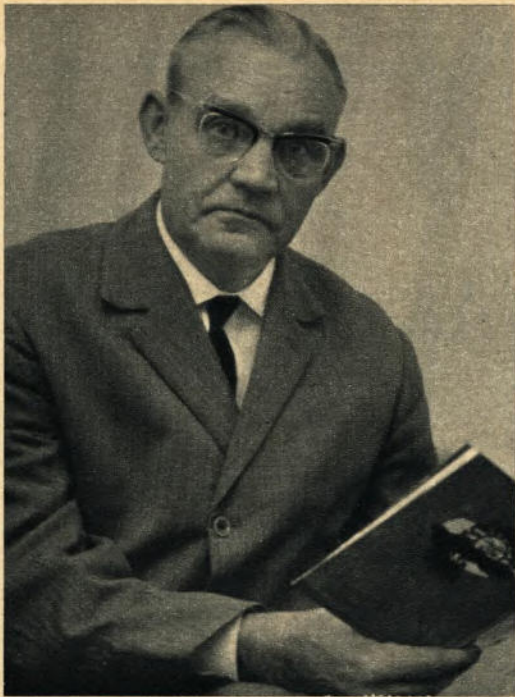


5

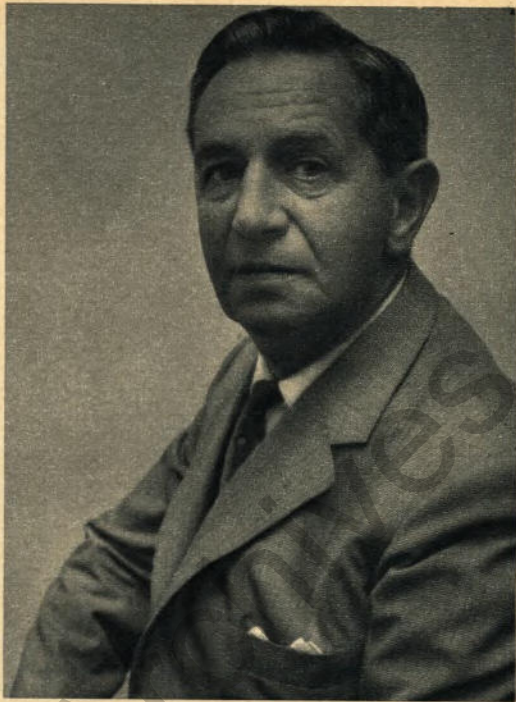
50 Jahre bei uns

Das kostbarste Gut eines Volkes sind seine Menschen, in deren Gedanken die Pläne entstehen, deren Hände die Werte schaffen und deren Herzen mutig genug sind, Gefahren auf sich zu nehmen, damit wir und unsere Kinder einer gesicherten Zukunft entgegengehen. Wir schulden ihnen Dank und jede erdenkliche Hilfe.

HEINRICH LÜBKE



Fritz Kollmann feierte am 7. September sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum. Er begann im Versand der Firma Wittekind-Werke GmbH., Westhofen, die 1928 von der Schmiedag übernommen wurde und Baubeschläge herstellte. 1929 wechselte er ins Kaltwalzwerk der Westfalenhütte nach Dortmund. Dort stand er dreizehn Jahre lang an der Zirkularschere, arbeitete während der letzten Kriegsjahre als Stanzer und kehrte nach dem Wiederaufbau des Kaltwalzwerkes an die Schere zurück. Seit 1951 ist er im Versand des Betriebes tätig. Opern auf Langspielplatten und Klassikerausgaben erfreuen Fritz Kollmann in seiner Freizeit zu Hause.



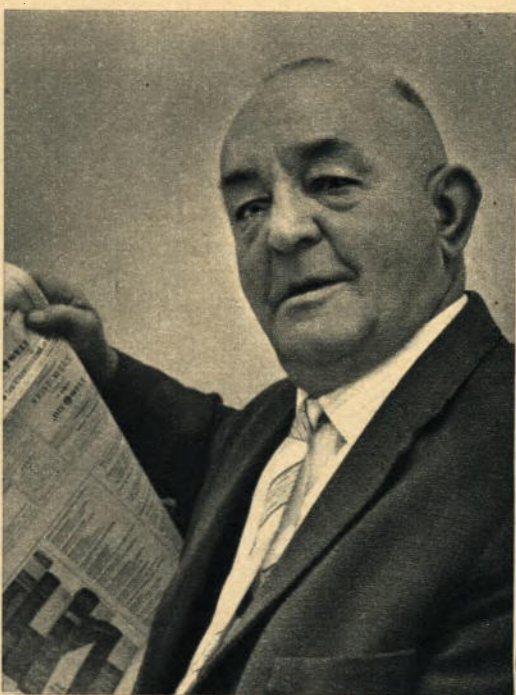
Die Astrologie ist das Steckpferd von Friedrich Schmidt, der am 26. September fünfzig Jahre zur Hoesch Westfalenhütte gehört. Früher fuhr er Radrennen, war Ringer und Schwimmer. Sein beruflicher Werdegang begann 1915 im Speditionsbüro des damaligen Eisen- und Stahlwerkes Hoesch. Nach zwei Jahren wechselte er zur Eisenbahnabteilung, wo er es bis zum Rangiermeister brachte. Von 1938 bis 1942 arbeitete er in der Schwellenschweißerei, danach als Maschinist in der Maschinenabteilung Feinwalzwerk. Von 1945 bis 1957 fuhr er im Martinwerk einen Kran. Seit 1957 übt er eine leichtere Arbeit an der Schrottpresse aus.



Eduard Dörner, der am 29. September 1965 sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum bei den Hohenlimburger Walzwerken begeht, folgte als Vierzehnjähriger seinem Vater ins Warmwalzwerk. 45 Jahre hat er seitdem an allen Walzstraßen als Walzer gearbeitet – die längste Zeit an der 320er und an der 450er Straße. 1927 wurde er in den Betriebsrat gewählt, dem er bis 1933 angehörte. Obwohl Eduard Dörner jetzt pensioniert ist, riß die Verbindung zu Hoesch nicht ab: sein Sohn arbeitet im Federnwerk, und der Enkel steht in der Lehre. Außerdem erinnern viele Aufnahmen im Fotoalbum, das Eduard Dörner gerne durchblättert, an manche frohe Stunde im Kreis alter Kollegen.



Fritz Müller beging am 13. September 1965 das fünfzigjährige Arbeitsjubiläum bei den Hohenlimburger Walzwerken. Schon sein Vater war als Einbinder in Hohenlimburg beschäftigt gewesen. Er selbst nahm als Strecker im Warmwalzwerk die Arbeit auf. Mit sechzehn Jahren stand er bereits an der Walze. In den folgenden 37 Jahren hat er an allen Walzstraßen, vorwiegend aber an der 320er Straße als Walzer gearbeitet. Danach war er von 1954 bis 1965 als Kontrolleur im Warmwalzwerk tätig. Heute ist Fritz Müller pensioniert. Gern erzählt er von seinem Steckpferd aus früheren Tagen, dem Rennsport auf Rädern.



Hugo Frettlöh ist nicht nur selbst seit fünfzig Jahren den Hohenlimburger Walzwerken verbunden – er begeht am 16. September 1965 sein Jubiläum –, sondern auch durch seinen Vater, der 24 Jahre als Stahlhauer im Werk gearbeitet hat, und durch seinen Sohn, der in der Schlosserei des Warmwalzwerkes beschäftigt ist. Er selbst hat im Warmwalzwerk dreißig Jahre lang die Vorwalze bedient, bis er 1945 zur Baukolonne kam. Bei dieser Abteilung hat er fünfzehn Jahre auf Nachtschicht Walzen gewechselt. Nach 1960 arbeitete er im Ersatzteillager der Kontistraße. In seiner Freizeit sucht er in seinem Garten die wohlverdiente Erholung.

WIRTSCHAFT - 5 EIN ENTSCHEIDUNGS- BEREICH

Grundlagen und Funktionsweise der Marktwirtschaft

Mit diesem Kapitel beginnen wir die Untersuchung der Marktwirtschaft als derjenigen Ordnungsform, welche heute die einzige grundsätzliche Alternative zur Zentralverwaltungswirtschaft darstellt. Wir fragen nach den Grundlagen oder konstitutiven Elementen: Welche rechtlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit wirtschaftende Menschen und Gruppen selbstverantwortlich planen und handeln können? Wir untersuchen, wie eine solche Wirtschaft die Koordination der autonom aufgestellten und verfolgten Einzelpläne sicherstellt: wir betrachten das Geschehen auf den Märkten, die Lenkungs-funktion der Preise und die verschiedenen Marktformen. Wir fragen nach den Trägern der wirtschaftlichen Entscheidungen, wie sie die Marktwirtschaft braucht und erfordert: den Unternehmern. Dabei sehen wir noch ab von der besonderen Ausprägung, welche die Marktwirtschaft seit 1948 in der Bundesrepublik erfährt. Sie wird im 6. Kapitel behandelt.

I. Die Grundlagen: Freiheit und Wettbewerb

Marktwirtschaft setzt Freiheit voraus

Braucht die Zentralverwaltungswirtschaft eine Rechtsordnung, die dem Staat zur Sammlung der Planunterlagen, zur Aufstellung und Durchsetzung des zentralen Planes eine starke, ja übermächtige Stellung einräumt, so braucht die Marktwirtschaft, die den wirtschaftenden Menschen die Planautonomie beläßt und davon ausgeht, daß die freie wirtschaftliche Betätigung der einzelnen die beste Grundlage für die bestmögliche Versorgung aller bietet, umgekehrt eine Ordnung, die dem einzelnen eine Freiheitssphäre zugesteht und sichert. Die autonome Betätigung der einzelnen ist nur möglich, wenn bestimmte rechtliche Institutionen

vorhanden und gesichert sind: Privateigentum; Freiheit der Berufswahl, des Gewerbes und der Niederlassung; Vertragsfreiheit.

1. Privateigentum bedeutet, daß es grundsätzlich jedermann erlaubt ist, Eigentum an Gütern aller Art zu erwerben und über dieses Eigentum im Rahmen gesetzlicher Schranken frei zu verfügen. Privateigentum entspricht der Selbständigkeit und Eigenverantwortung des Menschen; es dient auch der klaren Abgrenzung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in der Wirtschaft.

Produzenten, die autonom planen, müssen dazu Sachgüter und Dienste aller Art in Anspruch nehmen und auch über Anteile an den Produktionsfaktoren Natur und Kapital verfügen können. Daher gehört zum Wesen der Marktwirtschaft auch Privateigentum an Produktionsmitteln. Privates Eigentum spielt auch eine wesentliche Rolle für die Bewältigung des Leistungsproblems. Pläne, ob Einzelpläne oder zentraler Plan, können nur realisiert werden, wenn arbeitende Menschen die Leistungen, die ihnen der Plan zudenkt, tatsächlich vollbringen. Jede Wirtschaft braucht also Leistungsanreize und -kontrollen. Für den Teilnehmer an einer Marktwirtschaft stellt nun die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben oder vorhandenes Eigentum zu vermehren, sowie die Gefahr, es teilweise oder ganz zu verlieren, einen starken Leistungsanreiz dar. Marktwirtschaft kann weitgehend darauf verzichten, zusätzliche Leistungsanreize auf administrativem Wege, etwa durch Aussetzen von Prämien, zu schaffen. Allerdings kann privates Eigentum sich nur dann als Leistungsanreiz voll auswirken, wenn jedermann die reale Chance der Eigentumsbildung hat.

2. Freiheit der Berufswahl, des Gewerbes und der Niederlassung: Die Rechtsordnung gestattet grundsätzlich jedermann, einen Beruf oder ein Gewerbe zu wählen und an einem selbstgewählten Ort auszuüben. Von dieser Freiheit

Die zwölf Kapitel von „Wirtschaft - ein Entscheidungsbereich“

1 Verbraucher sind wir alle

WERK UND WIR, Heft 5/1965

2 Produktion schafft die Güter, die wir verbrauchen

WERK UND WIR, Heft 6/1965

3 Geld vermittelt den Kreislauf der Wirtschaft

WERK UND WIR, Heft 7/1965

4 Wirtschaftsordnung und Lenkungsproblem

WERK UND WIR, Heft 8/1965

5 Grundlagen und Funktionsweise der Marktwirtschaft

6 Soziale Marktwirtschaft

7 Wirtschaftspolitik ordnet und gestaltet die Wirtschaft

8 Der Staatshaushalt im Rahmen der Volkswirtschaft

9 Wirtschaft im internationalen Beziehungsfeld

10 Die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft

11 Verteilung der Einkommen als wirtschaftspolitische Aufgabe

12 Wirtschaft - Bereich der Entscheidung

können wir nur dann vollen Gebrauch machen, wenn wir auch in der Wahl unseres Wohnsitzes und Arbeitsplatzes frei sind.

3. Vertragsfreiheit heißt: Die Rechtsordnung stellt es grundsätzlich jedem Teilnehmer am Wirtschaftsprozess frei, mit wem er Verträge über Güter und Leistungen abschließen will. Sie überläßt es ihm auch, innerhalb der vom Gesetz gezogenen Grenzen (wie sie z. B. die Strafbestimmungen über Betrug und Wucher darstellen) den Inhalt der Verträge nach eigenem Ermessen zu gestalten und die Höhe der Leistungen zu bestimmen. Vertragsfreiheit bedeutet für den Erzeuger, daß er im Rahmen seiner Mittel produzieren kann, was und wieviel er will, für den Verbraucher, daß er verbrauchen kann, was und wieviel er will (Konsumfreiheit). Das Grundgesetz der Bundesrepublik gewährleistet Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, Konsumfreiheit, Arbeitsfreiheit; es schützt auch das Privateigentum, läßt jedoch Enteignung im Gemeininteresse gegen Entschädigung zu.

Marktwirtschaft erfordert Leistungswettbewerb

Die Knappheit aller Güter bewirkt, daß jeder, der selbstgesetzte wirtschaftliche Ziele verfolgt, sie nur im Wettstreit mit den entsprechenden Zielen anderer verfolgen und erreichen kann. Erzeuger und Händler treten in Wettbewerb um die Kunden. Verbraucher konkurrieren um günstige Einkaufsmöglichkeiten. Arbeitnehmer stehen im Wettbewerb um einen vorteilhaften Arbeitsplatz, Arbeitgeber im Wettbewerb um tüchtige Arbeitskräfte. Die Schärfe des Wettbewerbs hängt von der jeweiligen Marktlage ab und tritt daher nicht jederzeit mit gleicher Deutlichkeit in Erscheinung.

Hinter dem Wettbewerb steht der wirtschaftliche Egoismus als eine mächtige, aber auch gefährliche und unter Umständen zerstörende Kraft. Soll Wettbewerb Ansporn und Anreiz zur Leistung sein und damit wirksame Kräfte für die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft mobilisieren, so muß gewährleistet werden, daß er Leistungswettbewerb bleibt. Leistungswettbewerb ist dadurch charakterisiert, daß Erfolg nur durch Leistung zu gewinnen ist.

Freiheit und Wettbewerb bedürfen der Ordnung

Freiheit ohne Ordnung artet aus in Willkür, Verantwortungslosigkeit, Auflösung aller Bindungen, Chaos. Wettbewerb ohne rechtliche und sittliche Schranken kann ausarten in Übervorteilung, Verstöße gegen die Lauterkeit und Fairneß, in gezielte Behinderung oder Vernichtung des Konkurrenten. Freiheit wie Wettbewerb bedürfen deshalb der Ordnung.

Diese lebenswichtige Einschränkung wurde lange Zeit übersehen. Der wirtschaftliche Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts erhob die Forderung „Laissez faire, laissez aller“. Sie besagte: Man lasse nur dem natürlichen Gewinnstreben des einzelnen freie Bahn, so wird der Wettbewerb schon für das zweckmäßige Zusammenspiel der Wirtschaftskräfte und für größtmöglichen Nutzen sorgen! Vor allem sollte sich der Staat, nachdem er durch entsprechende Gesetze jedem Wirtschaftsteilnehmer die nötige Bewegungsfreiheit verschafft hatte, weiterer Eingriffe in den Wirtschaftsablauf enthalten. Man wußte zwar, daß eine Gesellschaft die Bestand haben soll, dem Macht- und Gewinnstreben Zügel anlegen müsse, doch glaubte man, sich darauf verlassen zu können, daß im Wettbewerb das gleichgerichtete Streben aller Teilnehmer jeden einzelnen in gezielende Schranken weisen würde. Die unmenschlichen

Arbeitsverhältnisse zur Zeit des Frühkapitalismus haben diese optimistische Annahme widerlegt. Leistungswettbewerb kommt weder von selbst zustande noch kann er sich von selbst erhalten. Er setzt voraus, daß alle Teilnehmer sich bestimmten Spielregeln unterwerfen. Für Freiheit und Wettbewerb als die beiden unerläßlichen Voraussetzungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung gilt daher, daß sie unter den Bedingungen einer tragfähigen Sozialordnung segensreich wirken. Der Staat muß verhindern, daß einzelne Konkurrenten die Möglichkeiten freien Wettbewerbes einseitig zu ihren Gunsten mißbrauchen oder die gegebene Freiheit benutzen, um den Leistungswettbewerb zu stören bzw. zu zerstören.

II. Die Lösung des Lenkungsproblems durch Märkte und Preise

Markt als Treffpunkt von Angebot und Nachfrage

Wenn wir das Wort „Markt“ hören, denken wir zunächst vielleicht an einen Wochenmarkt, auf dem die Nachfrage einkaufender Hausfrauen mit den Angeboten der Erzeuger und Händler zusammentrifft.

In der Volkswirtschaft wird jedoch jedes Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage als Markt bezeichnet, einerlei, wo, wann und wie es geschieht. Das persönliche Erscheinen von Anbieter und Nachfrager erfüllt den volkswirtschaftlichen Begriff „Markt“ ebenso wie ihr Zusammentreffen bei einem Telefongespräch oder über Zeitungsanzeigen. Dem Ort und Raum nach kann ein Markt ein kleines Gebiet (z. B. Marktplatz einer Stadt), ein Staat, eine Wirtschaftsunion (z. B. EWG) oder auch die ganze Welt (Weltmarkt) umfassen. Zeitlich gesehen gibt es den Wochenmarkt, Jahrmarkt, Saisonmärkte, ständige Märkte. In der Sache unterscheiden wir z. B. Industriemärkte von Agrarmärkten, den Kapital- oder Geldmarkt vom Arbeitsmarkt, Märkte für Rohstoffe von solchen für Fertigwaren.

Das wirtschaftliche Geschehen spielt sich demnach auf vielen Märkten ab. Die vielen Märkte hängen untereinander mehr oder weniger eng, direkt oder indirekt zusammen.

Besonders enge Beziehungen bestehen:

1. Zwischen Märkten für gleichartige Güter, besonders wenn sie eng benachbart sind. So werden z. B. zwei Brauereien in derselben Gegend bei der Preisgestaltung für ihr Bier weitgehend aufeinander Rücksicht nehmen müssen.

2. Zwischen Märkten für Güter, die gegeneinander austauschbar sind, von denen ein Gut das andere vertreten oder ersetzen kann. Ein solches Substitutions- oder Surrogatverhältnis besteht z. B. zwischen Schiff und Flugzeug als Transportmittel für Überseereisen.

3. Zwischen Märkten für produktionsverbundene Güter, die wie Roggen und Stroh, wie Gas und Koks notwendig zusammen entstehen. Auch von der Nachfrageseite her können Güter notwendig zusammenhängen: wer eine Schreibmaschine kauft, braucht Farbband und Schreibpapier sowie in regelmäßigen Abständen den Service (nachfrageverbundene Güter). Über solche Einzelverknüpfungen hinaus stehen alle Märkte dadurch in einem Zusammenhang, daß das verfügbare Gesamteinkommen und damit die Summe der Nachfrage in einer Volkswirtschaft begrenzt ist. Ein Preisanstieg auf einem Markt wird die Nachfrage auf vielen anderen

Märkten beeinflussen. Steigen z. B. die Lebensmittelpreise, so muß sich bei gleichbleibenden Löhnen die Nachfrage nach Gütern des sekundären Bedarfs verringern.

Angebot, Nachfrage und Preise in ihrem Zusammenhang

Damit Güter auf einem Markt gegen Geld „getauscht“ werden können, muß ihr Wertverhältnis festgesetzt werden: der Preis. Preis ist also der Geldbetrag, mit dem der Wert eines Gutes auf dem Markt im Vergleich zu anderen Gütern ausgedrückt wird. Alles, was einen Preis hat, wird wirtschaftlich vergleichbar und kann mit Hilfe des Geldes getauscht werden.

Wie entstehen Preise? Die Marktwirtschaft überläßt es grundsätzlich dem Spiel von Angebot und Nachfrage, sie zu bestimmen. Wie das vor sich geht, können wir am einfachen Beispiel eines Wochenmarktes für Obst, Gemüse und Schlachtgeflügel erkennen. Das Angebot der Erzeuger und Händler trifft hier unmittelbar auf die Nachfrage der einkaufenden Hausfrauen. Die Anbieter haben bestimmte Preiserwartungen, hervorgegangen aus den Erfahrungen der vorangegangenen Märkte und aus der Abschätzung der Nachfrage um diese Jahreszeit. Für jeden Anbieter gibt es eine unterste Preisgrenze, die auf die Dauer durch seine Erzeugungskosten bestimmt ist. Auch die Hausfrauen haben Preisvorstellungen, untereinander ebenso verschieden wie die der Händler, und für die meisten von ihnen gibt es eine obere Grenze, jenseits derer sie das Gesuchte nicht kaufen und auf andere Waren ausweichen.

Um zu erkennen, was geschieht, müssen wir uns auf eine Warenart konzentrieren, denn der Wochenmarkt besteht im Grunde aus zahlreichen Einzelmärkten für Waren, die untereinander weitgehend substituierbar sind. Überall drängen die Hausfrauen zunächst zu den Händlern, die die gewünschte Ware und Qualität zu den niedrigsten Preisen anbieten. Reichen die Vorräte dieser Händler nicht aus, so wenden sich manche Frauen anderen, etwas teureren Händlern zu. Hält die Nachfrage immer noch an, so werden die Händler dazu neigen, die Preise heraufzusetzen bis an die Grenze, von der sie glauben, daß die Ware noch absetzbar bleibt. Daraus läßt sich ein erstes Gesetz ableiten: Ist die Nachfrage größer als das Angebot, so steigen die Preise.

Die Händler werden steigende Preise nutzen, indem sie die angebotene Warenmenge vermehren – aus Vorräten oder durch Verstärkung ihrer eigenen Ankäufe. Manche Hausfrauen aber werden jetzt durch die hohen Preise vom Kauf abgeschreckt.

Daraus leiten wir ein weiteres Gesetz her: Steigende Preise wirken in Richtung einer Erhöhung des Angebots und drängen einen Teil der Nachfrage als nicht kaufkräftig zurück.

Diesen Gesetzen folgt die Preisbildung auf allen Märkten, soweit nicht der Staat oder die Eigenart des Marktes Veränderungen bewirken, die wir im nächsten Abschnitt ins Auge fassen. So einfach die Gesetze scheinen – den Mechanismus der Preisbildung exakt zu fassen, ist nicht so einfach, weil zwischen den drei Faktoren Angebotsmenge, nachgefragte Menge und Preis ein wechselseitiger Funktionszusammenhang besteht: jede Änderung des Preises wirkt auf Angebot und Nachfrage, aber jede Veränderung von Angebot und Nachfrage wirkt auch auf den Preis. Alle drei Größen verändern sich unter wechselseitiger Beeinflussung so lange, bis sich ein Gleichgewichtspreis gebildet hat, der Angebot und Nachfrage zur Deckung bringt: Kein Anbieter, der sich an diesen Preis hält, bleibt auf seiner Ware sitzen; jeder Käufer, der diesen Preis akzeptiert, kann seinen Bedarf be-

friedigen. Der Gleichgewichtspreis räumt den Markt.

Auf manchen Märkten sind Angebot und Nachfrage schnell veränderlich, andere Märkte weisen eine geringe Elastizität auf einer Seite oder beiden Seiten auf. Die langjährige Beobachtung derartiger „starrer“ Märkte lehrt: Je unelastischer Angebot oder Nachfrage, desto heftiger schlagen die Preise bei Veränderungen dieser Faktoren nach oben oder unten aus. Sinkt z. B. die Nachfrage nach Schweinefleisch und damit der Preis, so können die Züchter wegen der

seine Kosten zu senken, so muß er aus dem Markt ausscheiden. Ein Betrieb, der bei einem bestimmten Marktpreis seine Kosten gerade noch deckt, heißt Grenzbetrieb. Wer billiger produziert als dieser Grenzbetrieb, erzielt einen Gewinn in Höhe der Differenz zwischen Kosten und Marktpreis.

Betrachten wir diesen Ablauf jetzt volkswirtschaftlich, so erkennen wir, daß sich hinter den Kosten nichts anderes verbirgt als die Tatsache, daß alle Produktionsfaktoren knapp sind und deshalb einen Preis haben. Sie können

orientalischer Basar oder der Markt für bestimmte Arbeits- und Dienstleistungen! Auch die innere Struktur und Gesetzmäßigkeit der Märkte ist grundverschieden. Die Zahl der Anbieter und Nachfrager auf einem Markt kann in die Tausende gehen oder ganz gering sein. Die Stellung des einzelnen Marktteilnehmers kann schwach oder stark, unter Umständen beherrschend sein.

Nach diesen Kriterien unterscheidet die Volkswirtschaftslehre zwei idealtypische Grundformen des Marktes:



Tragezeit der Tiere Erzeugung und Angebot erst nach Monaten einschränken; in der Zwischenzeit muß das zunächst unverminderte Angebot die Preise noch weiter drücken („Schweinezyklus“). Beschließen die Erzeuger unter dem Eindruck des fallenden Preises, die Produktion stark einzuschränken, so wird nach Monaten das Angebot an Schweinefleisch schlagartig sinken und damit den Preis, der vorher stark abgefallen war, schlagartig nach oben treiben.

Die volkswirtschaftliche Funktion der Preise und Kosten

Zunächst betrachten wir Preise und Kosten in ihrer Bedeutung für das einzelne Unternehmen. Ein Unternehmen, das Güter erzeugt, kann in der Marktwirtschaft nur bestehen, wenn die beim Verkauf der Güter erzielten Preise auf die Dauer mindestens die Kosten decken. Betriebswirtschaftlich gesehen sind Kosten die Sach- und Geldmittel, die für die Erzeugung des Produkts aufgewendet werden müssen. Das heißt, die Kosten werden durch die Preise für Rohstoffe, Arbeitsleistung, Maschinen usw., kurz, für die benötigten Produktionsfaktoren mitbestimmt.

Betriebe, die das gleiche Gut herstellen, können verschiedene Produktionskosten haben. Ein zu Rohstoffen, Energiequellen, Transportwegen, Absatzmärkten günstig liegender Standort, kluge Betriebsführung, billige und gute Arbeitskräfte, technischer Vorsprung, wirksame Werbung und anderes ermöglichen es einem Erzeuger, billiger zu produzieren als seine Konkurrenten. Nun kann es geschehen, daß ein Preis, der sich auf dem Markt gebildet hat, für einen Betrieb mit ungünstiger Kostenlage die Kosten nicht mehr deckt. Gelingt es diesem Erzeuger nicht – etwa durch Rationalisierung –

stets nur dem einen oder dem anderen Zweck zugeführt werden.

Der Preis regelt, da er das Angebot maßgebend beeinflusst, die Bereitstellung von Gütern nach Art und Menge. Erzeuger, die beim Marktpreis ihre Kosten nicht decken, scheiden aus. Der Preis lenkt, da er die Nachfrage beeinflusst, zugleich den Verbrauch und schaltet alle Nachfrager aus, die den Marktpreis nicht bezahlen wollen oder können.

Doch ist der Preis dabei nicht etwa ein Mechanismus, sondern die Orientierungsmarke, nach der Anbieter und Nachfrager ihre Entschlüsse treffen, mit denen sie ihrerseits wieder die Preise beeinflussen. Damit haben wir die innere Gesetzmäßigkeit erkannt, welche die Lösung des Lenkungsproblems in der Marktwirtschaft ermöglicht. Die selbständigen Entscheidungen zahlloser Wirtschaftseinheiten, die sich alle an den frei gebildeten Preisen orientieren, lenken Produktionsfaktoren und Güterströme dorthin, wo sie nach Ansicht der jeweiligen Marktteilnehmer am dringendsten benötigt werden, also für die Bewältigung der Knappheit einen optimalen Erfolg verbürgen.

Hiermit haben wir das theoretische Modell gezeichnet. Ob und wie weit die Wirklichkeit ihm Genüge tut, das müssen wir in den folgenden Abschnitten und Kapiteln prüfen.

III. Idealtypische Marktformen: Vollständige Konkurrenz und Monopol

Das wirtschaftliche Geschehen auf den unzähligen Märkten der Welt bietet die mannigfaltigsten äußeren Erscheinungsbilder. Wie verschieden sind ein Großviehmarkt, eine Wertpapierbörse, eine Versteigerung, ein Modsalon, ein

▲ In der Volkswirtschaft wird jedes Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage als Markt bezeichnet, einerlei, wo, wann und wie es geschieht. Unsere Bilder zeigen zwei der vielen unterschiedlichen Märkte: den Wochenmarkt und die Börse

1. Die vollständige Konkurrenz ist verwirklicht, wenn eine große Zahl von Partnern am Marktgeschehen teilnimmt, jeder mit jedem in Konkurrenz steht und keiner eine so beherrschende Stellung hat, daß er allein das Marktgeschehen maßgeblich beeinflussen kann. So müssen alle in ihrem Marktverhalten den jeweiligen Marktpreis als Gegebenheit hinnehmen, d. h. sie können ihn nicht durch Änderung ihrer Angebotsmenge zu ihren Gunsten verändern.

2. Von Monopol sprechen wir, wenn es auf einem Markt nur einen Anbieter (Angebotsmonopol) oder nur einen Nachfrager (Nachfragemonopol) gibt. Die Bundespost hat ein Angebotsmonopol gegenüber allen, die einen Fernsprechananschluß brauchen. Die Bundesbahn hat – vom Export abgesehen – ein Nachfragemonopol für Schnellzugslokomotiven. Da jedem Preis eine bestimmte Menge entspricht, die zu diesem Preis nachgefragt wird, so legt der Monopolist mit seiner Preisfestsetzung zugleich die absetzbare Menge fest, und umgekehrt.

In der Wirklichkeit liegen fast alle Märkte zwischen diesen Extremen, die kaum jemals rein verwirklicht sind. Eine besonders wichtige Zwischenform stellt das Oligopol dar: Wenige große Anbieter oder Nachfrager bestimmen das Marktgeschehen ganz. Sie müssen in ihrem Marktverhalten aufeinander Rücksicht nehmen. Die Struktur eines Marktes wird in der Praxis auch dadurch bestimmt, ob die von verschie-

denen Erzeugern angebotenen Güter unter sich gleichartig (homogen) und gleichwertig und damit austauschbar, oder ob sie nach Qualität und ästhetischem Reiz differenziert sind; ferner, ob das Marktgeschehen für den einzelnen Teilnehmer übersehbar, durchsichtig ist (Markttransparenz); schließlich, ob einzelne Nachfrager aus Gründen der Tradition oder aus persönlicher Bindung bestimmte Anbieter bevorzugen (Präferenzen).

Das theoretische Modell eines vollkommenen Marktes mit Homogenität und Teilbarkeit der Güter, absoluter Markttransparenz und vollständiger Konkurrenz ist nie verwirklicht. Da außerdem die Unterscheidung der Marktformen sowohl für die Angebots- als auch für die Nachfrageseite gilt, ergeben sich vielerlei mögliche und auch in der Wirklichkeit anzutreffende Kombinationen.

Vorzüge und Gefahren des Monopols

Die Marktform des Monopols bedarf einer genaueren Betrachtung, die in wirtschafts- und sozialpolitische Fragen hineinführt.

Zunächst ist zu unterscheiden zwischen natürlichen Monopolen und solchen, die durch die Rechtsordnung geschaffen werden. Ein natürliches Monopol kann entstehen durch den Besitz einer einmaligen persönlichen Begabung, durch den Alleinbesitz bestimmter Heilquellen oder Bodenschätze, durch einzigartige klimatische Bedingungen für die Heilung bestimmter Krankheiten oder für den Anbau bestimmter Früchte.

Ein gesetzliches Monopol erfüllt in der Regel zwei sozialpolitische Funktionen: Es stellt notwendige Güter allen zu einem annehmbaren Preis zur Verfügung. So besitzt z. B. die Bundespost ein gesetzliches Monopol für entgeltliche Beförderung von Briefen sowie für den Betrieb des Fernsprech- und Fernschreibnetzes.

Außerdem sichert das Monopol dem Staat in vielen Fällen regelmäßige Einnahmen. In der Bundesrepublik besteht ein staatliches Zündholzmonopol. Andere Länder kennen solche Monopole z. B. für Tabakwaren und Salz (Italien). Auch die öffentlichen Versorgungsbetriebe haben eine Monopolstellung inne, z. B. für die Lieferung von Trinkwasser, von Gas oder Elektrizität. Der Schutz, den die Rechtsordnung einem Erfinder durch die Erteilung eines Patents und einem Schöpfer geistiger und künstlerischer Werke durch das Urheberrecht zuteil werden läßt, verschafft den Inhabern solcher Rechte ein zeitlich begrenztes Monopol. Außer durch Natur und Gesetz können monopolähnliche Marktverhältnisse auch durch privatrechtliche Verträge entstehen, indem z. B. mehrere Unternehmen, die bisher auf einem Markt konkurrierten, sich zu einem Kartell zusammenschließen, das Produktionsmengen und Preise oder Absatzgebiete vorschreibt, vorausgesetzt, daß die Rechtsordnung solche Verträge zuläßt.

Endlich können Monopole ohne Gesetz oder Vertrag entstehen, indem ein Unternehmen durch Ausschalten der Konkurrenz eine marktbeherrschende Stellung erobert. Sie kann auch dadurch zustande kommen, daß es einem Unternehmen gelingt, im Bewußtsein der Allgemeinheit sein Produkt mit der betreffenden Warengattung zu identifizieren (Meinungsmonopol).

Die Preisbildung auf Märkten, die durch ein Monopol beherrscht werden, folgt nicht den Preisgesetzen, die bei vollständigem Wettbewerb gelten. Nehmen wir an, ein einzelner Produzent könne auf Grund wichtiger Patente ein bestimmtes Gut allein herstellen und anbieten und sei entschlossen, daraus den größtmög-

lichen persönlichen Vorteil zu ziehen. Zunächst scheinen mehrere Wege zu dem erstrebten Ziel zu führen. Da der Monopolist den Markt beherrscht und den Preis bestimmen kann, setzt er ihn im allgemeinen möglichst hoch fest und zieht aus jedem verkauften Stück einen großen Gewinn. Falls es sich nicht um ein unentbehrliches Gut handelt, wird allerdings der hohe Preis die Absatzmöglichkeiten einschränken. Hier machen sich dann die Gesetze des Marktes doch wieder bemerkbar. Umgekehrt kann der Monopolist auch versuchen, große Mengen seines Produktes bei bescheidener Gewinnspanne abzusetzen, um per Saldo doch wieder einen hohen Verdienst einzunehmen. In der Praxis wird er die „goldene Mitte“ suchen und den Preis so festsetzen, daß das Produkt aus Absatzmenge mal Stückgewinn einen maximalen Wert annimmt. Dieser Preis liegt regelmäßig über dem Preis, der sich im freien Wettbewerb herausbilden würde. Der Monopolist erzielt auf Grund seiner starken Marktstellung einen sachlich nicht gerechtfertigten Sondergewinn. Monopolpreise zeigen nicht mehr die wahren Knappheitsverhältnisse an und lenken Kaufkraft in unter Umständen ökonomisch unzweckmäßige Verwendungen.

Eine Wirtschaft, die auf die anspornende und leistungsfördernde Wirkung des Wettbewerbs und auf die Lenkung durch Märkte und Preise baut, kann nur gedeihen, wenn auf möglichst vielen Märkten offener Zugang und vollständiger Wettbewerb herrschen. Je mehr sie mit Monopolen durchsetzt ist, desto größer wird die Gefahr, daß die Preise die Produktionskosten nicht mehr getreu spiegeln und dann ihre regulierende Funktion für die zweckmäßige Verwendung der Produktivkräfte nicht mehr erfüllen.

IV. Unternehmen und Unternehmer

Die Funktion des Unternehmens

Marktwirtschaft, die den einzelnen Menschen die Freiheit läßt, ihre wirtschaftlichen Ziele zu verfolgen, die diese Freiheit in das Spiel des Wettbewerbs überführt, und auf diesen Voraussetzungen die Lenkung der produktiven Kräfte über Märkte und Preise bewirken will, muß die Anstöße, die den Wirtschaftsprozeß in Gang setzen und vorantreiben, in erster Linie von den wirtschaftenden Menschen und Gruppen selbst erwarten. Sie braucht Privatinitiative.

Die Nachfrage nach Verbrauchsgütern geht aus von den Haushalten, die auf Grund der ihnen gewährten Konsumfreiheit ihre autonomen wirtschaftlichen Entscheidungen treffen und mit diesen Entscheidungen unmittelbar die Produktion von Verbrauchsgütern, mittelbar auch die Erzeugung von Produktionsgütern auf bestimmte Ziele lenken.

Die Produktion von Gütern und ihr Absatz werden in der Marktwirtschaft von den Unternehmen getragen und empfangen ihre maßgebenden Impulse vom Unternehmer.

Unternehmen heißt die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Einheit, in der Waren produziert und von der sie abgesetzt werden. Die technische Einheit der Produktion ist der Betrieb. Ein Unternehmen kann mehrere Betriebe umfassen.

Der Begriff Unternehmer bezeichnet gewöhnlich eine natürliche Person. Unternehmer ist, wer ein Unternehmen gründet oder leitet, insbesondere, wer über die Ziele und Wege der Wirtschaftstätigkeit des Unternehmens entscheidet und damit die Verantwortung sowie das unversicherbare geschäftliche Risiko (Gewinn und Verlust) trägt.

Die Entwicklung immer größerer Unternehmen und insbesondere das Entstehen von Kapitalgesellschaften haben es mit sich gebracht, daß die beiden wichtigsten Funktionen des Unternehmers, nämlich

1. das Kapital aufzubringen und dafür zu haften,

2. über seine Verwendung zu entscheiden und das Unternehmen zu leiten, häufig nicht mehr in einer Person vereinigt sind. Wer ein Unternehmen leitet, das ihm nicht gehört, den nennen wir Manager, seine Leitungsfunktion Management.

In großen Unternehmen wird die Unternehmerfunktion meist durch Gruppen und Gremien ausgeübt, die arbeitsteilig zusammenwirken (Aufsichtsrat, Vorstand), da Wissen und Kraft eines einzelnen für die Leitung eines Großunternehmens nicht mehr ausreichen. Wichtige Unternehmerfunktionen sind heute auch aus dem Einzelunternehmen heraus auf unternehmerische Zusammenschlüsse (z. B. Kartelle) und Verbände (z. B. Arbeitgeberverbände) verlagert. Außerdem wird die unternehmerische Arbeit durch öffentliche Körperschaften (Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern) unterstützt.

In der Marktwirtschaft ist der Unternehmer der eigentliche Motor des Wirtschaftsgeschehens. Er macht die Bedürfnisse der Verbraucher ausfindig (und kann heutzutage durch Werbung in gewissem Ausmaße Bedürfnisse wecken und beeinflussen). Er schlägt die Brücke zwischen den Bedürfnissen und den vorhandenen Produktivkräften, indem er Natur, Arbeit und Kapital räumlich und zeitlich zusammenführt.

Der Unternehmer ist bei seinen Entschlüssen an die staatliche Ordnung und an die Marktlage, die vom Verhalten der Konsumenten und der Konkurrenten mitbestimmt wird, gebunden. Jeder Unternehmer muß dabei mehrere Märkte beachten: Bezugsmärkte für seine Ausgangsstoffe, Absatzmärkte für seine Produkte, Arbeits- und Kapitalmarkt.

Hauptarten und Formen des Unternehmens

Die Unternehmen werden eingeteilt entweder nach ihrer Funktion im Wirtschaftsprozeß (Urproduktion, Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr usw.) oder nach ihrem inneren Aufbau (Zahl der Betriebsstätten, Zahl und Art der Produktionsstufen) oder nach Eigentümern und Rechtsformen. Hier unterscheidet man insbesondere die privaten und die öffentlichen Unternehmen. Die drei wichtigsten Formen des privaten Unternehmens zeigt die Tabelle.

Öffentliche Unternehmen treten in den verschiedensten Rechtsformen auf. Die Bundesbahn z. B. ist ein „Sondervermögen des Bundes“. Viele kommunale Versorgungsbetriebe werden als „Eigenbetriebe“ geführt: die Stadt ist Eigentümer und Unternehmer. Andere haben die Rechtsform der Aktiengesellschaft. Ein großer Teil der öffentlichen Unternehmen dient dem Verkehr und der Versorgung mit Energie: Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Gaswerk, städtische Verkehrsbetriebe usw. Sie haben oft eine Monopolstellung inne, aber in einem demokratischen Staatswesen stehen solche Monopole als Organe der öffentlichen Hand unter der legislativen Kontrolle und damit im Dienst des Gemeinwohls. Sie sind verpflichtet, jedermann zu beliefern bzw. zu befördern (Kontrahierungszwang). Sie werden häufig nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, können aber auch davon abweichen, wie dies z. B. bei der Bemessung von Straßenbahntarifen aus sozialen Gründen geschieht. Über die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe hinaus sind Bund, Länder und Gemeinden

Grundformen des privaten Unternehmens				
Unternehmensform	Wer ist Inhaber?	Haftung	Vorzüge und Nachteile für den Unternehmer	
Einzelfirma	Unternehmer ist Alleininhaber	Unternehmer haftet mit seinem vollen, auch dem privaten, Vermögen.	Unternehmer ist unabhängig, beweglich. Persönliches Verhältnis zu Mitarbeitern und Kunden.	Unternehmer trägt Risiko allein. Viele Einzelfirmen enden mit dem Tode des Inhabers.
Personalgesellschaft (Offene Handelsgesellschaft)	Die Gesellschafter gemeinsam	Jeder Gesellschafter haftet mit seinem vollen, auch dem privaten, Vermögen.	Risiko auf mehrere Schultern verteilt. Aufbringung des Kapitals durch mehrere. Bestand über den Tod von Gesellschaftern hinaus leichter zu sichern als bei Einzelfirma.	Partnerschaften sind oft nicht stabil. Jeder Gesellschafter haftet uneingeschränkt auch für die Schulden, die der andere verursacht.
Kapitalgesellschaft (Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaft)	G.m.b.H.: die Gesellschafter A.G.: die Aktionäre	Jeder Beteiligte haftet nur bis zum Betrag seiner Einlage.	Begrenztes Risiko. Aufbringung großer Kapitalien möglich. Lebensdauer unabhängig von Einzelpersonen.	Inhaberschaft und Leistungsfunktion oft getrennt. Wenig persönliche Bindungen. Schärfere Steuer- und Publizitätspflicht.

Eigentümer oder Teilhaber zahlreicher anderer Unternehmen, z. B. in der Aluminiumerzeugung oder im Schiffsbau.

Eine besondere Gruppe bilden frei-gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Hier sind besonders die Genossenschaften zu nennen. Handwerker, Landwirte, kleinere Gewerbetreibende, Konsumenten, Hausfrauen usw. können sich um gemeinsamer Interessen willen zu Genossenschaften zusammenschließen. Solche Vereinigungen beraten ihre Mitglieder bei der Geschäftsführung, bringen Kredite auf, nutzen die Vorteile des Großabnehmers beim Einkauf, führen Bauvorhaben durch, begründen gemeinschaftliche Betriebe (z. B. Molkereien). Außerhalb der genossenschaftlichen Bindungen bleiben die Mitglieder wirtschaftlich selbständig.

Probleme der Konzentration

Vor etwa hundert Jahren prophezeite Karl Marx: Das Eigentum an den Produktionsmitteln wird sich allmählich in den Händen von immer

weniger „Kapitalisten“ (Eigentümern von Produktionsmitteln) konzentrieren, denen eine wachsende Zahl besitzloser „Proletarier“ gegenüberstehen wird. Immer weniger Reiche werden also immer reicher, und immer mehr Arme immer ärmer – bis schließlich die Revolution zur Enteignung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt.

In der von Marx ausgesprochenen Form ist dieser Konzentrationsvorgang nicht eingetreten. Es zeigt sich vielmehr eine Entwicklung zu breiterer Streuung des Eigentums, u. a. auch durch die Beteiligung zahlreicher Einzelpersonen an den Kapitalgesellschaften. Doch hat gerade die Ausbildung dieser Unternehmensform dazu geführt, daß die tatsächliche Verfügungsmacht über wesentliche Bereiche der Produktion in den Händen weniger Großunternehmen konzentriert ist. Hierbei kommt es vielfach zur Bildung von Interessengemeinschaften und Konzernen, Zusammenschlüssen mehrerer Unternehmen, die rechtlich selbständig bleiben, wirtschaftlich aber eine Einheit mit gemeinsamer Leitung und Verwaltung darstellen.



Betriebe wachsen aus technischen Gründen („Gesetz der Massenproduktion“, vgl. Kap. 2); Unternehmen wachsen durch Ausweitung der Produktion, Zukauf anderer Firmen, Gründung von Zweigniederlassungen, Zusammenschluß. Für die freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung kann Konzentration bedrohlich sein:

1. Konzentration kann den Wettbewerb beeinträchtigen, weil sie dazu führt, daß die Zahl der Wettbewerber auf einem Markt durch Ausscheiden oder „Schlucken“ der Schwächeren zusammenschmilzt.
2. Unabhängig von der Leistung der Großunternehmen für die Versorgung aller stellt die Erhaltung einer großen Anzahl selbständiger Existenzen – die Erhaltung des Mittelstandes – ein wichtiges wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel dar. Konzentration wirkt diesem Ziel entgegen, sie kann deshalb strukturpolitisch unerwünschte Folgen haben.

3. Wirtschaftliche Macht bedeutet regelmäßig auch politische und gesellschaftliche Macht. Solche Macht in der Hand privater Unternehmen oder starker Verbände kann dem Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen Konkurrenz machen oder einen Druck auf sie ausüben, um politische Entscheidungen zugunsten wirtschaftlicher Einzelinteressen zu beeinflussen. In bestimmten Bereichen der Wirtschaft ist jedoch Konzentration nicht nur unvermeidlich, sondern auch vorteilhaft. Nach dem Gesetz der Massenproduktion (2. Kap.) werden die Stückkosten immer geringer, wenn die erzeugte Stückzahl wächst. Deshalb kann in manchen Wirtschaftszweigen der Großbetrieb den Bedarf am wirtschaftlichsten decken, während bei der Erfüllung individueller Verbrauchervünsche und für viele Dienstleistungen der Kleinbetrieb wahrscheinlich unersetzlich bleibt.

Daß Großbetriebe grundsätzlich schädlich, Kleinbetriebe stets förderungswürdig seien, ist ein unhaltbarer Standpunkt. Auch sind „groß“ und „klein“ angesichts der Erweiterung der Märkte durch Integration und weltwirtschaftliche Verflechtung heute relative Begriffe. Auch die größten deutschen Unternehmungen sind gegenüber amerikanischen, mit denen sie auf dem Weltmarkt und im Gemeinsamen Markt Europas konkurrieren müssen (z. B. VW gegenüber General Motors, Siemens gegenüber General Electric) noch relativ klein. Das Volkswagenwerk weist z. B. für 1963 einen Umsatz von 6,8 Milliarden DM aus, General Motors aber einen von 16,5 Milliarden Dollar.

Zahl und Größe der Industriebetriebe in der Bundesrepublik (1963) *)

Zahl der Betriebe	Größenklasse	Beschäftigte insgesamt
77 600	bis 50 Beschäftigte	967 000
17 000	50–199 Beschäftigte	1 658 000
4 700	200–499 Beschäftigte	1 453 000
1 600	500–999 Beschäftigte	1 096 000
1 100	1 000 und mehr Beschäftigte	3 276 000
102 000		8 450 000

*) Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Dieser Vorabdruck wurde auszugsweise dem Schulbuch „Wirtschaft – ein Entscheidungsbereich“ entnommen, das in Kürze in den Verlagen Diesterweg und Oldenbourg erscheinen wird. Verfasser: Dr. Dr. Hans Joachim Störig. Copyright: Robert Pfützner GmbH München

Demokratie – politische Form der Menschlichkeit

Thomas G. Masaryk (1850–1937), ein Gelehrter von Weltruf, war der erste Präsident des tschechoslowakischen Staates. Er nannte die Demokratie „die politische Form der Menschlichkeit“.

Drei Jahre nach dem Ende des Krieges standen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 in Bonn vor der Aufgabe, wenigstens für die drei westlichen Besatzungszonen eine neue staatliche Ordnung zu begründen. Im schroffen Gegensatz zur nationalsozialistischen Diktatur sollte das neue Gemeinwesen auf der Grundlage der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte errichtet werden und die freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen Staatsbürgers sichern. So entstand das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das am 23. Mai 1949 verkündet wurde.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“

Nach diesem Grundgesetz ist die Bundesrepublik Deutschland „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“, in dem „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“ (Art. 20). Im Gegensatz zur absolutistischen Regierungsform, in der der Monarch unumschränkt herrschte, und der Diktatur, in der ein einzelner oder eine

Niemand sollte an Tagen der Wahl – insbesondere der Bundestagswahl – abseits stehen, denn die Demokratie kann auf die Dauer nur gedeihen, wenn jeder Bürger sie mit so starkem Leben erfüllt, daß ihr keine Gewalt mehr etwas anhaben kann. Dazu gehört als erste und wichtigste Pflicht – die zugleich das erste und wichtigste Recht in jedem freiheitlichen Staat ist – die Abgabe des Stimmzettels.



Gruppe allein regiert, ist das ganze Volk der Souverän unseres Staates. Dieses Prinzip bestimmt das ganze Grundgesetz. Daher darf der Satz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ durch keine Änderung des Grundgesetzes berührt werden (Art. 79, 3).

Wie die Väter der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika von 1787 waren die Mitglieder des Parlamentarischen Rates der Überzeugung, daß die Freiheit und die Menschenwürde am besten gesichert sind, wenn der freie Staatsbürger sich die Gesetze, denen er gehorcht, selbst gibt. Sie knüpfen damit an eine alte Tradition an, die bereits in der Volksversammlung Athens, auf dem germanischen Thing und in der Landsgemeinde der Schweizer Kantone lebendig war.

Während zum germanischen Thing jeder freie und wehrfähige Mann erschien, um über die Belange seiner Völkerschaft zu entscheiden, wie auch die Staatsbürger noch heute in den Schweizer Landsgemeinden persönlich erscheinen, läßt sich diese Form der unmittelbaren, direkten Demokratie in den modernen Großstaaten selbstverständlich nicht mehr durchführen. Daher tritt an die Stelle der Volksversammlung eine Vertreterversammlung, das Parlament. Die Bürger wählen aus ihrer Mitte eine Anzahl Männer und Frauen, denen sie den Auftrag, das Mandat, übertragen, die Staatsgewalt durch die Gesetzgebung auszuüben. Diese Männer und Frauen sind die Vertreter, die Repräsentanten, des ganzen Volkes und beschließen mit Mehrheit, was für das ganze Volk gelten soll. Wir sprechen von einer repräsentativen Demokratie. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, daß der Auftrag des Volkes nur für eine gesetzlich befristete Zeit gilt. Ist diese Frist, die Wahlperiode, abgelaufen, kann der Wähler seinem Abgeordneten oder seiner Partei das Vertrauen entziehen und sich in der Wahl für einen anderen entscheiden.

Der Deutsche Bundestag

Das Parlament der Bundesrepublik Deutschland ist der Deutsche Bundestag. Artikel 39 des Grundgesetzes bestimmt, daß er für vier Jahre gewählt wird. Die Mitglieder des Bundestages beschließen im Rahmen des Grundgesetzes über Wohl und Wehe unseres Staates und damit maßgeblich über das Schicksal eines jeden Staatsbürgers. Nach Artikel 63 des Grundgesetzes wählen sie auf Vorschlag des Bundespräsidenten den Bundeskanzler, welcher die Regierung bildet und die Richtlinien der Politik seiner Regierung bestimmt. Sie bereiten in den Ausschüssen des Parlamentes die Gesetze vor, die im Plenum beraten und beschlossen werden und dann für das ganze Volk verpflichtend sind. Darum ist es entscheidend, daß verantwortungsbewußte, politisch weitblickende Männer und Frauen in den Bundestag einziehen. Da sie nur jeweils für vier Jahre gewählt werden, müssen sie immer wieder und ganz besonders vor jeder Wahl den Wählern Rechenschaft über ihre Arbeit und ihre Ziele ablegen. Die Wähler können also die Arbeit der Abgeordneten kontrollieren und haben die Pflicht, sich vor der Wahl sorgfältig ihre Entscheidung zu überlegen. Sie entscheiden, wie sich der Bundestag zusammensetzt und wer die Regierung in den nächsten vier Jahren führt. Auch wer nicht wählt, entzieht sich zwar staatsbürgerlicher Verantwortung nicht, aber er begünstigt gerade diejenigen, die er nicht als Abgeordnete im Bundestag sehen möchte. Im Wahlrecht liegt eine moralische Wahlpflicht.

Die Wahl muß allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein

Das Wahlrecht ist das wichtigste Bürgerrecht im demokratischen Staat. Es muß daher dafür



gesorgt sein, daß jeder seine Stimme seiner Überzeugung nach abgeben kann, und daß jede Stimme ihr volles Gewicht erhält. Zu diesem Zweck legt Artikel 38 des Grundgesetzes bestimmte Grundsätze für die Durchführung der Wahl fest.

Die Wahl muß erstens allgemein sein. Alle Staatsbürger, Männer und Frauen, haben ohne Unterschied des Berufes oder der Konfession das Wahlrecht.

Die Wahl muß zweitens unmittelbar sein. Jeder Wähler bestimmt den Abgeordneten oder die Abgeordnetengruppe, die ihn vertreten soll, unmittelbar. Er wählt also nicht Wahlmänner, welche dann in einer zweiten Wahl die Abgeordneten wählen (wie etwa bei der Wahl des USA-Präsidenten).

Die Wahl muß drittens frei sein. Es darf kein körperlicher oder seelischer Zwang noch eine sonstige Beeinflussung auf den Wahlberechtigten ausgeübt werden. Es darf niemandem wegen seiner Stimmabgabe ein Nachteil entstehen, weder dem Arbeiter durch seinen Arbeitgeber noch dem Staatsbürger überhaupt durch den Staat. Auf der anderen Seite darf auch niemand zur Beteiligung an der Wahl gezwungen werden.

Die Wahl muß viertens gleich sein. Jede Stimme hat den gleichen Wert, wer auch immer sie abgibt: ein Alter oder ein Jugendlicher, ein Mann oder eine Frau, ein Reicher oder ein Armer; denn jeder Staatsbürger hat die gleichen Rechte und Pflichten.

Die Wahl muß fünftens geheim sein. Es muß am Wahltag dafür gesorgt werden, daß der Wähler seine Stimme völlig unbeobachtet abgeben kann, und daß von einem anderen nicht erkannt werden kann, wie er gewählt hat. Kein Außenstehender weiß dann, wie er sich entschieden hat.

Eine parlamentarische Demokratie ist ohne Parteien unmöglich

Der einzelne Staatsbürger kann seine Ansichten über das, was für den Staat und das Volk notwendig ist, nicht allein verwirklichen. Er muß sich mit Menschen verbinden, die mit ihm in ihren politischen Ansichten und Zielen übereinstimmen. Diese Menschen müssen versuchen, Abgeordnete ihrer Überzeugung in das Parlament zu wählen. Da dort die Mehrheit entscheidet, müssen sie möglichst viele Wähler von der Richtigkeit ihrer Ziele überzeugen und nach Möglichkeit Anhänger im ganzen Bundesgebiet finden: sie müssen sich also einer Partei

anschließen oder eine neue Partei gründen. Hin und wieder wird wenig freundlich von den Parteien gesprochen. Die Auseinandersetzungen, in die sie oft untereinander verstrickt sind, empfinden viele als ärgerliches Gezänk. Nun mag es sein, daß der parteipolitische Streit etwas laut ausgetragen wird, aber das kann gar nicht anders sein, denn das Ringen um Klarheit und klare Fronten ist in der Demokratie lebensnotwendig. Und dieses Ringen, diese Richtungskämpfe müssen sich unbedingt vor den Augen der Wähler abspielen, weil jeder wissen soll und wissen muß, was die Parteien im einzelnen zu sagen haben, was sie vorschlagen, um eine bestimmte Situation zu meistern. Die Parteien der Opposition werden beispielsweise in vielen Fällen den Regierungsparteien widersprechen, Schwächen in der Politik der Regierung aufdecken, andere Wege zeigen und Gegenvorschläge machen. Diese Arbeit der Opposition ist unbedingt notwendig. Sie zwingt die Regierung, ihre Ziele und die zur Verwirklichung dieser Ziele geplanten Wege sorgfältig zu überdenken. Nicht selten wird sie Argumente der Opposition, welche sie als berechtigt anerkennt, berücksichtigen. In den Scheinparlamenten der Diktaturen gibt es keine Opposition und damit auch keinen Widerspruch gegen die Regierung und ihre Maßnahmen. Diese kann daher die Rechte und die Freiheit der Bürger mißachten und verletzen. Überall dort, wo keine Opposition möglich ist, kann es keine wirkliche Freiheit geben.

Durch die öffentliche Auseinandersetzung der Parteien wird also jedermann die Möglichkeit gegeben, Einsicht in die wichtigen politischen Probleme der Gegenwart, die Schwierigkeiten ihrer Lösung und die Wege, die zu ihrer Lösung führen können, zu gewinnen. Auf Grund dieser Einsicht kann der Staatsbürger sein politisches Urteil bilden. So tragen die Parteien, wie es im Artikel 21 des Grundgesetzes heißt, „zur politischen Willensbildung des Volkes“ bei. Dadurch, daß sie das Interesse an politischen Fragen wecken und politisch die Bürger unterrichten, erfüllen sie eine wichtige staatspolitische Aufgabe. Eine Regierungsform, in der ein demokratisch gewähltes Parlament durch die Gesetzgebung die Staatsgewalt ausübt, ist ohne Parteien unmöglich. Gottfried Keller, der Schweizer Dichter, Bürger eines der freiesten Staaten der Welt, sagte nicht zu Unrecht: *Wer über den Parteien sich wähnt mit stolzen Mienen, der steht zumeist erheblich unter ihnen!*

Aus dem Jahresbericht des Steinkohlenbergbau- vereins 1964

Im vergangenen Monat veröffentlichte der Steinkohlenbergbauverein, dem 43 Gesellschaften aus dem Ruhrgebiet, dem Aachener, bayerischen, niedersächsischen und Saar-Bezirk als Mitglieder angehören, den Jahresbericht 1964. Dem zusammenfassenden Überblick, der sich besonders mit den Erfolgen weiterer Rationalisierung durch Mechanisierung und Betriebszusammenfassung im westdeutschen Steinkohlenbergbau befaßt, entnehmen wir die hier folgenden Auszüge:

In den Jahren 1960 bis 1963 hatten die Anregungen, die teils von der Konjunktur, teils von Witterungsfaktoren ausgegangen waren, ausgereicht, um im Rahmen eines steigenden Energieverbrauchs im Durchschnitt eine Jahresförderung von gut 140 Millionen Tonnen Steinkohle im In- und Ausland absetzen zu können. Dieses annähernde Gleichgewicht ließ sich jedoch im abgelaufenen Jahr trotz der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die zu einem neuen Höchststand der Eisen- und Stahlproduktion führte, nicht aufrechterhalten. Die Wett-

bewerbsstellung der Steinkohle verschlechterte sich durch den Sturz der Heizölpreise, der während des Jahres 1964 anhielt. Die weiteren Erfolge der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik Deutschland, die es ermöglicht hatten, daß die effektiven Kohlenpreise den allgemeinen Preisanstieg nicht mitmachen, reichten nicht mehr aus, um den verschärften Konkurrenzdruck des Öls aufzufangen, zumal die Unternehmen gezwungen waren, der allgemeinen Lohnentwicklung zu folgen.

Die sich am Kohlenmarkt immer deutlicher abzeichnende Verschlechterung der Absatzlage und die mit ihr einhergehende ungünstige finanzielle Entwicklung stellten zahlreiche Bergwerksgesellschaften vor schwerwiegende Entschlüsse. Im Herbst 1964 wurden weitere 26 Schachtanlagen zur Stilllegung angemeldet. Daraufhin hat die Bundesregierung – veranlaßt auch durch die Energiedebatten in den Parlamenten – Ende 1964 eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, durch die der Wettbewerb der verschiedenen Energiearten untereinander in der Bundesrepublik in volkswirtschaftlich vernünftige Bahnen gelenkt werden soll.

Die Steinkohlenförderung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und darin die des Ruhrgebiets konnte zwar im Jahre 1964 ungefähr auf der gleichen Höhe wie in den beiden vorangegangenen Jahren gehalten werden, jedoch nur deshalb, weil die Zechen erneut ein beträchtliches Ansteigen ihrer Haldenbestände in Kauf nahmen.

Etwas günstiger war die Lage auf dem Kokssektor. Die Erzeugung der Zechenkokereien konnte gegenüber dem Vorjahre um rund 6 v. H. auf 37,4 Millionen Tonnen im gesamten Bundesgebiet und um fast 7 v. H. auf 34,0 Millionen Tonnen im Ruhrrevier gesteigert werden.

Die Herstellung und der Absatz an Steinkohlenbriketts gingen erheblich zurück, und zwar im Bundesgebiet um 17 v. H. auf 5,5 Millionen Tonnen und im Ruhrrevier um 16 v. H. auf 4,1 Millionen Tonnen. Der starke Rückgang ist im wesentlichen auf die ungewöhnlich milden Winter 1963/64 und 1964/65 zurückzuführen.

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks, der in den letzten drei Jahren jeweils einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 20 bis 21 Millionen Tonnen erbracht hatte, war im Jahre 1964 nur noch mit 17,3 Millionen Tonnen aktiv. Der starke Ausfuhrückgang während der Berichtszeit von fast 4 Millionen Tonnen erklärt sich im wesentlichen dadurch, daß die Montanunionländer um über 3 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahre abgenommen haben. Dieser Rückgang hat seine Ursachen teils in Schutzmaßnahmen, die andere Länder der Montanunion für ihren eigenen Bergbau ergriffen haben, und teils darin, daß der westdeutsche Steinkohlenbergbau wegen seiner angespannten Finanzlage auf die Dauer die großen Opfer nicht mehr bringen kann, die die Angleichung an die niedrigeren Preise der Kohle aus dritten Ländern im Gemeinsamen Markt verlangt.

Die Bezüge der wichtigsten Verbrauchergruppen des Bundesgebietes (einschließlich Westberlin) an Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks verringerten sich 1964 gegenüber dem Vorjahre um rund 7 Millionen Tonnen. Während die Lieferungen an die Eisen- und Stahlindustrie um fast 10 v. H. auf 24,7 Millionen Tonnen zunahmen und die Bezüge der Elektrizitätswerke etwa gleichgeblieben sind, gingen die Abrufe für Hausbrandzwecke und die Lieferungen an Kleinverbraucher um fast 28 v. H. auf 14,6 Mil-



Auf unserer Schachtanlage Fritz-Heinrich entstanden die beiden eindrucksvollen Bilder von Bergleuten bei der Selfahrt und nach der Schicht

lionen Tonnen zurück. Hier machen sich die krassen Witterungsunterschiede in den beiden letzten Wintern besonders stark bemerkbar. Auch die Bezüge der „übrigen Industrie“, der Verkehrsbetriebe und der Gaswerke waren rückläufig.

Rationelle Grubenbetriebe

Die Rationalisierung der Grubenbetriebe wurde durch immer stärkere Betriebszusammenfassung unter und über Tage auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Die Zahl der fördernden Schachtanlagen ging im Laufe des Jahres 1964 im gesamten Bundesgebiet von 115 auf 109 und im Ruhrrevier von 95 auf 91 zurück. Stillgelegt wurden im Jahre 1964 vier größere Schachtanlagen mit einer Förderkapazität von rund 3,3 Millionen Tonnen verwertbarer Förderung im Jahr (t v.F./Jahr) und zwei Kleinzechen. Außerdem wurden vier Gruben zu zwei Großanlagen zusammengefaßt. Die durchschnittliche Förderung je fördernde Schachtanlage stieg im Laufe des Berichtsjahres von 4678 auf 4935 t v.F./Tag. Die Zahl der Großschachtanlagen betrug Ende 1964 22 mit einer Durchschnittsförderung von je rund 1,6 Millionen t/Jahr.

Auch unter Tage konnte die Betriebszusammenfassung mit gutem Erfolg weitergeführt werden. Die Zahl der Abbaubetriebspunkte des Bundesgebietes ging 1964 um rund 6 v.H. auf 1134 und an der Ruhr um 7,4 v.H. auf 934 zurück. Da sich die fördertägliche Förderung nur geringfügig erhöht hat, stieg die durchschnittliche fördertägliche Förderung je Abbaubetriebspunkt etwa im gleichen Maße, wie die Zahl der Abbaubetriebspunkte zurückgegangen ist. Sie betrug im Durchschnitt des Jahres 1964 im gesamten Bundesgebiet 447 t v.F./Tag und im Ruhrrevier 456 t v.F./Tag. Gegenüber dem Jahre 1957, in dem an der Ruhr noch 1950 Abbaubetriebspunkte vorhanden waren, konnte deren Zahl um über die Hälfte verringert und die durchschnittliche Tagesförderung je Abbaubetriebspunkt mehr als verdoppelt werden.

Schichtleistung verdoppelt

Die Schichtleistung unter Tage, die trotz der starken Mechanisierung der Kohlegewinnung immer noch einer der besten Maßstäbe für die Arbeitsproduktivität im Steinkohlenbergbau ist, erhöhte sich im Laufe des Jahres 1964 im gesamten Bundesgebiet um 3,7 v.H. auf 2614 Kilogramm pro Mann und Schicht (MS) und an der Ruhr um 4,1 v.H. auf 2681 kg/MS. Gegenüber dem Jahre 1957 – dem letzten Jahr vor Beginn der Kohlenkrise – ist sie im Bundesgebiet um 1015 kg/MS oder 63,4 v.H. und im Ruhrrevier um 1067 kg/MS oder 66,1 v.H. gestiegen. Im gesamten Bundesgebiet hatten im Dezember 1964 bereits 22 Schachtanlagen mit einer Tagesförderung von rund 127 000 t v.F. eine Untertageleistung von mehr als 3 Tonnen pro Mann und Schicht (gegenüber 19 Anlagen mit 112 000 t v.F./Tag im Dezember 1963). Sie lag damit auf diesem Zechen mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt aller Schachtanlagen im Jahre 1957. Diese Zahlen sind ein Beweis für die Anstrengungen, die der westdeutsche Steinkohlenbergbau in den letzten sieben Jahren gemacht hat, um seine Leistungen zu steigern und damit seine Gestehungskosten zu verringern. Wenn die wirtschaftliche Lage vieler Bergwerksgesellschaften trotzdem schwierig ist, so liegt das vor allem daran, daß die Lohnerhöhungen, die steigenden Materialpreise und die beträchtlichen Kapitalkosten der hochmechanisierten Betriebe bisher die durch die Rationalisierungserfolge an sich zu erwartende Kostensenkung immer wieder aufgezehrt haben.

Abbau und Ausbau mechanisiert

Neben der starken Betriebszusammenfassung



unter Tage und einer natürlichen Auslese als Folge des Belegschaftsrückganges ist der beachtliche Leistungsanstieg zweifellos auch der immer stärkeren Mechanisierung der Kohlegewinnung zu verdanken. Im November 1964 wurden bereits 74,4 v.H. der gesamten Abbauförderung Westdeutschlands vollmechanisch hereingewonnen gegenüber rund 70 v.H. im November 1963 und 65,5 v.H. im November 1962. In der flachen Lagerung erfolgte die Kohlegewinnung im November 1964 sogar bereits zu 88,9 v.H. vollmechanisch.

Dank der laufenden Verbesserungen des schreitenden hydraulischen Strebausbaus nimmt auch die Zahl der vollständig mechanisierten Streben ständig zu, das heißt der Streben, in denen sowohl die Kohlegewinnung als auch das Rücken des Strebausbaus und das Einbringen des Bergeversatzes vollmechanisch erfolgen. Während im November 1963 erst 18 Streben vollmechanisiert waren, betrug ihre Zahl im November 1964 bereits 25.

Die Zahl der im westdeutschen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten war auch im Berichtsjahr rückläufig, wenn sich die Belegschaft auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren verringerte. Im Laufe des Jahres 1964 hat sie im gesamten Bundesgebiet um 3,3 v.H. auf 398 500 Mann abgenommen. Hiervon waren rund 27 000 Gastarbeiter, von denen über 10 000 aus der Türkei, je 2 700 aus Spanien und Griechenland, 2 400 aus Marokko, 2 300 aus Italien, 1 800 aus Jugoslawien und 1 000 aus Südkorea stammten.

Forschungs- und Entwicklungsarbeiten

Wenn es dem westdeutschen Steinkohlenbergbau in den letzten Jahren gelungen ist, die Leistungen seiner Grubenbetriebe, Aufbereitungsanlagen und Veredelungsbetriebe weiter beachtlich zu steigern, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten weit über den früher üblichen Umfang hinaus betrieben worden sind. Im Jahre 1962 hat der Steinkohlenbergbau des Bundesgebietes mehr als 1,1 v.H. seines Umsatzes für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten aufgewendet. Damit lag er nach der Chemischen Industrie und der Elektroindustrie an der Spitze aller deutschen Wirtschaftszweige. Das große Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen an den

Gerhard Labisch
zum 60. Geburtstag



Am 17. September vollendet Dipl.-Ing. Gerhard Labisch, Geschäftsführer des Hoesch Hammerwerks Ruegenberg in Olpe, sein sechzigstes Lebensjahr. Zugleich jährte sich 1965 zum zehntenmal der Tag, an dem er die Leitung des Werkes Ruegenberg übernahm.

Gerhard Labisch wurde am 17. September 1905 in Gurschno, in der damaligen Provinz Posen, geboren. In Striegau in Niederschlesien besuchte er das Realgymnasium. Nach der Reifeprüfung nahm er an der Bergakademie in Clausthal das Studium auf. 1929 legte er das Diplom-Examen ab und begann die praktische Arbeit als Grubensteiger auf der Schachanlage Friedrich Thyssen 4/8 der Gelsenkirchener Bergwerks AG. 1930 trat er zum erstenmal in die Dienste von Hoesch; er wurde Betriebsingenieur bei der damaligen Federstahl AG in Kassel. 1934 wurden ihm Aufbau und Leitung der Metallwerke Silberhütte in St. Andreasberg im Harz übertragen.

Am 15. September 1948 trat Gerhard Labisch als technisches Mitglied in den Vorstand der Gevelsberger Dörken AG ein. Sieben Jahre später – am 1. April 1955 – wurde er Generalbevollmächtigter des Werkes Ruegenberg, das damals zur Schmiedag gehörte. Seit 1961 ist Ruegenberg eine Tochtergesellschaft der Hoesch AG und Gerhard Labisch alleiniger Geschäftsführer.

In den Jahren, die auf die Währungsreform folgten und in denen Gerhard Labisch technisches Vorstandsmitglied der Dörken AG war, leitete er die umfassende Modernisierung der in der Kriegszeit veralteten Produktionsanlagen des Gevelsberger Werkes ein. Mit gleicher Tatkraft ging er nach 1955 daran, die technische Ausrüstung des Werkes Ruegenberg von Grund auf zu erneuern. Aber nicht nur als Techniker, sondern auch als kaufmännischer Leiter des Werkes bewies er ein hohes Maß an Umsicht und Geschick. Zweifellos hat er in den vergangenen zehn Jahren alle Voraussetzungen für das gute Gedeihen unseres Hammerwerks Ruegenberg geschaffen.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag wünschen wir Gerhard Labisch Gesundheit, ein wenig mehr freie Zeit und weiterhin viel Glück und Erfolg bei seiner Arbeit.

Arbeiten der Bergbauforschungsanstalt in Essen-Kray kam durch mehrere Besuche von Ausschüssen des nordrhein-westfälischen Landtages und zahlreiche Besuche offizieller Persönlichkeiten zum Ausdruck. Von diesen Besuchern seien hier nur die Herren Ministerpräsident Dr. Meyers, Wirtschaftsminister Kienbaum und Staatssekretär Professor Dr. Brand, der Leiter des Landesforschungsamtes in Düsseldorf, genannt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich bereit erklärt, zusätzliche Mittel für die bergbauliche Forschung zur Verfügung zu stellen. Da der Steinkohlenbergbauverein in Anbetracht seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht imstande ist, seine Aufwendungen für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten noch weiter zu erhöhen, ist die vom Land Nordrhein-Westfalen gewährte Hilfe besonders zu begrüßen. Auch die Hohe Behörde beteiligt sich in zunehmendem Maße an der Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die von allgemeiner Bedeutung sind oder deren Ergebnisse einer größeren Zahl von Schachtanlagen zugute kommen.

Hoesch arbeitet mit

In den technischen Ausschüssen des Stein-

kohlenbergbauvereins, dessen Vorstand Bergassessor a.D. Paul Schulte-Borberg vom Vorstand der Hoesch AG angehört, arbeiten folgende Angehörige der Hoesch AG Bergbau mit:

Geologie: Markscheider Dr. Niederhofer (Fürst Leopold-Baldur, Kaiserstuhl); Markscheidewesen und Bergschäden: Markscheider Direktor Dr. Innerling (Altenessen); Grubensicherheit: Bergwerksdirektor Dipl.-Ing. Schwerdtfeger (Fritz-Heinrich); Gebirgsdruckforschung: Bergwerksdirektor Bergassessor a.D. Eichholtz (Radbod); Wasserwirtschaft: Bergwerksdirektor Bergassessor a.D. Dr. Wilde (Fürst Leopold-Baldur); Aus- und Vorrichtung: Betriebsdirektor Dipl.-Ing. Choné (Hauptverwaltung); Flache Lagerung: Bergwerksdirektor Bergassessor a.D. Dr. Wilde (Fürst Leopold-Baldur); Steile Lagerung, Grubenausbau, Rohstoffkohle: Bergwerksdirektor Bergassessor a.D. Dr. Weber (Altenessen); Förderung und Materialtransport: Betriebsdirektor Bergassessor a.D. Runge (Fürst Leopold-Baldur); Bergtechnisch-betriebswirtschaftliche Sonderfragen: Betriebsdirektor Bergassessor a.D. Heising (Radbod); Deutscher Kokereiausschuß, Chemisch-technische Qualitäts- und Betriebsüberwachung: Kokereileiter Dr. Ohme (Altenessen).

Förderung, Haldenbestände und Belegschaften

Bundesrepublik Deutschland				davon Ruhrgebiet				
		1962	1963	1964	1962	1963	1964	
Jahresförderung oder -erzeugung an								
Steinkohlen	Mill. t v. F.	141,1	142,1	142,2	115,9	117,2	117,6	
Zechenkoks	Mill. t	36,1	35,2	37,4	32,7	31,8	34,0	
Steinkohlenbriketts	Mill. t	5,9	6,6	5,5	4,4	4,9	4,1	
Haldenbestände an Steinkohlen, Koks und Briketts am Jahresende		Mill. t	9,6	3,8	7,8	7,8	2,6	6,5
Belegschaft (Arbeiter und Angestellte) am Jahresende			433 600	412 000	398 500	354 200	336 400	325 400
davon Arbeiter unter Tage			256 000	242 100	233 400	207 300	195 800	188 700

Bezüge der wichtigsten Verbrauchergruppen des Bundesgebietes (einschl. Westberlin) an Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Steinkohlenkoks

Verbrauchergruppen	1961 Mill. t	1962 Mill. t	1963 Mill. t	1964 Mill. t
Eisenschaffende Industrie	26,4	24,3	22,5	24,7
Übrige Industrie	20,7	20,9	19,6	18,8
Hausbrand und Kleinverbraucher	13,3	15,0	20,2	14,6
Elektrizitätswerke	14,4	16,1	18,4	18,4
Verkehr	7,5	7,2	7,2	6,0
Gaswerke	7,4	7,7	8,0	7,1
Sonstige Verbraucher	1,4	1,0	1,3	1,0
Gesamtabsatz im Bundesgebiet (einschl. Westberlin)	91,1	92,2	97,2	90,6
davon aus inländischen Aufkommen	84,0	84,2	88,4	82,9

Steigende Leistungen durch Rationalisierung

Durchschnitt des Jahres		Bundesrepublik Deutschland			davon Ruhrrevier		
		1962	1963	1964	1962	1963	1964
Fördertägliche Förderung	t v. F./Tag	537 683	538 136	538 260	445 875	449 037	450 579
Zahl der fördernden Schachtanlagen		121	115	109	100	95	91
Zahl der Abbaubetriebspunkte		1 327	1 208	1 134	1 119	1 008	934
Fördertägliche Förderung je							
Abbaubetriebspunkt	t v. F./Tag	382	421	447	377	423	456
Abbaugeschwindigkeit	cm/Tag	136	144	150	133	141	147
Schichtleistung unter Tage	kg/MS	2 372	2 521	2 614	2 417	2 575	2 681

Wir
lasen
für
Sie

Zum
Nach-
denken
und
zur
Kritik

Uwe Johnson: Boykott der Berliner Stadtbahn (Seite 9)

DIE ZEIT
WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR
Herausg. von 15. Januar 1965

Ist der Wohlstand in Gefahr?

Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt, befinden wir uns wirtschaftlich schon auf der schiefen Bahn? Diese Frage drängt sich auf, wenn man die Entwicklung des deutschen Außenhandels in den letzten Monaten analysiert. Der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik hat sich in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit 1964 drastisch reduziert, von 4,4 Milliarden auf nur noch 1 Milliarde Mark. Im Juni haben wir sogar zum erstenmal seit acht Jahren mehr Waren eingeführt als exportiert.

Die Folgen dieser Entwicklung liegen auf der Hand. Der Devisenschatz der Bundesbank, seit Jahren Symbol unserer Erfolge als zweitgrößte Handelsnation der Welt, schmilzt rasch zusammen. Im Mai haben die Gold- und Devisenreserven um 700 Millionen Mark abgenommen, im Juni dürfte das Defizit in der Zahlungsbilanz eine Milliarde Mark erreicht haben. Bundesbank, Wirtschaftsministerium und die meisten Experten versichern, das alles sei kein Grund, um Alarm zu schlagen. Ein einzelner Monat beweis wenig, zumal der Juni mit seinen hohen Agrareinfuhren und der beginnenden Sommerpause in der Industrie. Immerhin hätten doch, so argumentieren sie, unsere Exporte in diesem Jahr noch um über neun Prozent zugenommen – ein Ergebnis, das die Regierung in London gewiß als Triumph feiern würde. Und der sprunghafte Anstieg der Importe, die um fast 23 Prozent höher sind als vor Jahresfrist, könnten uns nur recht sein, weil dadurch der Preisauftrieb gebremst werde.

Alles gut, alles richtig. Gewiß besteht kein Grund, darüber zu jammern, daß unsere Handelspartner uns nun einmal mehr verkaufen als wir ihnen. Nur dürfen wir uns keine Illusionen machen: Wir können auf diesem Wege nicht lange durchhalten.

Die Bundesrepublik ist auf einen hohen Außenhandelsüberschuß angewiesen, wenn sie ihre Zahlungsbilanz ausgleichen will. Unsere Auslandsreisen, die Über-

weisungen der Gastarbeiter, der Kauf von Rüstungsgütern und die Entwicklungshilfe verschlingen Milliardenbeträge. 500 Millionen Mark müssen wir allein für Lizenzgebühren aufwenden, weil wir heute viel mehr ausländische Patente verwenden als wir eigene ins Ausland verkaufen können (gewiß kein Ruhmesblatt für die drittgrößte Industrienation der Welt). Und wenn die amerikanischen Konzerne wirklich anfangen sollten, die Gewinne ihrer Tochtergesellschaften nach Hause zu transferieren, würde auch das Lücken in die Zahlungsbilanz reißen. Ein Exportüberschuß von sechs Milliarden Mark hat 1964 gerade ausgereicht, uns eine ausgeglichene Zahlungsbilanz zu beschaffen. Anders herum: Ohne Exportüberschüsse, also bei einer ausgeglichenen Handelsbilanz, hätte unsere Zahlungsbilanz ein Defizit von sechs Milliarden Mark aufzuweisen. Bis 1970 würde dann unser Gold- und Devisenschatz aufgezehrt sein. Wir sind also auf den Export angewiesen. Präziser gesagt: Wir sind darauf angewiesen, daß die Leistungsfähigkeit unserer Industrie gegenüber den Konkurrenten auf dem Weltmarkt nicht absinkt. Gegenwärtig scheint diese Konkurrenzfähigkeit bedroht, weil wir eine Sünde begehen, die wir bei anderen oft und laut kritisiert haben: Wir treiben in eine schleichende Inflation hinein. Unsere Exportpreise haben sich innerhalb eines Jahres um fast drei Prozent, die Lebenshaltungskosten sogar um vier Prozent erhöht. Mit dieser Teuerungsrate haben wir Frankreich überholt und liegen in nicht mehr allzu großem Abstand hinter England in der Spitzengruppe der „Inflationisten“ unter den Industriestaaten. Dieser Preisauftrieb ist die Quittung dafür, daß wir zuviel auf einmal wollen. Eine Steuer-senkung (sicher vernünftig, weil sonst der Staat das Geld verpulvert hätte) und gleichzeitig Milliarden-Geschenke aus dem Etat; höhere Löhne und niedrigere Arbeitszeit; Beruhigung der Baukonjunktur, aber natürlich auch mehr Wohnungen. Nicht, daß einer dieser Wünsche unberechtigt wäre – wir können sie uns nur nicht alle auf einmal erfüllen.

Dieter Stolze in „Die Zeit“ vom 30. Juli 1965

Mensch und Arbeit

Die Meinung der Frauen zur Frauenarbeit

Im Dezember-Heft des letzten Jahrgangs wurde darauf hingewiesen, daß in der deutschen gewerblichen Wirtschaft bereits 1961 7,3 Millionen arbeitende Frauen tätig gewesen sind, eine Zahl, die sich seither auf fast 10 Millionen

erhöht hat. Sie machen bereits ein Drittel aller Berufstätigen in Industrie, Handel und Dienstleistungsbetrieben aus. Oft wird bei diesen Zahlen vergessen, daß ein großer Teil dieser berufstätigen Frauen nach ihrer Arbeit noch die Sorgen und Mühen der Hausfrau und Mutter zu tragen haben. Daher interessiert eine Repräsentativumfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (IFAS) in Bad Godesberg, die kürzlich veröffentlicht wurde, wie die Einstellung dieser arbeitenden Frauen, aber auch die der Männer, zum Problem der Frauenarbeit ist.

72 Prozent der befragten Männer und 68 Prozent aller Frauen halten es nicht „für normal“, wenn Frauen neben ihrem Haushalt und ihrer Familie außerdem in Büros und Werkstätten arbeiten müssen. Die jungen Frauen zwischen 18 und 34 Jahren sind gemäß dieser Umfrage eher bereit als die älteren Frauen, die Berufsarbeit der Frau als möglich und üblich anzuerkennen. Bei diesen jüngeren Frauen sind 35 Prozent, bei den älteren Frauen dagegen nur 25 Prozent für die Berufsarbeit der Frau. Frauen mit höherer Schulbildung befreunden sich mit ihrer Berufstätigkeit jedoch viel mehr als der soeben genannte Kreis von Frauen. Dies ergibt sich aus der Art der Tätigkeit, die infolge der höheren Schulbildung ermöglicht wird. 48 Prozent solcher Frauen mit höherer Schulbildung ziehen sogar die Berufsarbeit dem Haushalt vor, bei Frauen mit Volksschulbildung dagegen nur 27 Prozent. Aber auch bei den Männern überwiegt nicht die Meinung, daß Frauenarbeit „normal“ sei. 75 Prozent der verheirateten Männer, deren Frauen nicht berufstätig sind, sind gegen die Frauenarbeit in Industrie, Handel und Dienstleistungsbetrieben, aber auch 71 Prozent der mit einer berufstätigen Frau verheirateten Männer meinen, daß dieser Zustand der Frauenarbeit „nicht normal“ sei.

Die moderne Industriegesellschaft kommt aber ohne die berufstätigen unverheirateten, aber auch verheirateten Frauen nicht mehr aus. So entsteht ein Konflikt zwischen dieser Notwendigkeit der wirtschaftlichen Erfordernisse und der Aufgabe der Frau, als Mutter und als Hausfrau tätig sein zu müssen. Die gesundheitliche Überbelastung der berufstätigen Frau, die sich aus dieser doppelten Inanspruchnahme ergibt, zwingt somit dazu, noch mehr als bisher nach Abhilfen zu suchen. Diese kann in der Halbtagsarbeit der berufstätigen Frau gefunden werden, die jedoch in den Betrieben und in den Verwaltungen organisatorisch noch besser durchdacht werden muß, als dies bisher meist geschehen ist.

Mensch und Arbeit 5/1965

Vor zehn Jahren
berichtete
Werk und Wir



60 Jahre Hoesch-Verfahren

Vor zehn Jahren berichtete WERK UND WIR über ein bedeutsames Ereignis der Eisenhütten-technik: damals jährte sich zum fünfzigsten Male die Entwicklung des Hoesch-Verfahrens. In unserem Bericht heißt es:

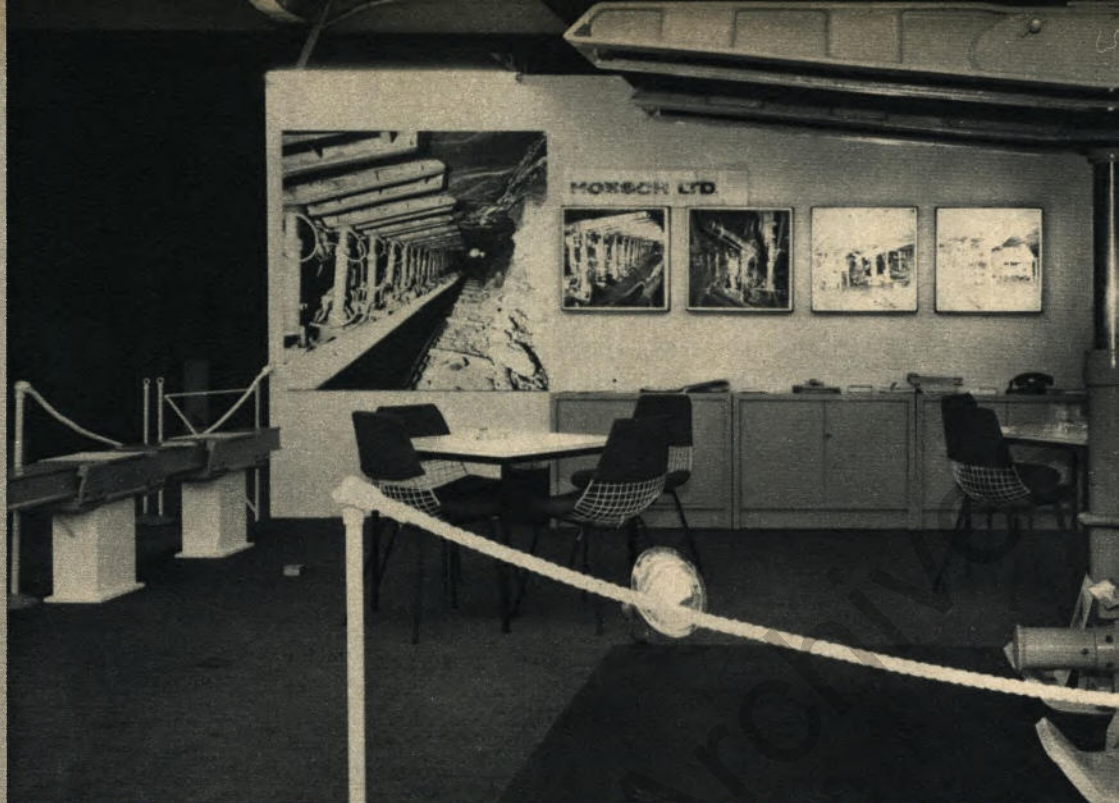
Wenn dieses Verfahren heute auch nicht mehr in großem Umfang in den Stahlwerken angewandt wird, so sah es doch vor dem ersten Weltkrieg eine Zeitlang so aus, als ob diese Art der Stahlerzeugung eine ernsthafte Konkurrenz für das Thomas-Verfahren werden würde. Zu seiner Zeit hat das Hoesch-Verfahren eine große Bedeutung für die Stahlwerkstechnik gehabt und ganz allgemein die Kenntnis von der Metallurgie der Stahlherstellung erhöht.

Es hat auch dazu beigetragen, den Namen und den Ruf des damaligen Eisen- und Stahlwerkes Hoesch in alle Welt zu tragen. Das Hoesch-Verfahren ist eine Weiterentwicklung des im Jahre 1897 entdeckten Bertrand-Thiel-Verfahrens, nach dem Roheisen in zwei Siemens-Öfen, dem „Vorofen“ und dem „Fertigofen“, zu SM-Stahl erschmolzen wurde. Beim Hoesch-Verfahren wird die gesamte Schmelzarbeit in einem Ofen durchgeführt. In den Vorofen werden zuerst Erz und Kalk eingesetzt und erwärmt.

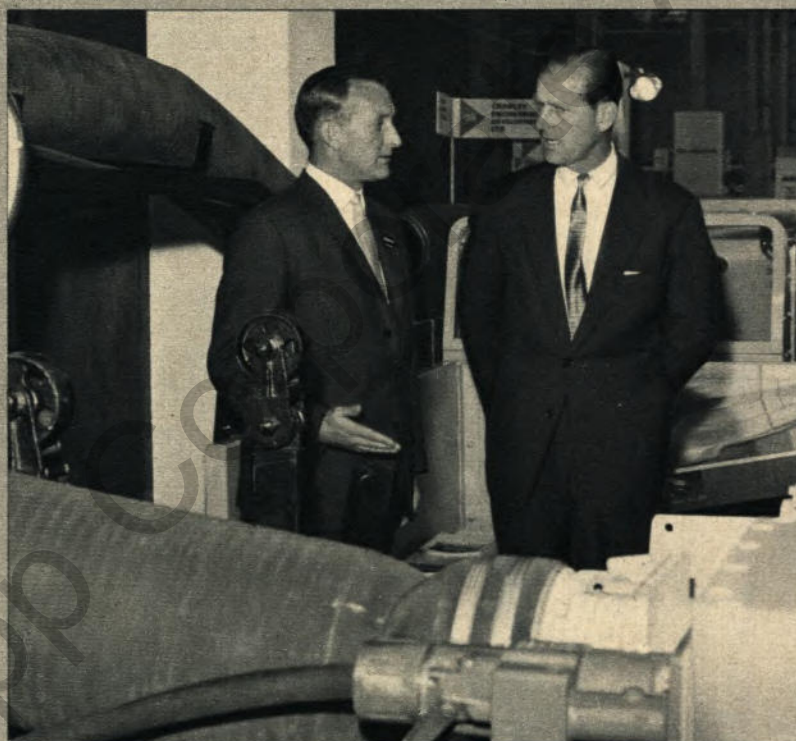
Bei niedrigem Phosphorgehalt des Roheisens kann das Erz phosphorhaltig sein. Für eine 100-Tonnen-Schmelze werden 80 Tonnen flüssiges Thomasroheisen in den Vorofen eingekippt, worauf das Bad meist brodelnd kocht, hervorgerufen durch die Kohlenoxydbildung (CO) aus der Reaktion des Erzes (FeO und Fe₂O₃) mit dem Kohlenstoffgehalt des Roheisens. Nach drei bis vier Stunden hört das Kochen auf, und die Schmelze wird in eine Pfanne abgestochen, wobei die Schlacke abgekippt wird. Der Abstich des Ofens wird nun wieder geschlossen und in den Ofen neues Erz und Kalk sowie 15 bis 20 Tonnen Schrott eingesetzt. Für einen Schrotteinsatz von mehr als 20 v.H. ist das Hoesch-Verfahren nicht geeignet, da zum ausreichenden Erwärmen größerer Schrottmengen im Fertigofen zu viel Zeit benötigt wird, bis die Vorschmelze aus der Pfanne in denselben Ofen zurückgekippt werden kann. Die Zeit bis zum „Loskochen“ des Einsatzes des Fertigofens ist die „kritische“ Zeit, wie schon Bertrand und Thiel erkannt hatten.

In der Zeit bis nach dem ersten Weltkrieg wurden 50 bis 70 v.H. der Schmelzen in unserem SM-Stahlwerk nach dem Hoesch-Verfahren erschmolzen. Das Verfahren wird jedoch zur Zeit wenig angewendet, da das Preisverhältnis von Roheisen zu Schrott ungünstiger geworden ist, und da, sofern ein Überschuß an Roheisen über den Bedarf des Thomaswerks besteht, dieses Roheisen als Vormetall mit niedrigem C- und P-Gehalt im Thomaswerk vorgeblasen und in den SM-Öfen flüssig zugesetzt wird und so die Leistung des SM-Ofens um etwa das Doppelte steigt.

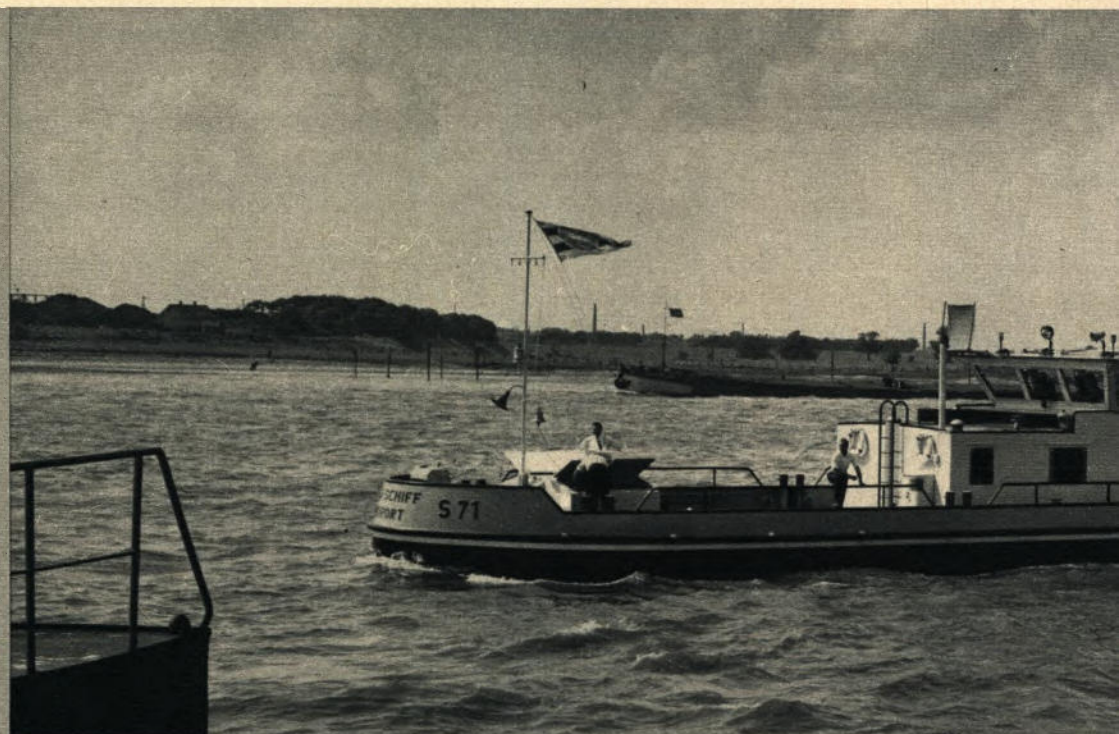
passiert
notiert
fotografiert

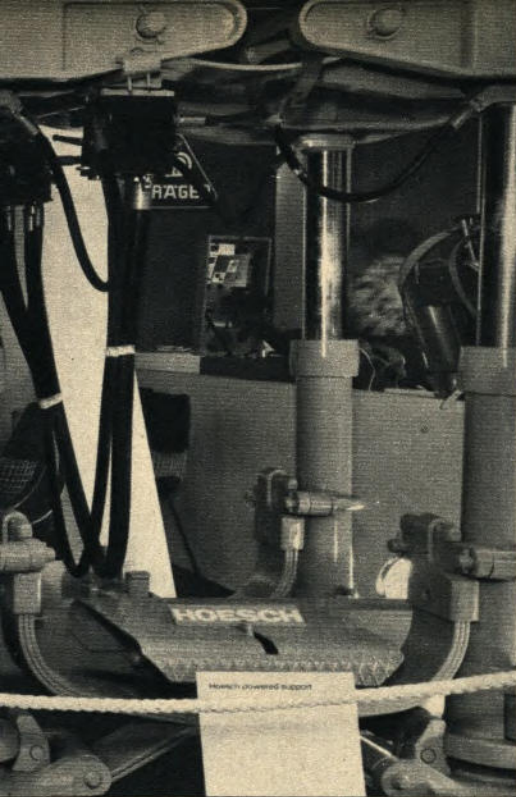


Zum erstenmal beteiligte sich die Hoesch Bergbautechnik GmbH an der Bergbaumaschinenausstellung in der Olympiahalle in London, die von der britischen Industrie alle drei Jahre veranstaltet wird. Hoesch stellte den schreitenden hydraulischen Hoesch-Ausbaurahmen vor, der wegen seiner technischen Neuerungen auch im englischen Bergbau starkes Interesse gefunden hat. Nach dem bevorstehenden Test in der staatlichen Technischen Entwicklungsanstalt Bretby hofft die Hoesch Bergbautechnik auch in Großbritannien auf Absatz ihrer Neuentwicklung. Unser Foto oben zeigt einen Blick auf den Ausstellungsstand mit dem Hoesch-Ausbaurahmen, mit verschiedenen Stempeltypen und Farbfotos von Einsatzmöglichkeiten. Auf den Bildern darunter zwei prominente Besucher: links Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, unter dessen Schirmherrschaft der Kongreß stand; daneben auf dem Hoesch-Stand Lord Robens of Woldingham, der Vorsitzende des National Coal Board (zweiter von rechts), im Gespräch mit Dipl.-Ing. Bomeier von der Hoesch Bergbautechnik (links) und Mister Buche von Hoesch Ltd. London.



Ein Schiff, das von unserer Schiffswerft Gustavsburg gebaut und am 2. August 1965 der Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Duisburg übergeben wurde, erregte auf dem Rhein durch seine Bauart und seine Fahreigenschaften Aufsehen: es ist das erste für den Rhein gebaute Spezial-Meßschiff, das auf den Namen „Ruhrort“ getauft ist. Die „Ruhrort“ fährt vorwärts und rückwärts, kann sich auf der Stelle drehen und sogar mit der Breitseite quer über den Strom fahren. In der Längsachse symmetrisch gebaut – Heck und Bug haben die gleiche Form –, ist sie 34,20 Meter lang, 6,50 Meter breit und an beiden Schiffsenden mit je einem Dieselmotor von 85 PS ausgerüstet. Diese Bauart der „Ruhrort“ war notwendig, weil sie mit Hilfe einer Echolot-Einrichtung ein reliefartiges Bild der Rheinsohle ermitteln soll. Zum Echolot gehören 41 im Schiffsboden eingelassene „Schwinger“, die einen 25 Meter breiten Abschnitt des Rheinbettes mit Schallimpulsen bestreichen, deren Echo auf ein Band aufgezeichnet wird. Der geringe Tiefgang des Schiffes ermöglicht es, mit der „Ruhrort“ ganz dicht an die Ufer zu fahren, so daß jeder Quadratmeter Rheinsohle vermessen werden kann.





Wer darf sich „Ingenieur“ nennen?

Am 16. Juli trat das „Gesetz zum Schutze der Berufsbezeichnung „Ingenieur““ in Kraft. Einige Wochen zuvor hatte die ständige Kultusminister-Konferenz den „graduierten Ingenieur“ eingeführt. Über beide „Schutzmaßnahmen“ und einige ungelöst gebliebene Fragen berichtete Christoph Wolff in einem Aufsatz, der kürzlich in der Tageszeitung „Die Welt“ erschien.

„Immer wieder ist es unerklärlich, warum die Arbeit des Ingenieurs und ihre Ergebnisse als unentbehrlich für die Existenz der modernen Gesellschaft anerkannt, in der Gesellschaftsordnung aber dennoch als nur zweitrangig angesehen werden.“ Das stellte auf dem vorjährigen Deutschen Ingenieurtag in München der frühere Atomminister Prof. Balke fest. Man müsse, so sagte damals Prof. Balke, selbst Diplomingenieur und Dr.-Ing., der leider weitverbreiteten Auffassung entgegenreten, der Ingenieur sei in der Zivilisationsmaschinerie nicht viel mehr als eine Art Ersatzteil, das man nach Bedarf auswechseln könne.

Inzwischen ist die Frage nach der soziologischen und auch der äußeren Anerkennung des Ingenieurberufes noch aktueller geworden. Insbesondere während der letzten Wochen und Monate haben verschiedene Gruppen von Ingenieuren Eingaben und Proteste vor allem an die Adresse der Ständigen Kultusminister-Konferenz gerichtet, weil sie ihre Interessen bei der Neuordnung der Ingenieurs-Hierarchie nicht entsprechend berücksichtigt fanden.

In der neuesten Ausgabe der VDI-Nachrichten hat nun der Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure, Dr.-Ing. H. Grünewald, noch einmal gezeigt, daß hier in der Tat manches im argen liegt.

Worum geht es bei diesen Beschwerden und Protesten? Es geht zunächst um das Problem, wer in der Bundesrepublik die Bezeichnung oder den Titel eines Ingenieurs, graduierten Ingenieurs oder Diplomingenieurs führen darf. Unbestritten ist zunächst die Tatsache, daß der Titel eines Diplomingenieurs wie der eines Dr.-Ing. dem auf der Hochschule ausgebildeten Ingenieur vorbehalten bleibt. Nicht ganz so klar ist es auf der anderen Seite der Skala, wer das Wort „Ingenieur“ seinem Namen als schlichte Berufsbezeichnung hinzufügen darf.

Nach dem unlängst verabschiedeten „Ingenieurgesetz“ sind dazu, abgesehen von den Absolventen der deutschen staatlichen oder

staatlich anerkannten Ingenieurschulen und Bergschulen, nur solche Personen berechtigt, die unter dieser Bezeichnung bereits vor Verkündung des Gesetzes eine entsprechende Tätigkeit ausgeübt haben. Außerdem müssen sie der zuständigen Stelle innerhalb einer bestimmten Frist angezeigt haben, daß sie diese Tätigkeit und Bezeichnung weiterhin beizubehalten wünschen.

Um nun aber die Absolventen der staatlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurschulen von dieser Gruppe der Ingenieure zu unterscheiden, hat man unabhängig von dem Ingenieurgesetz die Institution eines „graduierten Ingenieurs“ (Ing. grad.) geschaffen. Nach einem Beschluß der Kultusminister-Konferenz vom April dieses Jahres sollen alle Ingenieurschul-Absolventen, die ihr Examen nach dem 17. Januar 1964 abgelegt haben, mehr oder weniger automatisch zum Ingenieur „graduiert“ werden.

Was aber geschieht mit denjenigen, die ihr Examen vorher abgelegt haben? Stichtage sind immer etwas Mißliches! So fordern denn die älteren Ingenieurschul-Absolventen, ebenfalls rückwirkend graduiert zu werden. Sie wollen nicht mit den „gewöhnlichen“ Ingenieuren in einen Topf geworfen werden. Vor allem auch deswegen, weil zum Beispiel Frankreich innerhalb der EWG nur den durch staatlichen Hoheitsakt ausgezeichneten, nicht aber den „gewöhnlichen“ Ingenieur anerkennt.

Allerdings: Über eine derartige Ausweitung der rückwirkenden Graduierung sind sich die deutschen Bundesländer noch nicht ganz einig. Man wendet unter anderem ein, die Graduierung sei ein staatlicher Hoheitsakt, und es wäre im Sinne einer einheitlichen Regelung technisch kaum möglich, etwa 200000 Fälle, in denen Anträge auf eine solche rückwirkende Graduierung zu erwarten seien, unter sorgfältiger Prüfung der oft sehr verschiedenartigen Voraussetzungen sorgsam zu prüfen.

Indessen: Dr. Grünewald weist nach, daß ein derartiges Verfahren auch vereinfacht werden könne. So ist denn zu hoffen, daß es der Deutschen Kommission für Ingenieur-Ausbildung und dem Schulausschuß der Kultusminister-Konferenz möglichst bald gelingen möge, die Gleichstellung aller Ingenieurschul-Absolventen zu erreichen.

Vielleicht sind diese Kontroversen aber doch geeignet, dem Laien noch einmal die Bedeutung des Ingenieurstandes in seiner Gesamtheit vor Augen zu führen. Nach einer Untersuchung des VDI sind immerhin 1,5 Prozent der gesamten berufstätigen Bevölkerung in der Bundesrepublik Ingenieure. Im Durchschnitt hat jeder dieser Ingenieure etwa zwanzig Mitarbeiter oder Untergebene in seinem Betrieb oder seiner speziellen Abteilung. Damit aber gehört die Tätigkeit des Ingenieurs zu den führungsintensivsten Berufen.

Ein Kaufmann zum Beispiel hat im Vergleich hiermit durchschnittlich nur 13,7, ein Handwerksmeister 3,8, ein Arzt 2,8, ein in der Wirtschaft tätiger Jurist 2,4 und ein Landwirt gar nur 2,1 Untergebene oder Mitarbeiter.



Ich heiße Gustav Arlt

Mein Alter: 44 Jahre

Beruf: Stapelwagenfahrer

*Und wenn Sie mich fragen, was ich zum Thema
„Sicherheit“ zu sagen habe, dann sage ich:*

Arbeit ohne Beurteilung?

Denn ich will doch an 'ne Arbeit kommen, für die ich mich auch wirklich eigne, und wo ich deshalb einigermaßen sicher sein kann, keinen Unfall zu bauen. Lokfahrer ist sicher ein schicker Beruf, aber wie soll ihn einer ausfüllen, wenn er beispielsweise – farbenblind ist. Und noch ein anderes Beispiel:

Ein Onkel hat vor kurzem das Autofahren aufgegeben. War ein ganz prima Fahrer, 30 Jahre unfallfrei. Aber dann hat er eines Tages glatt ein Stoppschild überfahren. Der Wachtmeister war ganz freundlich mit ihm, hat ihm nur 5 Mark abgeknöpft, aber hat ihm außerdem geraten, mal seine Augen überprüfen zu lassen. Ergebnis: nur noch halbe Sehkraft. Ja, so ist das: Man ist nicht für alles geeignet, und manche Fähigkeit, die man zunächst besitzt, läßt eines Tages aus diesen oder jenen Gründen nach. Meist merkt man es selbst nicht. Da müssen andere her, um einen darauf aufmerksam zu machen. Ganz genauso im Betrieb:

Zunächst, als ich hier anfang, haben sie mich an eine Arbeit gestellt, die mir einfach nicht lag. Ich saß da an einem Schalt-pult, wo man nichts tut, als bunte Lämpchen anzustarren. Kin-

der, war das langweilig. Fast zum Einschlafen. Schließlich bin ich zum Meister gegangen und hab ihm gesagt: So geht das nicht weiter. Der hat mich dann zum Werkspsychologen geschickt. Erst dachte ich: bloß Schikane! Und blamieren wollte ich mich auch nicht gern bei dem Test, der da gemacht wurde. Aber man erklärte mir, daß es ja nicht um gut oder schlecht, sondern darum gehe, ob ich geeignet bin oder nicht. Ich wollte nämlich einen Stapelwagen fahren. Der Psychologe hielt mich dann auch für geeignet. Heute weiß ich, was das wert war: nicht nur, daß mir die Arbeit besser gefällt, auch in puncto Sicherheit ist das gut so, fünf Jahre fahre ich schon unfallfrei.

Ja, zum sicheren Arbeiten gehört, daß man sich für eine Arbeit eignet. Und an das Richtige kommt man nur, wenn man zuvor beurteilt wird. Manche Kollegen sind allerdings so, daß sie auf eine Beurteilung sauer reagieren. Vor allem auch dann, wenn sie einmal negativ ausfällt. Sie halten das dann für Schikane und sehen gar nicht, wie gut es für ihre Sicherheit ist, wenn sie auf Mängel hingewiesen und unter Umständen sogar an eine andere Arbeit gestellt werden.

tehen Sie zur Arbeitssicherheit?

Nicht immer ist gleich ein Test nötig wie beim Fahrzeuglenker. Aber egal, ob das ein Psychologe ist oder ein Vorgesetzter, ich kann verlangen, daß er nicht nur in puncto Arbeit beurteilt, sondern auch in Sachen Sicherheit. Und eine Beurteilung finde ich dann richtig, wenn derjenige, der sie durchführt, keine Vorurteile kennt, sich Zeit läßt und beobachtet, bevor er zu einer Bewertung kommt, sein Urteil nicht für sich behält, sondern es mir mitteilt, und zwar in einer sachlichen, kollegialen Form.

Und wenn er so mit mir gesprochen hat, dann muß ich hinterher wissen:

- ob ich mich für meine Arbeit so eigne, daß mir keine Gefahr für meine Gesundheit entstehen kann,
- welche Fehler ich mache, die zu einem Unfall oder sonst einer Schädigung meiner Gesundheit führen können,
- wie ich mit den Fehlern, die man bei mir festgestellt hat, in Zukunft fertig werden kann. Denn Beurteilung soll ja nicht nur Kritik sein, sondern auch eine Hilfe.

Mit mir nicht!



o zusammengefaßt: Urteil über meine Leistung- gut und richtig,

Hinweis für meine Sicherheit aber ebenso wichtig!



Das kostbarste Gut eines Volkes sind seine Menschen, in deren Gedanken die Pläne entstehen, deren Hände die Werte schaffen und deren Herzen mutig genug sind, Gefahren auf sich zu nehmen, damit wir und unsere Kinder einer gesicherten Zukunft entgegengehen. Wir schulden ihnen Dank und jede erdenkliche Hilfe. HEINRICH LÜBKE

50

Hoesch AG Westfalenhütte

7. 9. 1965 Fritz Kollmann, Blechvorleger
26. 9. 1965 Friedrich Schmidt, Maschinist

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

13. 9. 1965 Fritz Müller, Lagerarbeiter
16. 9. 1965 Hugo Frettlöh, Lagerarbeiter
29. 9. 1965 Eduard Dörner, Kontrolleur

40

Hoesch AG Bergbau

1. 9. 1965 Karl Eschenberg, Klempner
Schachtanlage Emil-Emscher
7. 9. 1965 Hans Stutz, Vorarbeiter
Schachtanlage Kaiserstuhl
18. 9. 1965 Paul Lerbs, Schießmeister
Schachtanlage Emil-Emscher
26. 9. 1965 Josef Borchert, Hauer
Schachtanlage Emil-Emscher

Hoesch AG Westfalenhütte

7. 9. 1965 Josef Berensmann, Dreher
12. 9. 1965 Karl Wübbecke, Kolonnenführer
17. 9. 1965 Christoph Nolte, Kolonnenführer
25. 9. 1965 Franz Pfeiffer, Meister
26. 9. 1965 Willi Jassing, Abteilungsvorsteher

Schmiedag AG

11. 9. 1965 Wilhelm Borgmann, Schlosser
13. 9. 1965 Heinrich Schewe, Vorarbeiter
25. 9. 1965 Adolf Frommholz, Schlosser

Maschinenfabrik Deutschland AG

4. 9. 1965 Kurt Deroche, Schlosser
23. 9. 1965 Clemens Coesfeld, Hobler

Schwinn AG

1. 9. 1965 Eugen Leiner, Auslandskorrespondent
23. 9. 1965 Paul Weyland, Prokurist

Dittmann & Neuhaus AG

1. 9. 1965 Clemens Rohe, Angestellter

25

Hoesch AG Hauptverwaltung

1. 9. 1965 Marlies Schulte, Sekretärin

Hoesch AG Bergbau

1. 9. 1965 Wilhelm Wulf, kaufm. Angestellter
Verwaltung
1. 9. 1965 Hans Dröge, Bürovorsteher
Schachtanlage Emil-Emscher
3. 9. 1965 Alois Nerlich, Maschinist
Schachtanlage Radbod
4. 9. 1965 Heinrich Kunkel, Bandaufseher
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
11. 9. 1965 Walter Wendt, Magazinarbeiter
Schachtanlage Emil-Emscher
12. 9. 1965 Elisabeth Klinke, kaufm. Angestellte
Verwaltung
17. 9. 1965 Ernst Grätsch, Hilfszimmerhauer
Schachtanlage Fritz-Heinrich
18. 9. 1965 Gerhard Haas, Schießmeister
Schachtanlage Fritz-Heinrich
22. 9. 1965 Bernhard Bügers, kaufm. Angestellter
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur
23. 9. 1965 Oskar Bednarz, Hauer
Schachtanlage Emil-Emscher

Hoesch AG Westfalenhütte

2. 9. 1965 Otto Güttler, Oberschalttafelwärter

3. 9. 1965 Felix Sztuba, Normalspur-Lokführer
7. 9. 1965 Bruno Nowack, Hilfsschlosser
4. 9. 1965 Heinrich Rogall, 1. Mischermann
9. 9. 1965 Julius Windgaß, Buchbinder
13. 9. 1965 Horst Kaiser, Kranführer
15. 9. 1965 Alfons Rennert, Maschinist
21. 9. 1965 Werner Weiss, Kolonnenführer
24. 9. 1965 Willy Wutke, Kraftfahrer
25. 9. 1965 Leo Brüggemann, Blockwalzer

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

17. 9. 1965 Fritz Stracke, Kontrolleur

Hoesch Hammerwerk Ruegenberg GmbH

20. 9. 1965 Edmund Stracke, Betriebsschlosser

Maschinenfabrik Deutschland AG

6. 9. 1965 Franz Jarzembowski, Bürogehilfe

Trierer Walzwerk, Werk Trier

10. 9. 1965 Matthias Rosenkranz, Schrottbündler
17. 9. 1965 Johann Grün, Vorarbeiter
17. 9. 1965 Johann Schneider, Waschkauenwärter
29. 9. 1965 Matthias Valerius, Versandmeister

Schiffswerft Gustavsborg GmbH

23. 9. 1965 Josef Brückner, Schreiner

Der Weise und der Bettler

Eines Tages klopfte ein Bettler an Mengtses Tür. Er trug zerschlissene Schuhe, durch die sich die nackten Zehen zwängten, war in Lumpen gekleidet, die notdürftig seines Leibes Blöße bedeckten. Die Haare hingen ihm ungekämmt in das schmutzige Gesicht.

„Du bist ein berühmter Weiser, Herr, und darum weißt du auch, wie bitter Armut ist. Siehe, ich bin sehr arm.“

„Ich weiß“, sagte Mengtse, „aber das wußte ich nicht, Bruder, daß Arbeit schmutzig ist.“

„Siehe Herr“, erwiderte der Bettler, „ich habe nichts – gar nichts. Die Menschen meiden mich und gehen mir aus dem Wege, keiner gibt mir etwas, und alle halten die Hand auf der Tasche.“

„Und was gibst du ihnen?“ fragte Mengtse.

„Herr“, antwortete der Bettler, „was könnte ich ihnen geben? Ich habe nichts.“

„Du hast sehr viel – du bist reich, wenn du nur willst.“

„Und ob ich will“, rief der Bettler, „aber ich merke nichts davon.“

„Kein Mensch ist arm“, sagte Mengtse, „denn jeder hat einen unerschöpflichen Schatz von Liebe. Davon braucht er nur auszuteilen, und er erhält so viel wieder, als er nur braucht.“

„Du spottest meiner“, erwiderte der Bettler, „wie könnte ich Liebe austeilen, da keiner etwas von mir nehmen will.“

„Weil du nur nehmen, aber nicht geben willst. Flicke deine Schuhe und dein Kleid, wasche dich und kämme deine Haare. So wie du bist, wirst du jeden abschrecken. Salbe dein Antlitz mit dem Widerschein innerer Güte, und du wirst nicht ausgestoßen sein. Wenn dir ein Lahmer begegnet, stütze ihn. Siehst du einen Blinden, führe ihn. Schenke aus der Fülle deiner Liebe, und dir wird wiedergeschenkt werden, mehr als du brauchst. Aber fordere nicht und erwarte nicht, daß man dich beschenkt. Nimm das statt eines Geldstücks, denn dieser Rat ist mehr wert als Geld und Gut. Nun ziehe deines Weges, Bruder, und beherzige meine Worte.“

Der Bettler ging und grollte dem Weisen, der ihm statt des erwarteten Geldstücks leere Worte gegeben hatte. Aber er konnte trotzdem die Worte Mengtses nicht mehr vergessen. Sie blieben lebendig in seinem Herzen, wenn auch die Enttäuschung grollte und den Weisen einen Geizhals nannte, der ihn auf billige Weise abgefertigt habe. War nicht der berühmte Weise ein noch berühmterer Zauberer?

Als er an den Tempel des Laotse unter den drei Wacholderbäumen kam, beugte er sich über das Becken, in das der Wasserstrahl beschwörend die Worte Mengtses sprach: „Wasche dich – wasche dich!“

Er konnte nicht widerstehen und wusch sein Gesicht. Als er es wieder in dem geglätteten Spiegel des Beckens betrachtete, mußte er lächeln, denn es schien ihm mit dem Widerschein innerer Güte gesalbt und anders als zuvor. Er strich die Haare aus dem Gesicht und nahm sich vor, Schuhe und Kleider zu flicken. Da sah er einen Lahmen, der aus dem Tempel kam und dem die Krücke entfallen war. Aber keiner trat hinzu, sie aufzuheben. Der Bettler trat hinzu, bückte sich, hob die Krücke auf und half dem Lahmen weiter. „Bruder“, sagte der Lahme, „du hast schlechte Kleider, aber ein gutes Herz. Willst du mich nach Hause geleiten, so will ich dir bessere Schuhe und einen guten Rock schenken.“ Gerüstet mit dem guten Willen, Liebe zu verschenken, ging er seinen Weg, und so viel er gab, immer wurde ihm wiedergeschenkt, ein freundliches Lächeln, ein dankbarer Blick, ein gütiges Wort, ein Stück Brot oder eine Mahlzeit, auch wohl ein Stück Geld. Er fühlte sich nicht mehr ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Menschen und hatte mehr als je zuvor.

Da wußte er, wie wahr der Weise gesprochen hatte: Kein Mensch ist arm, denn jeder hat einen unerschöpflichen Schatz von Liebe, davon braucht er nur auszuteilen, und er erhält so viel wieder als er nötig hat.

Seitdem ging es mit dem Bettler wieder aufwärts, so daß man ihn auch äußerlich nicht mehr wiedererkennen konnte. Er stieg den steinigen Weg zur Höhe der Achtung seiner Mitmenschen hinan, innerlich und äußerlich gewandelt.

Als Mengtse am Laternenfest zum Tempel des Laotse unter den drei Wacholderbäumen ging, traf er auf den Bettler, der am Brunnen lehnte und dem Fall des Wasserstrahls in das Becken lauschte.

„Bruder, was tust du hier?“ fragte Mengtse.

„Ich bin immer auf dem Weg zu dir und lausche dem Klang deiner Worte, wie sie zuerst aus dem fallenden Wasser dieses Brunnens an mein Ohr schlugen und seitdem aus allem zu mir sprechen, was mich umgibt und mir begegnet. Ich danke dir.“

Paul Bourfeind

Nudeln – Nudeln

Rundherum wurde repariert. Es ist nicht zu glauben, wie viele kaputte Fahrzeuge es in Bologna gibt und wieviel Lärm von denen, die noch herumfahren. Es ist eine brausende Stadt. Das hupt räderrollend übers Kopfsteinpflaster der Renaissance, schiebt sich auf vielen Beinen durch die Kolonnaden mit ihren Cafés, Bars, Banken, Geschäften und – Eßlokalen. Das berühmteste ist „Papagallo“ mit seinem Ableger „Papagallo in brodo“.

Aber nicht was alle preisen, will ich hier loben. Und nicht das, was Bologna sonst noch berühmt macht: die hohen Türme, von denen die beiden schönsten dicht nebeneinander stehen und einer schief ist. Nicht die vielen Kirchen und Paläste – Palastreihen, aus denen man zwei Städte machen könnte mit Gärten

dazwischen, was heller und gemütlicher wäre. Besonders wenn das Fest der Santa Lucia von der Kirche auf der Höhe in die Kirchen der Stadt zieht und die bunten Krambuden wirklich keinen Platz haben. Die Kinder können ihre Luftballons dann nur in den Himmel steigen lassen, denn in dem drängenden Geschiebe ist schon ein aufgeblasenes Stück Gummi zuviel und verkehrshindernd. Und da man bei all dem Glockenläuten, das gar nicht aufhört an Festtagen, immer nach oben schaut zu den Türmen, ist es lustig, diese schwebenden, bunten Blumen im südlichen Blau zu sehen. Versonnen blicken auch Polizistenaugen hinauf und vergessen einen Augenblick Rot und Grün der Straßenampel.

Nicht weit von einer solchen Ampel liegt die Gasse mit meiner Trattoria. Aber wo sie nun ganz genau liegt, kann ich nicht sagen. Mußte ich sie doch auch immer wieder von neuem suchen, was das Finden und Speisen nur noch köstlicher machte. Auch darf sie nicht berühmt werden, denn man kennt das ja, wie es dann weitergeht. Rundherum wurde also repariert: Vespas, Kleinwagen, löchrige Töpfe und Schuhe. Und wieder Vespas, Kleinwagen und sonstige ölrückende Karren. Obwohl an der Ecke der letzte Zipfel eines Luxushotels seine Garagen hat. Aber das ist eine andere Welt, die in dieser Gasse nicht einmal von der Rückseite beachtet wird. Auch von den Katzen nicht, die lieber vor den nudel- und salamiduftenden Türen der Lebensmittellager liegen. Wie viele solcher Lager mag es in Bologna geben und wie viele Kaffeerösterelen? Und wie viele Fleischer und Nudelhersteller? Nudeln! In hundert Variationen und alle eine Spezialität „alla bolognese“. Hier erst ging mir auf, daß Goldonis „Diener zweier Herren“ auch das liebenswerteste Nudelndenkmal ist, das man ja nie in Stein errichten könnte.

Die phantasiereichsten Nudelgerichte aber gab es in meiner Trattoria. Und den phantasiebegabtesten Wirt, der seine Spezialitäten „alla casa“ selber herstellte. Auf dem letzten langen Tisch des schlauchartigen, künstlich beleuchteten Raumes lag der gelbe, weiche Nudelteig ausgerollt auf weißen Tüchern, wurde mit Mehl bepudert, und dann klopfte ihn, fröhlich pfeifend, der unvergleichliche Wirt und Koch mit einem Tuch. Eine herrliche Fleisch-Quark-Kräutermasse wurde aufgestrichen. Zart, als wären seine Hände die eines Künstlers, behandelte er seine Gebilde, bis die langen gefüllten Nudelteigrollen in der kleinen topfbrettergefüllten Küche verschwanden. Das war am Mittag, und am Abend balancierte der Nudelkünstler die dampfenden Teller zu den Tischen.

„Nur einmal im Jahr“, verkündete er – nur einmal im Jahr und piffte dazu und entkorkte die Weinflaschen und empfahl den nächsten Gang. Wie kann es nach diesem überbackenen Nudelhöhepunkt eine Fortsetzung geben? Es gab sie. Denn dieser Mann mit der weißen Jacke und etwas rauhen Stimme zauberte. Und er zauberte um so lieber, wenn er sah, daß es schmeckte und keiner dabei die Zeitung las. Aber er zauberte geradezu aus dem Zylinder, als er merkte, daß ich den Weg durchs Straßenlabyrinth wiederfand. Doch das Überraschendste waren die Preise. Hoch? Sehr niedrig! Seine handgeschriebene Speisekarte war nur ein Leitfaden. Was duftend auf dem Teller lag, war ein Gedicht. Und er verschenkte es fast, wie alle Dichter, die nicht berühmt sind.

La vita e bella in Bologna. Berühmte Köche kochten hier Berühmtes. Große Geister dachten hier Großes. Galvani war einer, und Marconi hat an der Porta Saragozza sein Mausoleum. Die Universität hatte immer einen weltweiten Ruf. Wer den Meridian sucht und nicht bis zum unerträglich heißen Äquator reisen will, findet ihn als langes, zahlenbedecktes Messingband quer durch die Basilika di S. Petronia. Und er findet von dort, quer über die Piazza Maggiore, vorbei an der Börse, durch einige Straßen links und dann rechts meine Trattoria. Das Fenster ist nicht groß, die Gardine etwas gelb. Kleine Körbe mit Obst stehen dahinter. Schaut man zur Tür herein, sitzen an zwei Tischen Skatspieler, der Raum ist ziemlich dunkel. Der Wirt steht uninteressiert und gelangweilt hinter seiner Theke. So ist das nachmittags. Aber um 7 Uhr abends ändert sich alles und natürlich auch am Mittag. Dann nimmt der Zauberer die weiße Jacke vom Nagel. Rundherum in der Gasse aber wird weiter repariert. *Flavia Belange*

Total überlastet

Kam man zu ihm am frühen Morgen,
so hatte er schon schwere Sorgen
und stöhnte, vom Termin gehetzt:
„Nein, bitte später – nur nicht jetzt!“

Am Mittag war es ebenso –
kam man zu ihm in sein Büro,
dann rief er voller Heftigkeit:
„Nein, bitte später – keine Zeit!“

Kurzum: es war der arme Mann
mit Arbeit überlastet, wann
auch immer man sein Reservat
mit irgendeinem Wunsch betrat.

Was ich indessen nicht verstehe:
schon eine Viertelstunde, ehe
er Dienstschuß hatte, stand der Gute
bereit im Mantel und im Hut!



Unser September-Thema: „Lebendiges Wasser“

- | | |
|-------------------|--------------------------|
| ① Reinhard Weber | Hoesch AG Rohrwerke |
| ② Kurt Schröder | Hoesch AG Westfalenhütte |
| ③ Günter Waltner | Hoesch AG Bandstahlwerk |
| ④ Eduard Podemski | Hoesch AG Westfalenhütte |

Für den WERK UND WIR-Fotowettbewerb bitten wir unsere Leser, bis zum 3. Oktober Aufnahmen zu dem Thema „Schöne alte Häuser“ und bis zum 3. November zu dem Thema „Im dunklen Monat“ einzusenden.



①



③



②



④

